



9. Heft | 7. Mai 1914

ROBERT SCHMIDT · EIN RÜCKBLICK AUF DIE ROTE WOCHE

ROTE Woche hieß eine Propaganda, die von der sozialdemokratischen Partei eine Woche hindurch gleichmäßig über ganz Deutschland entfaltet wurde. Sie hat ein überaus glänzendes Ergebnis gezeitigt. Die Partei hat bei dieser Agitation rund 140 000 Mitglieder und 82 000 Zeitungsabonnenten gewonnen. In der Zeit einer großen Arbeitslosigkeit ein stolzes Resultat, das Zeugnis ablegt für die starke agitatorische Kraft der Sozialdemokratie, für den Eifer und den Opfersinn ihrer Anhänger.

Als im Bericht des Parteivorstands an den vorjährigen Parteitag mitgeteilt wurde, daß die Mitgliederzahlen der politischen Organisationen einen Stillstand, in manchen Bezirken sogar Rückschritte zeigten, und auch einige Wahlen, besonders die Landtagswahlen in Baden, kein für die Partei günstiges Ergebnis brachten, belebten sich in bürgerlichen Kreisen die Hoffnungen auf ein Zurückgehen der sozialdemokratischen Hochflut. Die letzten Ereignisse werden die Chancen der Gegner stark herabdrücken. Ohne daß man den Erfolg der Propaganda zu überschätzen braucht (denn von den neugewonnenen Mitgliedern und Abonnenten werden uns manche wieder verloren gehen), bleibt das Resultat doch glänzend. Keine andere Partei dürfte imstande sein eine gleiche Aktion einzuleiten und mit ähnlichem Erfolg durchzuführen. Die Organisation bildet eine starke Stütze der Partei, sie überragt in ihrem freien Aufbau die aller bürgerlichen Parteien. Es stände sicherlich sehr viel schlechter um die Konservativen und das Zentrum, wenn beide sich auf ihre eigene Kraft verlassen müßten. Was wäre das Zentrum ohne die Agitation des katholischen Klerus, was wären die Konservativen ohne den Beamtenapparat, was die Rechtsnationalliberalen ohne die Diktatur der Großindustriellen?

Das schnelle Wachstum der sozialdemokratischen Partei bereitet seit langem unseren Gegnern schwere Sorge; alle Anstrengungen, die man gemacht hat es zu hindern, waren fruchtlos oder trugen sogar häufig indirekt dazu bei es zu fördern. Der ganze Heerbann, der gegen uns aufgeboten wird, ist ein planloses, nervöses Hin- und Herirren. Man denke an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, eine Organisation, die alle bürgerlichen Parteien in der einen Aufgabe verband die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Heute steht der Reichsverband selber wohl auf dem Aussterbeetat, aber seine Tätigkeit ist von zahlreichen literarischen Bureaus der Unternehmer-

organisationen aufgenommen worden. Die harten Urteile wegen angeblicher Streikvergehen, die für die Gewerkschaftsbewegung ungünstige Auslegung der Gesetze, das ganze System der politischen Verfolgung sind nicht zum wenigsten auf die unausgesetzte Hetze zurückzuführen, die die bürgerliche Presse auf Betreiben jener literarischen Bureaus entfaltet. Wie bemüht man sich die Jugendbewegung niederzuhalten! Die Freigebigkeit, mit der die preußische Regierung für die Jugendbildung Millionen zur Verfügung stellt, wäre unerklärlich, wenn es sich nicht darum handelte die sozialdemokratische Jugendbewegung zu bekämpfen. Der ganze Kampf gegen die Jugendbewegung ist von dem Bestreben diktiert die Jugend von der Berührung mit der sozialdemokratischen Partei fernzuhalten. In diesem Kampf um die Jugend haben unsere Gegner keine ungünstige Position; denn ihnen stehen reichere Mittel und Protektionen zur Verfügung, auf die wir verzichten müssen. Diese Lage, in die die Jugendbewegung geraten mußte, wurde von dem Hamburger Gewerkschaftskongreß /1908/ klarer vorausgesehen als kurz darauf von dem Nürnberger Parteitag, der die Frage nicht gerade mit besonderm Geschick behandelte. Trotzdem, die Jugendbewegung geht ihren Weg, weder Ungeschick noch Verfolgung können ihr den Lebensnerv unterbinden. Unsere Gegner wittern in ihr die größte Gefahr. Und in der Tat: sie ist kein unbedeutender Feind der kapitalistischen Gesellschaft, und gerade in ihrer reinen Bildungsarbeit; denn jede Bildung der Jugend ist ein Gewinn für die Sozialdemokratie.

Politisch möchte man die sozialdemokratische Partei ächten; ihre Stärke verbietet es aber den Gegnern in jedem Fall diesem Wunsch entsprechend zu handeln. Daher ist die ganze rechtsstehende Presse über jede, selbst indirekte Wahlunterstützung der Sozialdemokratie durch die Liberalen empört; sie will die gemeinsame Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufrechterhalten wissen, muß sich aber den eigenen Sündenfall vorhalten lassen. Ähnlich ergeht es der Regierung. Es gibt Situationen, in denen die 111 Sozialdemokraten nicht ausgeschaltet werden können. Wäre die Position des Liberalismus in Deutschland nicht so schwach, riefte die Rotscheu in seinen eigenen Reihen nicht so viel Verwirrung hervor, es stände besser um die Fortführung liberal-demokratischer Aufgaben in der deutschen Politik. Das Bürgertum, einst der Träger des liberalen Gedankens, erwartet nichts mehr von eigener Kraftentfaltung sondern hofft auf eine Förderung seiner Interessen durch die Gesetzgebung. Im konservativen Getriebe der Innungsagitation, in den Versuchen lästige Konkurrenz zu vernichten, in der Stellungnahme gegen die radikale Arbeiter- und Angestelltenbewegung sind liberale Anschauungen nur noch wenig bemerkbar. Die großkapitalistisch interessierten Kreise drängen den Liberalismus immer mehr von seinen eigentlichen Aufgaben ab, sie fühlen sich wohl unter dem Dreiklassenwahlrecht, sind mit jeder Unterdrückungsmaßregel gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft einverstanden und fordern eine Verständigung mit den konservativen Freunden. Der Rest des Liberalismus, der nach links tendiert, bildet eine kleine Gruppe, die keinen rechten Halt gewinnen kann. Die Konservativen üben mit ihrem Anhang in der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Zentrum einen stärkern Einfluß aus als ihrer Partei zukäme; ihnen folgt nicht nur die Landbevölkerung, sondern auch der Teil des Bürgertums, der die letzten Konsequenzen aus seinen konservativen Neigungen gezogen hat.

Für die Sozialdemokratie bleibt daher noch ein großes Betätigungsfeld außerhalb der eigentlichen Arbeiterschaft, namentlich in der Schicht der Privatangestellten; sie könnte dieser das eigentliche Rückgrat bilden und ihren Forderungen politische Formulierung geben. Auch hier haben die Gegner mit der Zersplitterung der wirtschaftlichen Organisationen begonnen, in der Erkenntnis, daß Zwietracht unter den Kämpfenden Schwächung ihres Widerstands bedeutet. Deshalb die Protektion der *nationalen* Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Richtungen, die bei ihrer geringen Mitgliederzahl zur Ohnmacht verdammt wäre, auch wenn wirklich die Absicht bestände Ernstes zu leisten. Wollen wir uns gegen alle diese feindlichen Strömungen vorwärtsarbeiten, so brauchen wir den festen Glauben an die Berechtigung und Durchführbarkeit unserer Sache. Die kapitalistische Gesellschaft weist so viele Schäden auf, daß dieser Glaube immer größere Scharen von Anhängern finden wird, und fehlt es ihnen an Begeisterung, so wird sie angefacht werden durch die Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft, durch die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber der wirtschaftlichen Lebenslage des Proletariats. In diesem Zeichen stand die rote Woche.

Die Partei wird die neugewonnenen Anhänger aber nur dann zum dauernden Bestand ihrer Organisationen zählen können, wenn sie sich nicht nur auf die Bosheit und Niedertracht ihrer Gegner verläßt sondern auch eine Politik der praktischen Erfolge betreibt. Wer kann heute noch darüber im Zweifel sein, daß unsere Zustimmung zur Wehrabgabe und zur Vermögenssteuer unsere Gegner stärker erbitterte als es eine Ablehnung vermocht hätte? Sie wäre für viele ein Trost gewesen, wenn sie schon die Zeche bezahlen mußten; so haben sie nicht einmal diese Genugtuung sondern müssen den Einfluß der Sozialdemokratie anerkennen. Dieses Beispiel zeigt die Richtung, die im Parlament weiter innegehalten werden muß. In ihren Grundsätzen wird die Partei dadurch nicht erschüttert; sie paßt sich nur der Entwicklung an und befolgt damit eine Taktik, die heute bei einer Zahl von 111 Abgeordneten größere Bedeutung hat als je zuvor. Im Kampf außerhalb des Parlaments unterstützt sie die Gewerkschaften und die Genossenschaften; beide stärken die wirtschaftliche Position der Arbeiterklasse. Darum mögen ihre Feinde noch so einmütig den Kampf gegen die Sozialdemokratie erschallen lassen, sie finden sie gerüstet, zur Abwehr wie zum Angriff.

XX
**MAX SCHIPPEL · DER RUSSISCH-DEUTSCHE
 ZOLLKRIEG VON 1893-1894**

NUR die egoistische Verstocktheit deutscher Agrarier gibt die Erklärung dafür, daß zwischen diesen beiden Ländern Rußland und Deutschland wirtschaftliche und politische Verstimmungen entstehen können. · VORWÄRTS 10. APRIL 1914



NACH jahrelangen russischen Anklagen gegen den geltenden Handelsvertrag vom 28. Juli 1905 und nach den jüngsten Schritten gegen einige, damals nicht in den Vertrag einbezogene deutsche Einfuhren wird heute die Möglichkeit eines Zollkriegs zwischen Deutschland und Rußland von neuem erörtert. Die gegenseitige Eiferung ist nicht bloß reichlich vorzeitig sondern zugleich maßlos übertrieben, und wahrscheinlich wird, wie schon nach den ersten erbitterten

russischen Verwahrungen gegen den Bülow-Posadowskyschen Zolltarif selber, alles bei weitem nicht so heiß gegessen wie gekocht.

Trotzdem lohnt es sich wieder einmal auf den alten deutsch-russischen Zollkrieg der Caprivizeit zurückzukommen, teils um eine bestimmtere Vorstellung von den Ursachen, Umständen und Wirkungen eines tatsächlichen Zollkampfes zu gewinnen teils um aus den damaligen Erfahrungen einige, zu rasch vergessene, allgemeinere handelspolitische Lehren zu ziehen.



MEUTE wird manchen Leser schon die Wiedererinnerung über-raschen, daß der Zollkrieg eine Begleiterscheinung der Capri-*v*i-*p*erioden war. Man darf sogar sagen: eine gerade für die Capri-*v*i-*p*erioden charakteristische Begleiterscheinung. Denn während wir in der nachfolgenden, handelspolitisch noch heute nicht abgelau-*f*enen Bülowzeit zwar zu einer noch umfassendern Reihe von Tarifverträgen gelangten (an die alten Tarifvertragsstaaten der neunziger Jahre, Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, die Schweiz, Serbien, Rumänien, Rußland, schlossen sich im nächsten Jahrzehnt noch Bulgarien, Portugal und Schweden an), unterblieb gleichzeitig jeder offene Zollkonflikt. Dagegen in der Capri-*v*i-*p*erioden und in der damit übereinstimmenden, weil wesentlich mit dem gleichen Vertragstarif weiter operierenden Hohenlohezeit hatten wir erst den Zollkrieg mit Rußland vom 1. August 1893 bis zum März 1894, und gleich darauf den Zollkrieg mit Spanien vom Mai 1894 bis zum Juli 1896; oder, wenn man schon in der Vorenthaltung der Meistbegünstigung die Auf-*h*ebung des regelrechten Friedenszustands sehen will, sogar bis zum Anfang des Jahres 1899, wo endlich mit der mehr als anständigen Bezahlung der Karolinen das volle Meistbegünstigungsverhältnis wiederhergestellt wurde.

Diese Erfahrung aus der Periode der deutschen Zollherabsetzungen kann jedoch nur auf den ersten Blick widersinnig erscheinen. Zollermäßigungen an sich, autonome Zollmilderungen werden natürlich niemals zu internationalen Zusammenstößen führen. Der alte prinzipielle Freihandel dachte denn auch stets einfach an *s*olche autonome Zollermäßigungen. Damit be-*f*riedigte er, worauf ihm alles ankam, seinen heimischen *K*onsumenten. Was ging es aber diesen, sagen wir englischen oder deutschen *K*onsumenten an, wenn Rußland sich selber und seinen russischen Konsumenten das englisch-deutsche und russische Eisen, und ebenso die Maschinen, die Textilwaren und was sonst noch durch russische Zölle verteuerte? ¹⁾ Der prinzipielle Freihandel erstrebte lediglich autonome Zollaufhebungen, wollte diese sofort nach allen Seiten und Zufuhrländern in Kraft setzen; dieser Übergang von seiner Konsumententheorie zur entsprechenden wirtschaftspolitischen Tat

¹⁾ Über den Gegensatz des alten prinzipiellen Freihandels zur Tarifvertragspolitik siehe meine Grundzüge der Handelspolitik / Berlin 1902 /, besonders über Prince-Smith, pag. 149 ff. Im Jahr 1848, nach der Berichterstattung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung schreibt Prince-Smith nach Frankfurt: »Handeln und nicht Verhandeln ist unser Zweck . . . England, welches seinen handelspolitischen Unterhandlungen den stärksten Nachdruck zu geben vermag, hat seine so lange fortgesetzten Versuche zur Erweiterung des Handels durch Verträge für gegenseitige Gewährungen als völlig eitles Bemühen aufgegeben. Sir Robert Peel erklärte nachdrücklich bei seinen Zollherabsetzungen: Seine reiche Erfahrung habe ihn überzeugt, daß ein Land eine Maßregel, die ihm einen Vorteil brächte, nicht um einen Tag versäumen dürfte in der Erwartung durch Verschieben andere Länder zu Maßregeln zu veranlassen, die noch einen zweiten Vorteil brächten; das Warten, bis man zwei Vorteile auf einmal erreicht, sei der Weg zum Verfehlen beider. England habe es sich daher zum Prinzip gemacht seine Tarifgesetze lediglich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des eigenen Landes, ganz unbekümmert um die Schritte fremdländischer Handelspolitik festzustellen.«

weckte erklärlicherweise im Ausland stets ein angenehmes Echo, wenn auch vielleicht nur in anerkennenden Worten und nicht in ähnlichen Taten. Ganz anders jedoch die nicht prinzipiell-freihändlerische Auffassung, wie sie in ihrer Tarifvertragspolitik auch Graf Caprivi und vor allem der damals entscheidende Unterhändler, Freiherr von Marschall, vertraten. Diese grundverschiedene Auffassung will mit den heimischen Zollnachlässen ausländische Zollherabsetzungen für die exportierenden *Produzenten* eintauschen. Sie ist in so überragendem Maß Produzentenpolitik, daß sie diese Zollnachlässe, so sehr sie jederzeit den Konsumenten erfreuen mögen, nicht gewähren will, falls der ausländische Gegenpartner unzugänglich bleibt für die Interessen der Exportproduktion, die man bei den internationalen Verhandlungen ins Auge gefaßt hat. Auf die erste, zunächst dem Freihandel näherrückende und scheinbar wesensgleiche Stufe, die Bereitschaft zur Zollerniedrigung, folgt bei diesem handelspolitischen System, ganz im Gegensatz zur Freihandelstheorie und meist auch zur vorbildlichen Freihandelspraxis, die zweite, wesentlich andere Stufe: was will und kann man gegen die eigenen Zollermäßigungen und vertragsmäßigen Zusicherungen durchdrücken und einheimsen an fremden Zollherabsetzungen und Zollbindungen? Jede derart eingeleitete, weitschichtige Tarifvereinbarung zwingt mit einemmal innerhalb bestimmter Termine und auf allen möglichen Produktionsgebieten, auch den Gegner zu weittragenden, folgenschweren Entscheidungen, die ihm aus eigenem Antrieb oft ganz fern gelegen haben würden, und die ihm oft genug nur mühsam, halb durch Drohungen halb durch Versprechungen, abgerungen werden. Damit verliert sich selbstverständlich das angenehme Auslandsecho mehr und mehr; um so stärker, je intensiver der Tarifvertragsgedanke sich durchzusetzen sucht, das heißt, je zahlreichere vertragsmäßige Einzelfestlegungen erstrebt werden.

Für den ersten russischen Handelsvertrag von 1894 erreichte beispielsweise die deutsche Regierung, nach ihrer Denkschrift zur Reichstagsvorlage, zuletzt das Folgende (und ihre Forderungen an Rußland, die vorangingen, umfaßten, wie man sich denken kann, noch ganz andere Gegenzugeständnisse):

»Den russischerseits ... zugestandenen Zollermäßigungen und -bindungen liegt zugrunde der allgemeine russische Zolltarif für den europäischen Handel vom 11. (23.) Juni 1891 ... Von den 218 Positionen, ungerechnet die Zahl der Unterabteilungen, in welche viele Artikel des russischen Zolltarifs zerfallen, sind die Zollsätze von 71 teils ermäßigt teils gebunden. Ferner hat Deutschland kraft seines vertragsmäßigen [auch erst damals geschaffenen] Meistbegünstigungsrechts auf die Zollermäßigungen für 15 weitere Positionen respektive Unterabteilungen von solchen Anspruch, welche im französisch-russischen Handelsabkommen vom 5. (17.) Juni 1893 festgesetzt und in den vorliegenden Vertragstarif nicht übernommen sind. Auch im Schlußprotokoll sind wertvolle tarifarische Begünstigungen vereinbart.«²⁾

Ohne kritische Augenblicke wird eine solche weitgesteckte und vielverschlungene Auseinandersetzung selten verlaufen. Wenn vollends dem Gegenpartner eine derartige Vertragspolitik noch vollkommen ungewohnt und innerlich fremd ist, wie dies für Rußland am Beginn der neunziger Jahre zutraf, so erscheint der Abbruch der Verhandlungen mit seinem Gefolge von Kampfmaßnahmen und Kraftproben gar nicht so rätselhaft, auch in der Ära der bedingungsweise geplanten Zollherabsetzungen wie im Fall Caprivi und Marschall. Im Vergleich hiermit litt die Bülowperiode zwar an dem Nach-

²⁾ Siehe die Reichstagsdrucksache 190 der Session 1893-1894 Denkschrift, pag. 17.

teil, daß sie wieder zu höheren Agrarzöllen zurückkehren wollte, andererseits jedoch kam ihr zu Hilfe, daß Rußland längst aus dem alten Geleise der autonomen Zollpolitik herausgebracht war und kaum daran denken konnte in die Vertragslosigkeit oder in die bloße gegenseitige Meistbegünstigung von neuem zurückzufallen.

Aber jedenfalls sieht man: Die Bereitwilligkeit zu Zollermäßigungen auf der einen Seite ist noch lange nicht der gesicherte Tarifvertragsfrieden.



UF welchem Weg glitt nun die Caprivi-Marschallsche Handelspolitik, trotz ihres weiten grundsätzlichen Entgegenkommens, dennoch in den Zollkrieg hinein? Lag die letzte Schuld schließlich doch nur an Deutschland? Oder dürfen wir, trotz unserer neuesten Berliner echtjuchtenen Internationalität, die ganze oder doch die vorwiegende Schuld Rußland beimessen?

Im Winter 1890-1891, »aus Anlaß der von Deutschland mit Österreich-Ungarn eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen«³⁾, regte Rußland den Meinungsaustausch über eine Zollübereinkunft an. Über die Grundzüge der deutschen Zolländerungen konnte es kaum im Zweifel sein, soweit sich die kommenden deutschen Agrarzollermäßigungen auch sofort genau in Mark und Pfennig angeben ließen. An eigene Zollermäßigungsvorschläge dachte jedoch die russische Regierung keineswegs; sie ging einfach von der Auffassung aus, daß Deutschland das russische Getreide nicht zu entbehren vermöge, und daß es daher für seine Getreidezollermäßigung »Zugeständnisse bezüglich des russischen Zolltarifs nicht beanspruchen könne«. Noch mehr, fast Zug um Zug mit den deutsch-österreichischen Besprechungen, die sich zweifellos nur in der Richtung von Zollabtragungen und Zollbindungen bewegen konnten, vollendete Rußland seinen neuen Zolltarif, ganz überwiegend in der Richtung von Zollsteigerungen:

»Am 10. Juni 1891 erhielt der neue Zolltarif, der unter Mitwirkung von Beamten, Gelehrten und Praktikern entstanden war, die kaiserliche Genehmigung. Am 1. Juli trat er in Kraft. In der Motivierung war darauf hingewiesen, daß der Tarif von 1868, der mutatis mutandis bis jetzt [aber unter zahllosen Einzelerhöhungen] bestanden habe, nur die Fabrikate schütze, die Einfuhr von Rohstoffen, Halbfabrikaten sowie von Werkzeugen dagegen begünstige. Die Erzeugung von Fertigfabrikaten habe sich daher gut entwickelt, die Erzeugung von Halbfabrikaten und die Gewinnung von Rohstoffen sei hingegen zurückgeblieben, die einzelnen Änderungen im Lauf der Zeit seit 1877 seien nicht ausreichend. Um eine »Gleichmäßigkeit des Schutzes« zu schaffen, die Produktion in allen Zweigen und Stadien zu heben, sei es nötig gewesen einen neuen Tarif zu schaffen, der die veränderte Lage der russischen Produktion, die Änderung der Warenwerte sowie das Erscheinen neuer Waren am Markt berücksichtigt. Das seien die leitenden Grundgedanken bei Schaffung des Tarifs gewesen.«⁴⁾

Diesen neuen, erhöhten Tarif bot Rußland Deutschland als genügende Gegenleistung an: genügend, weil alle Einfuhrstaaten gleich, nämlich gleichfalls nach dem erhöhten neuen Tarif, behandelt würden. Deutschland bleibe also durchaus der Rang der Meistbegünstigung erhalten, gleichviel ob tatsächlich, wie früher, oder vertragsrechtlich, wie man dies für die Zukunft festlegen könne. Dafür sei umgekehrt auch Rußland die Meistbegünstigung

³⁾ Siehe für dieses und das Folgende die in meinem Artikel Russische und deutsche Handelspolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 484. f., erwähnte Denkschrift für den Bundesrat zur Begründung der Kampfzölle.

⁴⁾ Siehe Zweig Die russische Handelspolitik seit 1877 / Leipzig 1906/, pag. 33 f.

in Deutschland nicht zu versagen: das heißt, die niedrigeren Vertragszollsätze, die Österreich-Ungarn bewilligt wurden, seien auch auf die russischen Einfuhren auszudehnen (also Zollsatz für Weizen und Roggen 3,50 statt 5 Mark, für Hafer 2,80 statt 4 Mark usw.).

Daß Deutschland unter solchen Verhältnissen mehr die materielle Schlechterstellung hervorhob und weniger auf die formalrechtliche Gleichstellung achtete, wird man ihm im Grunde nicht verargen können. Die Antwort Rußlands bestand jedoch nicht in versöhnlichem Entgegenkommen, sondern vom 1. August 1893 ab in der Anwendung des kurz vorher neugeschaffenen Maximaltarifs, der nochmals um 15 bis 30 % über dem grundlegenden Generaltarif von 1891 stand. Deutscherseits wurden nunmehr die russischen Einfuhren mit dem im Zolltarifgesetz (§ 6) von 1879 vorgesehenen Kampfzollzuschlag von 50 % belegt. Hierauf erwiderte Rußland abermals mit einem 50prozentigen Zuschlag zu den Sätzen seines Maximaltarifs, ferner mit Erhöhung der Kronslastengelder für deutsche Schiffe von 10 Kopeken auf 1 Rubel für die Last (= 2 Tonnen). Der Zollkrieg war somit bald im vollen Gang.

Daß hierbei auch Deutschlands Handel und Exportproduktionen schwere Wunden erlitten, ist unbestreitbar. Die deutsche Regierung mit ihrer, in den großen Umrissen feststehenden und klar gegebenen Do ut des-Handelspolitik hatte jedoch von vornherein eine sehr starke Stellung gewonnen. Nach der russischen Seite insofern, als die vorangegangenen Jahre, vollständig im Widerspruch zu den russischen Illusionen, die verhältnismäßige Leichtersetzbarkeit der russischen Lebensmittelzufuhren erwiesen hatten. Gerade beim Beginn der, zunächst noch lange Zeit friedlichen Auseinandersetzungen hatten die erschreckenden russischen Mißernten zu einem Getreideausfuhrverbot im Zarenreich geführt. Die Donauländer, die Vereinigten Staaten, Argentinien hatten den Fehlbetrag auf dem Weltmarkt und in Deutschland ohne Schwierigkeiten gedeckt. Das gleiche wiederholte sich jetzt speziell für Deutschland, nachdem die niedrigeren Vertragssätze auch den Vereinigten Staaten und Argentinien zugestanden waren. So erhielt Deutschland von Rußland Weizen: 1889 3 012 467 Doppelzentner, 1890 3 708 225, 1891 7 680 290, 1892 nur noch 1 464 435 und 1893, im Kriegsjahr, gar nur 216 326 Doppelzentner; Roggen: 1889 9 201 890, 1890 7 504 610, 1891 7 293 340, 1892 nur noch 794 832 und 1893 992 351 Doppelzentner. Dafür lieferten aber beim Weizen in Prozenten der deutschen Gesamteinfuhr die Vereinigten Staaten 1890 7,7, 1891 15,8, 1892 48,6 und 1893 44,7 %; Rumänien 1891 4,73, 1892 7,08, 1893 20,41 %; Argentinien 1891 1,36, 1892 5,10, 1893 21,52 %. Ferner beim Roggen: Rumänien 1888 1,02, 1889 3,01, 1891 2,76, 1892 4,88, 1893 dagegen 23,17 %; die Türkei und Bulgarien 1891 3,9, 1892 und 1893 20,6 und 16,8 %. Die 5 Hauptgetreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Hafer) zusammengefaßt, zeigte Deutschland, im wesentlichen je nach seinen eigenen besseren und schlechteren Ernten, folgende Gesamtzufuhren: 1891 30 017 152 Doppelzentner, 1892 32 332 553, 1893 27 867 966 Doppelzentner. Auf Rußland dagegen entfielen hiervon 1891 16 315 000, 1892 nur 5 925 000 und 1893 vollends nur 3 878 000 Doppelzentner. Bei durchschnittlich knapper Deckung des Weltmarktbedarfs und bei aufstrebenden Getreidepreisen mochte diese Absatzverschiebung wieder

an anderen Stellen ohne Not auszugleichen sein. Damals hatten wir (1893-1894) eher eine weltwirtschaftliche Überproduktion und rasch fallende Preise; jede Abdrängung von einem so wichtigen und naheliegenden Markt wie Deutschland war deshalb für die russische Landwirtschaft ein schwer zu verwindender Schlag. Die Kampfeslust der leitenden russischen Kreise erlahmte sehr rasch; die Neigung zu Zugeständnissen bei den Industriezöllen erwachte.

Die zweite Gefahr für die deutsche Regierung lag in der rapid anschwellenden agrarischen Massenbewegung. Man kann heute, aus genügendem geschichtlichen Abstand, ruhig sagen, daß die Caprivische Vertragspolitik vollständig hätte scheitern müssen, wenn sie erst 1893-1894 mit einem ähnlichen Vertrag wie dem russischen begonnen hätte. So aber stand der, zunächst Österreich-Ungarn gewährte 3,50 Mark-Getreidezoll schon längst in Kraft, er war auf die Balkanländer, auf Nordamerika und Argentinien übertragen worden. Die Festhaltung des 5 Mark-Zolls gegen Rußland hätte dem deutschen Kornbau nichts mehr genützt, sie hätte nur so viel rumänisches, amerikanisches, argentinisches niedrig verzolltes Getreide mehr herangezogen als man russisches Getreide, weil höher verzollt, ferngehalten hätte. Die Auflehnung der agrarischen Massen konnte nach allem Vorangegangenen, das sich nicht mehr abändern ließ, lediglich in Agitationen und Demonstrationen bestehen. Realpolitisch war an einen agrarischen Zollkrieg gar nicht zu denken: an einen Zollkrieg, der seitens der in letzter Linie maßgebenden deutschen Kreise zum Zweck dauernder agrarischer Zoll- und Preissteigerungen hätte geführt werden können. Realpolitisch handelte es sich vielmehr nach allen gegebenen Voraussetzungen von vornherein lediglich um einen Zollkrieg mit rein exportindustriellen Zielen: mit der entscheidenden Front nicht gegen die deutschen Lebensmittelkonumenten sondern gegen die russischen Industriezölle und Absatzerschwerungen gekehrt, mochte der erste oberflächliche Augenschein (ein 7,50 Mark-Getreidekampfszoll gegen Rußland!) den Uneingeweihten noch so sehr täuschen. Und ernstlich stand höchstens noch in Frage, ob die deutschen Industrievertretungen entschlossen zugreifen und für die deutsche Industrieausfuhr nach Kräften herausschlagen würden, was Rußland in seiner Zwangslage kaum verweigern konnte. Vor allem der Zentralverband deutscher Industrieller trat ins Gewehr; seine Vertrauensleute, die Wachler, Möller, Kommerzienrat Vogel, entfalteten in dem eigens neu-geschaffenen Zollbeirat eine außerordentliche Energie, und auf der Delegiertenversammlung vom 19. Februar 1894 feierten die *Scharfmacher* den neuen Vertrag förmlich als ihr Werk. Herr Möller, der spätere Handelsminister, zog zwischen wirklicher Landwirtschaft und Agrariern etwa den selben Unterschied, den die Scharfmacher sonst zwischen Arbeiterschaft und sozialdemokratischer Partei zu machen beliebten:

»Meine Herren, in dem gegenwärtigen Kampf der Landwirtschaft gegen die Industrie handelt es sich nicht um wohlverstandene landwirtschaftliche Interessen, die sich wehren müssen gegen Vergewaltigungen, die der Landwirtschaft von der Industrie zugefügt werden sollen. Nein, meine Herren, es hat einen viel tiefern, einen politischen Hintergrund. Die landwirtschaftlichen Interessen sind aufgebauscht von einer bestimmten politischen Partei, die durch die Erweckung des Fanatismus auf landwirtschaftlichem Gebiet zur Herrschaft für ihre politischen Parteizwecke kommen will. Das ist des Pudels Kern.«

Herr Bueck aber sprach mit unverkennbarer persönlicher Genugtuung von

dem »epochemachenden Ereignis in der Geschichte der Handelspolitik unseres Vaterlands«:

»Von der Tätigkeit der Vertreter der Landwirtschaft [im Zollbeirat] ist mir nichts bekannt geworden; um so mehr aber, meine Herren, kann ich hier aus vollster Überzeugung bekunden, daß die Vertreter des Handels und ganz besonders die Vertreter der Industrie, die Herren Oberbergrat Wachler, Kommerzienrat Möller und Kommerzienrat Vogel, mit einem unvergleichlichen Fleiß, mit einer unerschöpflichen Arbeitskraft, mit einem großen Verständnis gearbeitet haben, indem sie suchten von den Sachverständigen die Wahrheit über ihre Wünsche zu erfahren, sich über die Berechtigung ihrer Forderungen aufzuklären und mit einer außerordentlichen Energie diese Wünsche nachher bei den Verhandlungen zu befürworten, daß sie das äußerste geleistet haben, was in derartigen Stellungen geleistet werden kann, und daß sie sich dadurch die ganze deutsche Industrie zu Dank verpflichtet haben [Lebhafter Beifall]. Ich habe die Überzeugung, meine Herren, daß mit der Geschichte der deutschen Handelspolitik und mit diesem epochemachenden Vertrag die Namen dieser drei Herren unvergänglich verknüpft sein werden [Erneuter Beifall].«⁵⁾

Sieht man von den unvermeidlichen Übertreibungen dieser letzten wirklichen Sieger auf der deutschen Seite ab, so wird man dem Vertrag nicht abstreiten können, daß er einer schwer erträglichen Einschnürung der deutschen Industrieausfuhr ein Ende bereitete, ohne daß er durch seine unerläßliche Vorbedingung: russische Gegenleistungen für die deutschen Zollermäßigungen zu verlangen, dem lange Zeit heftig widerstrebenden Rußland irgendwie Unrecht getan hätte. Würde es Sinn haben bei solchen großen handelspolitischen Auseinandersetzungen, bei solchem mitunter ganz unvermeidlichen Konflikt der Interessen den streitenden Parteien Vorhaltungen zu machen, so könnten sie für die damalige Periode sicherlich nicht einseitig an die deutsche Adresse gerichtet werden. Die Tarifvertragspolitik macht sich eben nicht, wie manche Harmoniegläubige sich einbilden, unter allen Umständen ganz von selber durch eigene heimische Zollermäßigungen; sie will unter Umständen auch gegen ein unzugängliches Ausland durchgedrückt sein, und dies kann gegebenenfalls durchaus im Interesse der Industrie und damit auch der Industriearbeiter liegen. Gerade der Caprivische Zollkrieg gegen Rußland ist dafür ein schlagender Beweis.

XX

EDUARD BERNSTEIN · POLITISCHE UNABHÄNGIGKEIT UND POLITISCHE UNVERANTWORTLICHKEIT



STERN haben die beiden ausgesprochen sozialistischen Parteien Englands ihre Parteitage gehabt. Beide Tagungen, sowohl der zu Bradford abgehaltene Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei, auf dem diese Partei die Feier des zurückgelegten 21. Lebensjahrs beging, wie der Kongreß der Britischen sozialistischen Partei, der in London stattfand, haben Zeugnis von einer erfreulichen Lebenskraft der sozialistischen Agitation im Inselkönigreich abgelegt. Man kann sagen, daß auf dem Kongreß der Britischen sozialistischen Partei sich die Neigung ziemlich stark fühlbar machte vom starren Doktrinarismus der Sozialdemokratischen Föderation, aus der diese Partei hervorgegangen ist, einiges abzulassen. Dagegen hat auf dem Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei

⁵⁾ Siehe Der deutsch-russische Handelsvertrag, aus den Verhandlungen des Zentralverbands deutscher industrieller /Berlin 1894/, pag. 4 und 25.

die Politik der Intransigenz anscheinend einen großen Erfolg errungen. Mit 233 gegen 78 Stimmen ist dort eine Resolution angenommen worden, die gemäß ihrem Wortlaut die Forderung stellt dem Grundsatz der politischen Unabhängigkeit im Parlament eine solche Anwendung zu geben, daß er Gefahr läuft in die Proklamierung und Praktizierung parlamentarischer Unverantwortlichkeit auszuarten. Sie lautet nämlich:

»Der Parteitag beschließt: daß das System der Regierung durch das Kabinett, das die Unterdrückung der Rechte des individuellen Abgeordneten auf eine angemessene Stimme in der Politik seiner Partei in sich schließt und den Rücktritt des Ministeriums sowie die Auflösung des Parlaments zur Folge hat, sobald Anträge des Kabinetts verworfen werden (abgesehen davon, daß es die freie Erörterung von Anträgen, die den Stempel des Kabinetts nicht erhalten haben, fast unmöglich macht), der guten Regierung des Landes zum Schaden gereicht, und daß die Parlamentarische Arbeiterpartei ersucht wird im Interesse der schließlichen Zerschlagung dieses Systems keine Rücksicht auf irgendwelche Erwägungen dieser Art zu nehmen und bei allen Fragen nur gemäß den Grundsätzen zu stimmen, die die Partei vertritt.«

Um den Sinn des in dieser Resolution Gesagten richtig zu erfassen, muß man mit den Eigentümlichkeiten des englischen Regierungssystems sowie dem Wesen und der Praxis der Geschäftsordnung des englischen Parlaments einigermaßen vertraut sein.

Das Kabinett ist in England nicht, wie in absolutistisch oder halbkonstitutionell regierten Ländern, ein aus ganz wenigen Personen zusammengesetzter, von der Krone oder einer herrschenden Oligarchie ernannter geheimer Rat, sondern es ist der leitende Ausschuß des nach parlamentarischen Grundsätzen gebildeten Ministeriums, das selbst wiederum aus Vertrauenspersonen der Parlamentsmehrheit zusammengesetzt und dem Parlament für seine Verwaltung verantwortlich ist. Bei der großen Kopfzahl des englischen Ministeriums, das alle parlamentarischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre der verschiedenen Staatsämter sowie noch eine Anzahl höherer Würdenträger umfaßt, ist ein engerer geschäftsführender Ausschuß für die Besorgung der spezifisch politischen Regierungsaufgaben eine unbedingte Notwendigkeit. Dem gegenwärtigen Ministerium gehören einige siebenzig Personen an, von denen eine größere Anzahl nur Beigeordnete leitender Minister, ein gutes Dutzend Geschäftsführer und Repräsentanten des königlichen Haushalts sind und wieder andere Ämter versehen, die sie den größten Teil des Jahres außerhalb Londons halten. Diese alle zu den Sitzungen heranzuziehen, in denen über die Politik der Regierung beraten und beschlossen wird, wäre ein Unding, es hieße zwischen die Abgeordneten der Partei und die führenden Minister eine Zwischeninstanz einschieben, die die Leitung der politischen Geschäfte ohne jeden sachlichen Vorteil äußerst schwerfällig gestalten würde. Diese besorgt faktisch das lediglich aus den obersten Leitern der wichtigsten Staatsämter zusammengesetzte Kabinett, das früher noch nicht ein Dutzend Personen umfaßte, allmählich aber, wie das ganze Ministerium, mit dem Wachstum der sachlichen Regierungsgeschäfte und der Bedeutung der einzelnen Ministerien gleichfalls an Zahl zugenommen hat und im gegenwärtigen Ministerium 20 oder 21 Mitglieder zählt. Interessant ist, daß, während das Kabinett tatsächlich die Regierung des Landes bildet, es in der britischen Gesetzgebung keine Stätte hat, kein Gesetz irgendetwas von ihm weiß. Es ist, wie so vieles im englischen Verfassungsleben, allmählich durch die Macht der Umstände geworden und lebt durch sie. Das

Kabinetts ist als Regierung, wenn nicht buchstäblich und formell vom Parlament ernannt, so doch durch den Willen der Parlamentsmehrheit eingesetzt. Ein gegen das Kabinetts gerichteter Beschluß der gewählten Kammer des Parlaments, des Hauses der Gemeinen, bedeutet seinen Sturz. Er hat den Rücktritt des ganzen Ministeriums zur Folge und macht, falls sich nicht im Haus eine neue Regierungsmehrheit zusammenfindet, Neuwahlen notwendig.

Der Umstand nun, daß das Kabinetts in letzter Instanz der geschäftsführende Ausschuß des Hauses der Gemeinen ist, sichert ihm die Verfügung über den größten Teil der Zeit des Hauses. Wohl sind durch die Geschäftsordnung auch Tage für Anträge von Mitgliedern aus dem Haus (bills of private members) vorgesehen. Aber die Regierung kann nach Bedürfnis sich vom Haus die Verfügung über einen Teil dieser Tage erbitten und erhält sie dann auch zugebilligt. Ein Initiativantrag aus der Mitte des Hauses hat selten Aussicht es über die 2. Lesung hinaus zu bringen, wenn nicht die Regierung ihn zu dem ihrigen macht oder von der ihr eingeräumten Zeit die zu seiner endgültigen Durchberatung nötige Zeit abgibt. Noch ist zu bemerken, daß auf die Auswahl des Kabinetts wie überhaupt des Ministeriums noch heute die Regierungspartei weder durch Delegierte noch durch ihre Parlamentsfraktion einen unmittelbaren Einfluß ausübt. Diese Auswahl liegt vielmehr zunächst in der Hand des anerkannten obersten Führers der Partei, der in Verein mit einigen Vertrauensleuten die ihnen für die verschiedenen Regierungsposten geeignet erscheinenden Personen aussucht. Dabei werden zwar bestimmte Ansprüche hervorragender Parteimitglieder und auch Wünsche bestimmter Gruppen berücksichtigt, aber der ganze Vorgang spielt sich hinter den Kulissen ab, wobei Vetternschaften und der Einfluß der für Parteizwecke geöffneten Börse oft genug in ähnlicher Weise ihr Wort dreinreden wie in den Zeiten der alten Whig und Tory-Oligarchie der traditionelle Familienanspruch gewisser Zweige des Hochadels auf Ministerposten, der übrigens auch heute noch nicht völlig der Vergangenheit angehört.

Dies vorausgeschickt, wollen wir nun dreien der Hauptredner für und gegen die obige Resolution das Wort geben. Ich folge hierbei dem Bericht des Labour Leader, der das offizielle Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei ist

»W. LEACH (Delegierter für Bradford im Namen der Antragsteller): Redner kennzeichnete das System des Kabinetts als Regierung durch einen nicht demokratisch gewählten Vollziehungsausschuß. Angenommen, der Bürgermeister einer Stadt habe absolute Macht über die Gemeindeverwaltung. Angenommen, es gäbe keine Kommissionen. Angenommen, der Bürgermeister könne die Exekutive mit seinen Freunden und Verwandten besetzen. Angenommen, diejenigen Mitglieder der Partei des Bürgermeisters, die dem so gebildeten Vollziehungsausschuß nicht folgten, würden als Verräter betrachtet. Angenommen, der ganze Zweck der Opposition sei die Partei des Bürgermeisters zu stürzen. Was für eine Sorte Gemeindeverwaltung würde man unter solchen Verhältnissen haben? Das aber seien die Bedingungen des parlamentarischen Regierungssystems. Der Ministerpräsident habe [seinerzeit] versprochen, daß für die Abstimmung über die Wahlreformvorlage den Mitgliedern »freie und uneingeschränkte« Abstimmung über den Zusatzantrag betreffend das Frauenstimmrecht gestattet werden würde. Dies sei das Geständnis, daß die Stimmen der Mitglieder in der Regel gefesselt und versklavt seien. Es sei die Pflicht der Arbeiterpartei diesen Zustand der Dinge auszurotten. Es sei müßiges Gerede, daß immer neue allgemeine Wahlen stattfinden würden, wenn die Arbeiterpartei ankündigte, daß sie in Zukunft stets nur gemäß ihren Prinzipien abzustimmen gedächte. Würde die Regierung des Tages im voraus, was die Arbeiterpartei zu tun beabsichtige, so würde sie Maßnahmen treffen der veränderten Situation zu begegnen.

sichtige, so würde sie Maßnahmen treffen der veränderten Situation zu begegnen. W. C. ANDERSON (Vorsitzender der Arbeiterpartei): Viele Einzelheiten des Kabinettsystems seien schlecht, aber man könne ein System nicht dadurch abschaffen, daß man so tut, als ob es nicht existiere. Das aber verlange die Resolution von der Arbeiterpartei. Was würde nach dem Antrag Bradford an die Stelle des Kabinetts treten? Das gegenwärtige System der Kabinettsregierung sei nicht das einzige System einer solchen. Als die Arbeiterpartei in Australien an der Regierung war, seien die Mitglieder des Kabinetts von der Partei gewählt worden. Die Resolution fordere die Partei auf bei der Abstimmung nicht darauf Rücksicht zu nehmen, was aus der Regierung werde, aber die Arbeiterabgeordneten seien auf Homerule und andere Maßregeln verpflichtet. Die parlamentarische Vertretung müsse mehr Kampfgeist zeigen und die Trennungslinie von den Liberalen schärfer ziehen, aber das sei etwas ganz anderes als was die Bradforder Resolution verlange. W. JOWETT (Abgeordneter für Bradford als Schlußredner): Der Delegierte Wallhead habe behauptet, die Öffentlichkeit entscheide über die Reihenfolge der Gesetze. Daß dies nicht richtig sei, beweise das jetzige Parlament. Eine Parlamentsfraktion, die, wie die irische Fraktion, Macht über die Regierung hat, könne die Berücksichtigung einer Frage, an der sie besonders interessiert sei, erzwingen. Die Bradforder Resolution fordere nur die Befolgung einfacher Ehrlichkeit in der Regierung des Landes. Er, Redner, wolle selbst unter einer Regierung von Arbeitern kein Kabinettsystem haben. Er wolle keine einseitige Macht der Minister, auch wenn die Minister Arbeitervertreter seien, denn sie bedeute Bureaukratismus. Die Macht müsse bei den gewöhnlichen Parlamentsmitgliedern sein. Als er sich verpflichtete für Homerule zu stimmen, habe er sich damit nicht verpflichtet gegen andere Maßregeln zu stimmen, die er billige. Das würde auf Erpressung hinauslaufen. Bei einer Gelegenheit habe die Arbeiterpartei es abgelehnt einen Antrag betreffend die Arbeitslosenunterstützung einzubringen, weil die Regierung im Amt gehalten werden müsse, und oft sei es schwer gewesen Abstimmungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei zu verteidigen. Wie würde die Partei zum Beispiel beim Antrag auf Abschaffung der Teesteuer gestimmt haben, wenn die Tories im Amt wären? Er sage voraus, daß, wenn die Tories an die Regierung kämen, die Abgeordneten der Arbeiterpartei wie ein Mann für Abschaffung der Teesteuer stimmen würden. Freilich sei eine erzogene Demokratie nötig, aber wie könne man eine solche Demokratie erzielen, wenn die Arbeiterpartei so wie jetzt bei Abstimmungen verfare? ... Ich jedenfalls lehne es ab Sklave zu sein.«

Unzweifelhaft hat die Rede Jowetts viel dazu beigetragen, daß die Bradforder Resolution die erwähnte große Mehrheit erzielte. Auf den ersten Blick scheint sie auch die größte Logik für sich zu haben. Anders jedoch, wenn man die Verhältnisse im Parlament und im Land selbst genauer ins Auge faßt.

Das gegenwärtige parlamentarische System Englands beruht auf dem Prinzip der Regierung durch die Parlamentsmehrheit. Es ist sicherlich nicht das vollkommenste System parlamentarischer Regierung, und noch weniger ist es das letzte Wort demokratischer Selbstregierung. Für seine Verbesserung in demokratischem Sinn nachdrücklich zu wirken hat die Partei der Arbeiter alle Ursache. Aber sie kann das, wie Anderson ganz richtig bemerkt hat, nicht dadurch erzielen, daß sie das zurzeit noch geltende System einfach ignoriert. Denn ihre Abstimmungen haben unter diesem System bestimmte Konsequenzen, die eintreten, ob sie es will oder nicht. Sie muß daher diese Konsequenzen bei der Entscheidung über ihre Abstimmungen in Betracht ziehen, wenn sie nicht in neue und viel schlimmere Sklaverei geraten soll als die, der Jowett zu entweichen strebt, nämlich in die sklavische Abhängigkeit von toten Formeln und blindwirkenden Umständen.

Das läßt sich am besten an konkreten Beispielen veranschaulichen. Jowett erwähnt einen Fall, wo die Arbeiterpartei abgelehnt habe einen Antrag be-

treffend die Arbeitslosigkeit einzubringen, weil die Regierung im Amt gehalten werden müsse. Da sich dieser Fall in internen Kreisen abgespielt hat, läßt sich nicht beurteilen, welche Wirkung der Antrag für die Förderung der Interessen der Arbeitslosen haben konnte, wenn er eingebracht worden wäre, und ob er die bestmögliche Form war die Sache zu fördern. An Anträgen und Reden, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung der Arbeitslosen verlangen, hat es die Arbeiterpartei nicht fehlen lassen. Anträge auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen aber auch und unterstützen gegebenenfalls die Konservativen, wobei sie natürlich Bekämpfung durch Einführung von Schutzzöllen meinen. Sie bringen solche Anträge namentlich bei Beratung der Adresse ein, mit der das Parlament die Thronrede beantwortet, als Zusatzanträge zu der Adresse, weil die Annahme jedes Zusatzes, der einen Tadel gegen die Regierung wegen irgendwelcher Unterlassung in sich begreift, deren Rücktritt herbeiführt, je nachdem also Neuwahlen nötig machen würde. Diese zu erzwingen, ehe die Homerulevorlage die letzte, entscheidende Lesung passiert hat, ist zurzeit die parlamentarische Politik der Konservativen. Seit langem versuchen diese allerhand Manöver die Regierung bei irgendeiner Abstimmung in die Minderheit zu bringen. Von ihnen ist das begreiflich genug, es handelt sich für sie darum so rasch wie möglich selbst wieder an die Regierung zu kommen. Für die Arbeiter ist eine solche Aussicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeit, für sie würden aber auch Neuwahlen vor der endgültigen Annahme des Homerulegesetzes so unerwünscht wie nur möglich sein. Denn bei solchen würde die Frage, ob Homerule oder nicht, bei der Masse der Wähler alle anderen Fragen in den Hintergrund drängen, dem Wahlkampf also einen Charakter geben, wie er dem Interesse keiner Fraktion der Arbeiterpartei entspricht. In dem von Jowett angezogenen Fall kann es sich nun nur darum gehandelt haben, daß von der Arbeiterpartei im englischen Parlament verlangt wurde eine Resolution über die Arbeitslosenfrage einzubringen, von der diese voraussah oder vorausszusehen glaubte, daß auch die Schutzzöllner für sie stimmen und dadurch der ganzen Sache ein falsches Gesicht geben würden. Wiederholt hat sie bei solchen Anlässen das Manöver der Konservativen dadurch durchkreuzt, daß sie rundweg gegen Resolutionen stimmte, denen diese ihren Stempel aufdrücken. Damit aber hat sie nur getan, was unter viel weniger fraglichen Umständen die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie auch getan hat. Auch unsere Fraktion hat es schon abgelehnt für Anträge, denen sie grundsätzlich hätte zustimmen können, ihre Stimme in die Wagschale zu werfen, wenn die Sachlage eine solche war, daß sie damit nur die Geschäfte einer gegnerischen Partei, zum Beispiel des Zentrums, besorgt hätte. Und bei uns haben parlamentarische Abstimmungen in den allerseltensten Fällen die Wirkung eine Parlamentsauflösung mit Neuwahlen herbeizuführen. Gegebenenfalls würden wir, die wir über eine ganz anders verbreitete Presse und viel ausgebildeteren Organisationen verfügen als die Arbeiterpartei und die sozialistischen Parteien Englands zusammen, es als törichtem Doktrinarismus energisch ablehnen uns von anderen Parteien in eine Abstimmung hineinlocken zu lassen, die ohne einen von uns anerkannten Zweck voraussichtlich eine Neuwahl und zwar eine Neuwahl mit einem die Wähler irreführenden Losungswort zur Folge haben würde.

Jedes Parlament hat seine Dynamik, die den in ihm wirkenden Parteien

ebenso ihre Gesetze vorschreibt wie die mechanisch-physikalische Dynamik es in der Natur tut. Man macht sich aber nicht dadurch zum Herrn der Gravitationsgesetze, daß man ohne Rücksicht auf sie über den Rand einer steilen Höhe hinwegzuspazieren sucht, sondern nur dadurch, daß man unter Berechnung ihres Waltens Maßnahmen trifft, die die unseren Zwecken entgegenwirkenden Kräfte neutralisieren. Wohl kann es vorkommen, daß man sich bei solcher Rechnung täuscht, die Bedeutung einzelner Gegenkräfte überschätzt. Wenn Jowett meint, daß die Arbeiterpartei politische Rechenfehler solcher Art begangen hat, so ist das natürlich eine Sache für sich. Wenn er, worauf der Schluß seiner Rede hindeutet, der Ansicht ist, daß ohne die oben geschilderte Rücksichtnahme, durch rücksichtsloseres Vorgehen, von der liberalen Regierung sich mehr Zugeständnisse hätten erpressen lassen als es der Arbeiterpartei gelungen ist, so ist das eine Tatsächlichkeitsfrage, über die ich als Außenstehender mir kein Urteil erlauben werde. Hier handelt es sich nur um die in der Resolution formulierten Prinzipien der parlamentarischen Taktik. Und bei diesen schlägt die Resolution in allen Punkten, die sie berührt, über die Schnur und würde, buchstäblich befolgt, daher das Gegenteil von dem erzielen, worauf sie vernünftigerweise abzielen kann. Wenn es zum Beispiel mit Unbequemlichkeiten für die Arbeiterpartei verbunden ist, daß irgendwelche beliebige Abstimmung, bei der die Regierung in die Minderheit kommt, Auflösung des Parlaments zur Folge haben kann, so würde die völlige Beseitigung des Prinzips, das jener Regel zugrunde liegt, praktisch darauf hinauslaufen die Regierung gegen die parlamentarische Kritik erst recht zu immunisieren, und außerdem die Fraktion der Arbeiter im Parlament eines Druckmittels berauben, das unter Umständen wertvoller für sie sein kann als die Einschränkung der politischen Verantwortlichkeit bei den Abstimmungen. Nicht die Beseitigung des Prinzips scheint mir daher im Interesse der Arbeiterpartei wie überhaupt der demokratischen Fortentwicklung des Parlamentarismus gelegen, sondern die Festsetzung solcher Normen für seine Funktion, die es unmöglich machen Abstimmungen über Resolutionen oder Verbesserungsanträge sachlicher Natur gegen den Willen der Antragsteller zu Abstimmungen für oder gegen die Regierung des Tages zu stempeln.

In engem Zusammenhang mit dieser Frage steht die andere, ob oder inwieweit das Kabinett dem Parlament gegenüber Solidarität üben soll. Anders ausgedrückt, ob eine Abstimmung, die gegen ein einzelnes Kabinettsmitglied ausfällt, als das ganze Kabinett treffend behandelt und folglich mit dessen Gesamtrücktritt beantwortet werden soll, oder ob es zulässig sein soll es für genügend zu erklären, daß in solchem Fall nur dieser einzelne Minister zurücktritt. Heute herrscht das Solidaritätsprinzip, weil die Ansicht vorwiegt, daß das Kabinett als der einheitliche Träger einer bestimmten Politik handeln und behandelt werden soll. Ein durchaus richtiger Gedanke, der aber in seiner heutigen Praktizierung mit einem Zwang des Kabinetts auf die eigene Partei und auch auf Nebenparteien verbunden ist, auf den Snowden nicht ganz mit Unrecht das Wort Erpressung angewandt hat. Wer aus bestimmten Gründen die Auflösung des Parlaments nicht will, wird gezwungen sich jeden Minister gefallen zu lassen, der aus irgendwelchen Rücksichten zweifelhafter Natur in das Kabinett hineingenommen ist, auch wenn er sein Amt in einer Weise verwaltet, die der Mehrheit der eigenen

Partei mißfällt. Das wird im radikalen linken Flügel der liberalen Partei fast noch mehr als Übelstand empfunden als von den Sozialisten. Die den Ansichten dieses linken Flügels Ausdruck gebende Wochenschrift *The Nation* schreibt in einem Artikel über den Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei, im Hinblick auf die Bradforder Resolution:

»Wir stehen ihrer Kritik der Praxis des Kabinettsystems mit der kollektiven Verantwortlichkeit als Achse sehr sympathisch gegenüber. Niemand kann sagen, daß es der Ehrlichkeit und der Leistungsfähigkeit zugute kommt. Das Schicksal einer großen Sache wie Homerule sollte nicht vom Verhalten eines einzelnen Regierungsamts oder dem Benehmen der an seiner Spitze stehenden Person oder sogar von der Meinung des Hauses der Gemeinen über eine untergeordnete oder eine mit ihr nicht verbundene Frage abhängen. Noch sollte, wenn eine Frage wie die der auswärtigen Politik demonstrativ aus dem Bereich des Parteistreits ausgeschaltet ist, ein liberales Kabinetts das Recht haben für deren Verteidigung die Parteimaschine in Anspruch zu nehmen, die für die Vertretung liberaler Ansichten und Empfindungen im Parlament aufgebaut ist und erhalten wird. Wenn die Gemeinen aufgefördert werden die auswärtige Politik freimütig zu betrachten, so muß ihnen eine freimütige Abstimmung über sie eingeräumt werden. Fällt dann solche Abstimmung ungünstig aus, so sollte der Minister und nicht das Kabinetts zu leiden haben.«

Die Wochenschrift *The Nation* ist, wie man weiß, entschiedene Gegnerin der Tripelentente politik Sir Edward Greys.

Wenn sie aber die gegenwärtige Praxis der Kabinettsolidarität verwirft, so ist sie doch nicht so doktrinär mit dieser Praxis die Sache in jeder Form zu verwerfen. »Sicherlich«, fährt sie fort, »würden wir übel handeln, wollten wir von der Regierung als einem Ganzen die Verantwortung nehmen das Haus entweder hinsichtlich ihrer allgemeinen Politik und Leitung der Geschäfte zufriedenzustellen oder abzutreten.« Das ließe sich jedoch dadurch erreichen, daß das System der Kabinettsregierung zwar nicht abgeschafft, aber im Sinn der Bradforder Resolution abgeändert würde.

Nun ist das freilich keine sehr einfache Sache. Mit Geschäftsordnungsparagraphen allein ist es da nicht abgetan. Diese können nicht so formuliert werden, daß sie in das innere Leben der Parteien eingreifen. In Wahrheit liegt aber das Problem zuletzt bei den Parteien und nicht bei der Geschäftsordnung des Hauses der Gemeinen. Es ist ein Problem der Demokratisierung der Parteien. Dem Parlament gegenüber muß das Kabinetts für seine Politik mit den Einschränkungen, wie sie oben angedeutet sind, solidarisch haftbar bleiben: der Partei gegenüber, aus der es hervorgegangen ist, ist diese Solidarität dagegen nicht am Platz. Sie wird auch gegenstandslos, sobald die Methode der Kabinettsbildung im demokratischen Sinn abgeändert, diese von der Partei und nicht von einem kleinen Kreis von Parteigrößen besorgt wird. Die Bezeichnung des Kabinetts als eine undemokratisch konstituierte Körperschaft ist durchaus nicht zu stark.

Auf dem Weg der Demokratisierung der Kabinettsbildung liegt auch die Lösung des letzten Problems, das in der Bradforder Resolution berührt wird. des Problems der Initiativanträge aus den Reihen der Abgeordneten. Je mehr die Regierung der demokratisch konstituierte Ausschuß der Mehrheit der Wähler wird, um so mehr verlieren diese Initiativanträge an Bedeutung. Die vornehmste Aufgabe des Parlaments wird immer sein diejenige Gesetzgebung durchzuführen, zu der ihm die Wähler das Mandat gegeben haben. Ihr gegenüber müssen die Wünsche von Sondergruppen notgedrungen zurücktreten, sie werden dies um so eher können und mit um so größerem

Recht einen geringern Raum in der Geschäftseinteilung des Parlaments zugewiesen erhalten, je demokratischer dieses und seine Regierung konstituiert werden.

Darin allein kann die Lösung der Frage gefunden werden, die die Bradforder Resolution aufwirft, und wenn die Unabhängige Arbeiterpartei die große Arbeiterpartei dahin bringt in diesem Sinn unablässig ihren Einfluß geltend zu machen, so wird man ihr dazu nur von Herzen Glück wünschen können. Auch dagegen, daß die Partei bei passenden Gelegenheiten diesem Streben dadurch Nachdruck verleiht, daß sie unbekümmert um Kabinettsinteressen abstimmt, läßt sich grundsätzlich gewiß nichts einwenden. Voraussetzung ist nur, daß sie die Gelegenheiten so a u s w ä h l t, daß mit dem Interesse des gegnerischen Kabinetts nicht zugleich das Interesse der eigenen Partei verletzt wird, diese nicht durch die Abstimmung bei der Volksmasse in ein falsches Licht gesetzt wird. Das würde aber geschehen, wenn sie sich dazu hergäbe der konservativen Partei Dienstmansschaft zu leisten. Die liberale Partei ist der Arbeiterpartei aus verschiedenen Gründen eine unangenehmere Konkurrentin als die konservative Partei. Das schafft aber die Tatsache nicht aus der Welt, daß die erste ihre politische Nachbarin ist und nicht die zweite. Die Partei würde sich und die Interessen der Arbeiterschaft schädigen, wenn sie die notwendige Unabhängigkeit von der Nachbarpartei zu einer Politik auswachsen ließe, die auf p o l i t i s c h e U n v e r a n t w o r t l i c h k e i t hinausliefe.

XX
**LUDWIG QUESSEL · DAS PARLAMENTARISCHE
 REGIERUNGSSYSTEM UND DER IMPERIALISMUS**



KÜNFTIGE Historiker des deutschen Imperialismus werden zweifellos feststellen können, daß der imperialistische Gedanke den Blick des Bürgertums freier und weiter gemacht hat, auch für die Probleme der innern Politik. Das gilt freilich am wenigsten für die Sozialpolitik. Imperialisten wie Friedrich Naumann und Paul Rohrbach, die dem Bürgertum predigen, daß die größte Zukunft denjenigen Völkern gehört, die die Schärfe des sittlichen Bewußtseins, betätigt nach dem Grundgedanken der sozialen Gesetzgebung, am lebendigsten bei sich zur Einheit zu gestalten wissen, sind in Deutschland noch immer spärlich vertreten. Im Gegensatz zu England, wo der herrschende liberal-pazifistische Imperialismus begriffen hat, daß soziale Reformen die notwendige Vorbedingung einer kraftvollen imperialistischen Betätigung sind, glaubt die Mehrheit der deutschen Imperialisten noch immer, daß nicht der Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung, sondern die polizeiliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit der proletarischen Organisationen die notwendige Ergänzung der imperialistischen Aktion sei. Sieht man jedoch von der Sozialpolitik ab, so kann man nicht verkennen, daß sich langsam im deutschen Bürgertum die Überzeugung Bahn bricht, daß unser halbparlamentarisches Regierungssystem völlig ungeeignet ist erfolgreich imperialistische Politik zu machen.

Der Imperialismus will bekanntlich den deutschen Nationalstaat durch Angliederung von Einflußsphären, Protektoraten und Kolonien zu einem Weltreich ausbauen. Ob unsere noch in halbfeudalen Anschauungen lebende Bürokratie das geeignete Instrument ist, um diese schwierige Aufgabe zu

vollbringen, erscheint nun aber selbst denjenigen zweifelhaft, die ein geheimes Grauen vor dem parlamentarischen Regierungssystem haben. Die Erfolglosigkeit unseres bürokratischen Imperialismus liegt auch gar zu offen zutage, als daß die Anschauung Delbrücks, wir würden mit unserm dualistischen Regierungssystem uns sicher noch die Welt erobern, zahlreiche Anhänger finden könnte. Professor Delbrück nennt unser Regierungssystem aus dem Grund *dualistisch*, weil sich in ihm zwei Gewalten gegenüberstehen. Auf der einen Seite Beamtentum und Offizierkorps, eng verbunden zu einem regierenden Organismus, der die faktische Regierungsgewalt ausübt; auf der andern Seite die jeweilige Mehrheit des Reichstags, die die Tätigkeit der im Namen des Kaisers und der Bundesfürsten regierenden Beamten und Offiziere kontrolliert und kritisiert.¹⁾ Dualistisch ist dieses Regierungssystem deshalb, weil die regierenden Beamten und Offiziere nicht Vertrauensmänner des Parlaments oder richtiger der Parteien sind, die im Parlament eine Mehrheit bilden, sondern Beauftragte der Krone, die sich ihre Vertrauensmänner aus den Kreisen der höheren Beamten und Offiziere wählt. Diese stehen aber dem Parlament kalt und fremd gegenüber; kein Weg führt von den Sitzen der Abgeordneten zu den Ministersesseln. Wie beim dualistischen Regime kein Beamter oder Offizier, der ein Ministerportefeuille innehat, Parlamentarier sein kann, kann auch kein Parlamentarier als solcher Minister sein oder es werden. Diese Spaltung der politischen Kräfte der Nation in zwei einander entgegenwirkende Teile wird in Deutschland noch vielfach wie eine Naturtatsache hingenommen. Daß Regierung und Parlament eins werden könnten, erscheint dem an die Zweiteilung der politischen Kräfte Gewöhnten zumeist als etwas Widersinniges. Wie der Parsismus in der Weltordnung den fortschreitenden Streit zweier Urwesen, eines guten und eines bösen, erblickt, so sieht der konservativ gerichtete Deutsche im Reichstag das böse und in der Regierung das gute Prinzip verwirklicht, die beide notwendigerweise sich im Widerstreit befinden müssen. Bei dem liberalen Deutschen ist die Grundauffassung die selbe, nur daß ihm der Reichstag als die Verkörperung des guten, die Regierung aber als das böse Prinzip erscheint. Das parlamentarische Regierungssystem, bei dem Parlamentswille und Regierungswille eins sind, ist in Deutschland noch etwas Fremdes; man kann sich eine Regierung, die sich nicht im Widerstreit zum Reichstag befindet, überhaupt nicht recht vorstellen. Nicht weiter verwunderlich ist es, daß bei den Befürwortern des politischen Dualismus das parlamentarische Regierungssystem lebhaften Widerwillen auslöst. Um eine parlamentarische Regierung in Deutschland als unmöglich zu erweisen, suchen diese die politische Kapazität der Parlamentarier möglichst herab- und die der Bürokratie möglichst heraufzusetzen. Es ist sehr interessant zu beobachten, wie zum Beispiel Professor Delbrück bei seiner Glorifizierung des dualistischen Regierungssystems allen Glanz auf den regierenden Organismus (Beamtentum und Offizierkorps) fallen läßt, während er für »die kleinen Leute«, die im Reichstag zum Wort kommen, nur eine schlecht verhüllte Mißachtung übrig hat. Das Beamtentum ist ihm die »organisierte politische Intelligenz«, während die Parlamentarier die »Masse« darstellen, »die im Reichstag ihre verschiedenen Instinkte kundgibt«. Nun weiß Delbrück sehr wohl, daß Männer, die an der Spitze dieses regierenden Beamtentums standen, eine sehr geringe Meinung von der

¹⁾ Siehe die Rundschau Politik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 442 f

»Intelligenz« bekundeten, die sich in ihm verkörpert. Freiherr vom Stein sprach nie anders als im verächtlichsten Ton von den »bezahlten Offizianten«, und Bismarck prägte ein halbes Jahrhundert später sogar das Wort von jenem »Extrakt von Dummheit und Bosheit, den man in Preußen den Geheimen Rat nennt«. Delbrück ist deshalb so vorsichtig seine Charakteristik des Beamtentums wie folgt einzuschränken:

»Aber wahr ist es, daß im Beamtentum sich trotz der höchsten Sachkunde und Intelligenz eine Verknöcherung des Denkens und Verengung des Gesichtskreises nur zu leicht herausbildet. Pedanterie, Formalismus, Hochmut, Kleben an Überlieferungen, Strebertum, Unfähigkeit sich in neue Aufgaben und Ausnahmestände zu finden, das sind Eigenschaften, die sich nur zu häufig zeigen und die uns den Zorn von Männern wie Stein und Bismarck wenigstens erklärlich machen. Beim Militär nennt man die selbe Erscheinung Kommiß.«²⁾

Obwohl ich keineswegs bestreiten möchte, daß im regierenden Beamtentum »Männer von höchster Sachkunde und Intelligenz« anzutreffen sind, so muß doch auch gesagt werden, daß die Art, wie sich das höhere Beamtentum in Deutschland rekrutiert, keine Gewähr dafür bietet, daß unsere Ministerien wirklich so etwas wie eine »organisierte politische Intelligenz« darstellen. In einem jüngst veröffentlichten sehr lesenswerten Büchlein hat der Abgeordnete M. Erzberger, dem man eine genaue Kenntnis der leitenden Persönlichkeiten in unseren Reichsämtern nicht wird abstreiten können, auch die Frage der Rekrutierung unseres regierenden Beamtentums erörtert. Er gibt davon folgendes Bild:

»Wenn einmal in einem Ministerium von einer bestimmten Studentenverbindung einige *alte Herren* sitzen, dann kann man ganz genau beobachten, wie sich das ganze Ministerium immer mehr färbt nach dem Band, das diese Herren als Studenten getragen haben. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß ohne ein Wort der Empfehlung oder eine persönliche Beziehung heute der fähigste Bewerber kaum mehr ankommen kann; wer anders sagt, kennt unsere Verhältnisse nicht.«³⁾

Professor Delbrück, der gegenüber den »kleinen Leuten« im Reichstag die leitenden Bürokraten als die eigentliche politische Intelligenz der Nation verherrlicht, hätte unter Berücksichtigung ihrer Rekrutierung gleich sagen können, daß ihre vornehmsten Brutstätten offenbar die Korps der Borussen in Bonn und der Saxoborussen in Heidelberg sind. Außerhalb dieser beiden Körperschaften, die vorzugsweise Deutschland mit regierenden Beamten versorgen, scheinen sich bei uns nur noch die kleinen Intelligenzen zu entwickeln, die im Reichstag die »verschiedenen Instinkte« der Masse kundgeben. Man braucht durchaus nicht blind gegen die Schattenseiten des parlamentarischen Regierungssystems zu sein und kann doch sagen, daß die Art, wie sich bei ihm die Rekrutierung der leitenden Persönlichkeiten vollzieht, erheblich mehr Garantie dafür bietet, daß die Regierung sich auch wirklich aus politischen Intelligenzen zusammensetzt, die der Kulturhöhe des Landes einigermaßen entsprechen. Erzberger zeigt nun aus der Fülle seiner praktischen Erfahrung wie das von Delbrück glorifizierte konstitutionelle oder dualistische Regierungssystem in Wirklichkeit aussieht. Er äußert sich darüber in seinem schon erwähnten Büchlein wie folgt:

»Konstitutionelles Regiment nennt man mit schönen Worten die Herrschaft der Bürokratie, welche ein tatkräftiges Parlament nicht aufkommen lassen will. Nirgends ist diese Methode mehr zu Haus als bei uns im Reich. Die leitenden Minister erklären, daß sie von einer Mehrheit im Parlament nicht abhängig seien, daß die Krone sie berufen habe und nur diese sie entlassen könne. Gestützt auf

²⁾ Siehe Delbrück Regierung und Volkswille /Berlin 1914/, pag. 157.

³⁾ Siehe Erzberger Politik und Völklerleben /Paderborn 1914/, pag. 27 f.

die ganze Kraft der Bureaukratie sucht man hier vielfach nur das eigene persönliche Interesse; da allein gibt es *Streber* und *Kleber*; dringende Wünsche des Volkes werden nicht erfüllt, selbst wenn Krone und Parlament sie wollen; es schiebt sich die Bureaukratie als Hindernis dazwischen. Die Bureaukratie wirkt lähmend, ertötend, kleinlich, maschinell, erkaltend, sie schafft unnötige Konflikte; niemand wechselt so schnell seine politische Überzeugung wie der Bureaukrat. Er sieht sich als Autokrat im Rahmen des Gesetzes an. Die Volksvertretung kann starke Mehrheiten für diesen oder jenen Wunsch in sich haben, die Forderung kann sehr berechtigt sein, die Bureaukratie schwebt in *Erhebungen* und *Erwägungen*. Autokratie oder Parlamentsregierung sind der Herrschaft der Bureaukratie auf die Dauer vorzuziehen. Aber die letztere hat die längste Zeit des Daseins hinter sich. Auch im konstitutionellen Regime kann sich kein Minister länger im Amt halten, der eine feste Mehrheit gegen sich hat . . . Im letzten Jahrzehnt sieht man immer deutlicher, daß Minister gehen, wenn sie im Parlament keine Stütze und Mehrheit mehr haben. Die Bureaukratie treibt auch zum Schaden der Allgemeinheit starke Inzucht, kann politische und staatsmännische Talente nicht brauchen, weil sie aus dem Schema herausfallen. Gewiß muß die Stetigkeit und das Schwergewicht der Bureaukratie sein in der Verwaltung, nicht aber an den leitenden Stellen; hier kann man keine Maschinen gebrauchen sondern Köpfe. Das parlamentarische Regime wird daher trotz aller Bedenken und Schattenseiten doch die Zukunft für sich haben; es ist die ganz naturgemäße Konsequenz der allgemeinen Schulpflicht, Steuerpflicht, Wehrpflicht, Wahlpflicht (letztere moralisch genommen).⁴⁾

Ein noch offeneres Bekenntnis zum parlamentarischen Regierungssystem als es hier Erzberger ablegt wird man nicht gut verlangen können. Man kann auch annehmen, daß Erzberger mit seinen Anschauungen in seiner Partei nicht allein steht, wenn er auch als Führer des süddeutschen, mehr demokratisch gefärbten Flügels in diesen Fragen vielleicht noch nicht die Mehrheit des Zentrums hinter sich hat. Daß ähnlich wie im Zentrum auch in der nationalliberalen Partei sich Männer finden, die volles Verständnis für die Unzulänglichkeit des dualistischen oder bureaukratischen Regierungssystems haben, kann angesichts der herben Kritik, die von nationalliberaler Seite an unserer bureaukratischen Auslandspolitik geübt worden ist, nicht gut angezweifelt werden. Überhaupt muß ja auf dem Gebiet der Auslandspolitik die Unzulänglichkeit des bestehenden Regimes am schärfsten hervortreten, weil hier unsere Diplomatie ihre Kräfte wohl oder übel mit Männern messen muß, die als Vertrauensleute des Parlaments nicht gewohnt sind die Welt mit den Augen des Bureaukraten zu betrachten. Daß Frankreich soldatisch schwächer und doch politisch stärker ist als Deutschland, daß die Republik es vermocht hat seit Sedan zum Rang der dritten europäischen Weltmacht emporzusteigen, während das militärgewaltige Deutsche Reich mit seinen 2,8 Millionen Quadratkilometer Kolonialbesitz gegenüber Frankreich mit 7,2 Millionen Quadratkilometer nur als Nationalstaat angesehen werden kann, das ist von den deutschen Imperialisten immer bitter empfunden worden. Aber sie haben sich nie recht die Frage vorzulegen und zu beantworten getraut, worauf denn eigentlich der glänzende Aufstieg Frankreichs zurückzuführen ist. Statt diese Frage zu untersuchen, trösteten sie sich damit, daß Frankreichs geringer Bevölkerungszuwachs die Besiedelung seines gewaltigen Kolonialbesitzes unmöglich macht. Erst in letzter Zeit hat man eingesehen, daß dieser Trost nicht ausreicht. Die französischen Kolonien brauchen von Weißen gar nicht besiedelt zu werden, weil sie ja eine ausreichende farbige Bevölkerung aufweisen. Als Staat alter Kultur hat Frankreich allerdings keinen Überschuß an Bauern und Arbeitern, die menschenleere Gebiete besiedeln könnten; dagegen besitzt es aber einen Überfluß an kommerziell und

⁴⁾ Siehe Erzberger, loc. cit., pag. 22 f.

technisch geschulten Kräften, hervorgegangen aus Bourgeoisie und Mittelstand, die nach den französischen Einflußsphären, Protektoraten und Kolonien hinstreben, um dort für ihre Intelligenz das Betätigungsfeld zu finden, das in der Heimat nicht vorhanden ist. Das Menschenmaterial, das die Republik zur ökonomischen und politischen Beherrschung ihrer Einflußsphären, Protektorate und Kolonien, ihres ganzen gewaltigen auswärtigen Länderbesitzes in Asien und Afrika braucht, ist reichlich vorhanden, obwohl zweifellos in der Heimat ein Mangel an Proletariern besteht. Man beginnt jetzt in den Kreisen der deutschen Imperialisten auch einzusehen, daß die Anschauung, Frankreich könne trotz seines riesenhaften Kolonialbesitzes, den es noch unablässig zu erweitern bestrebt ist, eigentlich als kein Weltreich angesehen werden, weil es in der Heimat über zu wenig Proletarier verfügt, haltlos ist. Zu diesen Imperialisten, die Frankreichs große imperialistische Erfolge richtig zu bewerten anfangen, gehört W. Rathenau, der jüngst in einem Artikel der Neuen Freien Presse den Aufstieg der Republik seit Sedan wie folgt schilderte:

»Ein Staat, niedergeworfen, zerrissen, entblutet, zittert in den siebziger Jahren vor erneutem Angriff der Deutschen und beschwört durch seinen Botschafter den Kaiser um Frieden. Wirtschaft und Volkszahl dieses Staates stagnieren, unerhörte Skandale erschüttern das Vertrauen zur Industrie, zur Regierung und zum Heer, Advokaten, Journalisten und Generale teilen sich in die Herrschaft, die alle 11 Monate wechselt, die Kirche wird vertrieben, der Sozialismus und Syndikalismus bemächtigt sich der Kommunen und zeitweise der Ministerien. Und währenddessen konsolidiert dieses Land seine Herrschaft in Algier und seine Vormacht in Syrien, gewinnt Madagaskar, Tunis, Cochinchina, Marokko, erwirbt die beiden mächtigsten Bündnisse zu Wasser und zu Lande, entscheidet die Konferenz von Algeciras und übt auf die Entschlüsse Europas durch seinen Spruch und durch seine Legationen den gleichen, zeitweilig größern Einfluß als irgendeiner der Nachbarstaaten. Deutschland hingegen beginnt zur gleichen Zeit mit dem Besitz der kontinentalen Hegemonie, bleibt von inneren Stürmen verschont, erringt durch Bürgerkraft die zweite Stelle der Weltwirtschaft, überflügelt den Wohlstand Frankreichs um fast das Doppelte, verbraucht an öffentlichen Umlagen alljährlich das Zweieinhalbfache der französischen Kriegsentschädigung, abgesehen von 2 Milliarden, die es den Inhabern des Großgrundbesitzes opfert — und bleibt ausgeschlossen von zwei Weltenteilungen, zuwachslos außer durch private Initiative und sieht seinen Einfluß bis an die Grenze der Mächte ersten Ranges sinken.«

Rathenau begnügt sich aber nicht damit Frankreichs glänzenden Aufstieg zu konstatieren, er stellt sich auch die Frage, welchen Kräften die Republik ihre erstaunlichen imperialistischen Erfolge zu danken hat. Da ist es nun interessant, daß er selbst diejenigen Seiten des parlamentarischen Systems, die eine oberflächliche Betrachtung häufig als verderblich für das Staatswohl hingestellt hat, wie den häufigen Ministerwechsel, als wichtige Kraftquelle für die Machtstellung des Staates erkennt. Er schreibt:

»Vor Jahresfrist habe ich an dieser Stelle vom Wesen der selbsttätigen Selektion gesprochen, einem Begriff, den Preußen-Deutschland nicht kennt, obwohl er in allen führenden Staaten, in jedem auf seine eigene Weise, längst zur unausgesprochenen, selbstverständlichen Praxis geworden ist. Dieser Übung verdankt Frankreich, das kräfteärmste Land, ein ständiges Arsenal von führungsgewohnten und führungsbereiten Menschen. Hier wird ein Organisator gebraucht, hier ein Parlamentsminister, hier ein Kenner der Flotte, ein Russefreund, ein Finanzpraktiker, ein Budgetkünstler, ein Allerweltsmensch, ein Vertrauensmann, ein Idealist: die Jahrganglisten der abgedankten Ministerien sind mit jedem Stoff versehen. Bei uns: vor der Besetzung des Postens Verzweiflung, nach der Besetzung Enttäuschung: wie kommt es nur, daß wir so wenige leitende Männer haben? Dazu die altfränkische Fiktion, daß jeder Verabschiedete als ein Verungnadeter gilt: unter keinen Umständen darf er wiederkommen. Unsere Wirtschaft, die keine Ancienni-

tät, keine Ständesrechte, keine Examina, wohl aber selbstwirkende Auswahl kennt, findet jahraus jahrein führende Kräfte, um die sie die Welt beneidet; unsere Politik und Regierung findet sie nicht.«

Der Mangel an führenden Kräften, das hat Rathenau klar erkannt, ist der entscheidende Grund für unsere imperialistischen Mißerfolge. Umgekehrt hat Frankreich seinen glänzenden Aufstieg dem Überfluß an leitenden Männern zu danken. Beides ist nun aber nicht auf verschiedene Begabung der beiden Völker zurückzuführen, es ist vielmehr nur die Folge der verschiedenen Regierungssysteme beider Länder. Die Bureaukratie, die auf Unter- und Einordnung beruht, vermag Führernaturen nicht hervorzubringen. Andererseits verhindert das bürokratische Regierungssystem, daß die Staatsmänner sich aus den Reihen der Parlamentarier rekrutieren. Das Parlament, das Frankreich mit einem Überfluß leistungsfähiger Persönlichkeiten versorgt, bleibt bei uns steril, weil unsere Tradition es verhindert, daß politische Talente hochkommen. Imperialistische Politik ohne führende Kräfte zu treiben ist aber unmöglich. Deutschlands Mangel an Erfolg und Frankreichs Aufstieg zum Weltreich reden in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Es liegt ferner in der Natur der Dinge, daß die regierende Bureaukratie jeden diplomatischen Mißerfolg darauf zurückzuführen sucht, daß wir militärisch noch nicht stark genug seien, um imperialistische Erfolge erzielen zu können. Militärvorlage folgt auf Militärvorlage, und je dicker der militärische Panzer wird, den die Bureaukratie sich umlegt, um so unbeweglicher wird sie. Daß zur Erringung imperialistischer Erfolge nicht nur Bajonette, sondern auch politische Intelligenz notwendig ist, wird gern übersehen. Dabei gerät der deutsche bürokratische Imperialismus in einen immer größern Gegensatz zu dem liberal-pazifistischen Imperialismus der Westmächte, der den Krieg unter Kulturvölkern verabscheut und den europäischen Frieden unter allen Umständen erhalten wissen will.

Die Sozialdemokratie, die in hohem Grad daran interessiert ist, daß der imperialistischen Rüstungs- und Angriffspolitik, die, wie Emile Vandervelde in einem Artikel des Vorwärts sagt, »die eigentliche Ursache der Verwirrung in Europa« ist, »eine Politik friedlicher Ausdehnung und freier Handelsbeziehungen« entgegentritt, kann es nur freudig begrüßen, wenn unter den deutschen Imperialisten, die *Weltpolitik ohne Krieg* treiben wollen, sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß dies nur auf dem Boden einer parlamentarischen Regierung möglich ist. Wie sehr auch sonst die Ansichten zwischen den pazifistischen Imperialisten und den Sozialdemokraten auseinandergehen mögen, in zwei wichtigen Punkten wäre immerhin eine Übereinstimmung möglich: darin, daß das Interesse der ganzen Nation es erfordert, daß der Weltfriede erhalten bleibt, und daß die Demokratie durch das parlamentarische Regierungssystem zum Sieg gelangt.

XX

ALBERT SÜDEKUM · DIE WERTZUWACHSSTEUER



ALS sich im Sommer 1913 im Reichstag die Beratung der Steuervorlagen dem Ende zuneigte, strömten plötzlich die Bodenspekulanten und ihre Helfer in hellen Scharen ins Haus am Königsplatz und setzten den schon lange vorbereiteten entscheidenden Sturm gegen die Reichswertzuwachssteuer vom 14. Februar 1911 an. Sie behaupteten nicht nur, daß die Steuer einen finanziellen und verwaltungs-

technischen Mißerfolg erlitten habe, daß sie die Schuld an dem Darniederliegen des Baumarkts trage, sondern daß sie auch in Verbindung mit der von 1917 ab geltenden Vermögenszuwachssteuer zu einer Doppelbesteuerung führen müsse, die der Grundbesitz zu tragen außerstande sei. Diesem heftigen Angriff von außen, dem sich im Haus eine Reihe von Abgeordneten aus allen bürgerlichen Parteien sofort anschloß, war die Regierung nicht gewachsen. Sie verhielt sich, um das mindeste zu sagen, beinahe teilnahmslos und brachte die von der Sozialdemokratie sofort eingeleitete Gegenaktion dadurch zum Scheitern. Die Bodenspekulanten nahmen die angegriffene Position und pflanzten ihre siegreichen Fahnen auf den Trümmern eines Gesetzes auf, dem 2 Jahre vorher außer der Sozialdemokratie beinahe der ganze Reichstag mit mehr oder weniger gut gespielter Enthusiasmus zugestimmt hatte. Die Sozialdemokratie hatte im Jahr 1911 als einzige Partei geschlossen das Zuwachssteuergesetz abgelehnt, nicht etwa weil sie den Grundgedanken verwerfen wollte, sondern im Gegenteil, weil ihr der gesunde Kern durch die schlechte Fassung des an allen entscheidenden Punkten im Reichstag abgeschwächten Gesetzes gefährdet erschien. Im Jahr 1913 war sie hinwiederum die einzige Partei, die geschlossen für die Aufrechterhaltung der Zuwachssteuer eintrat, weil ihr die Kapitulation der Regierung und der bürgerlichen Parteien vor den Grundstücksspekulanten würdelos erschien, und weil die Schäden des Gesetzes bei gutem Willen mit fester Hand wohl zu bessern gewesen wären.

Überblicken wir zunächst die Rechtslage, so ist festzustellen, daß durch das Reichsgesetz vom 3. Juli 1913 über Änderungen im Finanzwesen die Zuwachssteuer von 1911 keineswegs aufgehoben worden ist. Das Reich hat nur auf seinen Anteil an dem Aufkommen aus der Zuwachssteuer (50 %) verzichtet, läßt aber für die Erhebung der Zuwachssteuer durch Gemeinden und Bundesstaaten das bisherige Recht mit einigen Änderungen weiter gelten. Dagegen hat sich Widerspruch von verschiedenen Punkten aus erhoben, was eine Prüfung der ganzen Angelegenheit als notwendig erscheinen läßt.

Stadtrat Klautzsch (Königshütte) hat in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. Januar 1914 die Frage nach der Rechtsgültigkeit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1913 geänderten Zuwachssteuer verneint, weil nach der Reichsverfassung der Gesetzgebung des Reichs nur »die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern« unterlägen. Durch das Gesetz vom 3. Juli 1913 sei die Fiktion der »einheitlichen Reichsabgabe«, von der das Reich einen Teil den Bundesstaaten und einen andern Teil den Gemeinden überlasse, beseitigt und die Zuwachssteuer in eine reine Gemeindesteuer verwandelt worden. Damit sei die Kompetenz des Reichs überschritten, das Gesetz sei also nicht rechtsgültig. Und da es den Gerichten obliege die materielle Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu prüfen, so müßten sie auf Grund dieser Prüfung das Gesetz als verfassungswidrig erklären und die Unzulässigkeit der Weitererhebung der Zuwachssteuer nach diesem Gesetz aussprechen. Die Ausführungen des Stadtrats Klautzsch konnten nicht ohne Widerspruch bleiben, weil er übersehen hat, daß der Reichsgesetzgebung unbestritten die sogenannte Kompetenzkompetenz zusteht, mit anderen Worten: daß ein übereinstimmender Beschluß von Reichstag und Bundesrat genügt, um die in der Verfassung festgelegte Zuständigkeit des Reiches zu erweitern, und zwar nicht nur durch direkte Abänderung der Verfassung

selbst sondern auch durch Sondergesetze. Da unzweifelhaft bei dem Gesetz vom 3. Juli 1913 ein solcher übereinstimmender Beschluß von Reichstag und Bundesrat vorliegt, und da, weil es sich nicht um eine formelle sondern um eine stillschweigende Abänderung der Reichsverfassung handelt, auch die Frage nicht nachgeprüft zu werden braucht, ob nicht 14 Stimmen im Bundesrat dagegen waren (was an sich genügen würde, um eine formelle Änderung zum Scheitern zu bringen), so kann dieser Einwand als abgetan gelten. Finanzamtmann Dr. Hertel hat sich (in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. Februar 1914) auf diesen Standpunkt gestellt, ähnlich wie der konservative Staatsrechtslehrer Professor Arndt (im Tag vom 1. Februar 1914). Noch mehr Gewicht hat bei uns das Urteil des früheren Präsidenten des badischen Verwaltungsgerichtshofs, Lewald, der in der Zeitschrift für badische Verwaltung vom 11. April 1914 ausführte:

»Man mag über die Zulässigkeit und Rätlichkeit einer Verfassungsänderung in dieser Form [das heißt einer stillschweigenden Verfassungsänderung] denken wie man will: das erscheint wohl ausgeschlossen, daß eines der obersten Verwaltungsgerichte die von Klautzsch gezogenen Schlußfolgerungen sich aneignen werde. Die herrschende Lehre geht dahin, daß der stärkste Willen im Reich (der des Reichsgesetzes) für den Richter unbedingt bindend ist; in Anwendung des Grundsatzes »Reichsrecht bricht Landesrecht« hat der Richter zwar allerdings zu entscheiden, inwieweit ein Landesgesetz gegenüber dem Reichsrecht noch Bestand hat; aber sein Prüfungsrecht erstreckt sich nicht auch auf die materielle Verfassungsmäßigkeit des Reichsgesetzes, in Sonderheit nicht auf die Frage, ob das Reich durch die Erlassung eines Gesetzes seine Kompetenz gegenüber den Einzelstaaten überschritten hat.«

Können wir demnach als festgestellt erachten, daß das Reichsgesetz vom 3. Juli 1913 rechtsgültig ist, dann müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen und untersuchen, wie sich danach die Besteuerung des Wertzuwachses am Grund und Boden in Zeit und Zukunft in Deutschland gestalten kann und gestalten wird. Um diese Untersuchung richtig durchzuführen, prüfen wir zunächst die von den Gegnern der Zuwachssteuer vorgebrachten national-ökonomischen und administrativen Einwände, daß das Gesetz von 1911 ein finanzieller und verwaltungstechnischer Fehlschlag gewesen sei, und daß es die Schuld an der traurigen Gestaltung des Bau- und Grundstücksmarkts der letzten Jahre trage. Was den angeblichen verwaltungstechnischen Fehlschlag anlangt, so ist auf diese Behauptung zu erwidern, daß das Zuwachsteuergesetz in der Tat bei seiner Handhabung eine Reihe von Schwierigkeiten gezeitigt hat. Zum Teil liegen sie, wie der Kommentator des Gesetzes, Dr. Lion, im Preußischen Verwaltungsblatt hervorgehoben hat, an dem Aufbau des Gesetzes, das weder den objektiven Charakter der Zuwachssteuer als einer Realsteuer noch den subjektiven als einer Personal- oder Gewinnsteuer konsequent festgehalten sondern beide Systeme in vielen Bestimmungen gemischt hat. Das ist im wesentlichen auf den Einfluß der Bodenspekulanten bei der Schaffung des Gesetzes von 1911 zurückzuführen. Einen Teil dieser Schwierigkeiten hat übrigens die Novelle vom 3. Juli 1913 aus der Welt geschafft; die anderen hätten sich an der Hand der inzwischen gewonnenen praktischen Erfahrungen sehr wohl vermeiden lassen, wenn dazu der gute Wille vorhanden gewesen wäre. Aber gerade an diesem guten Willen hat es der Mehrheit des Reichstags und auch der Regierung offensichtlich gefehlt. Sie haben die Aufgabe vielmehr den Einzelstaaten, ja der örtlichen Gesetzgebung zugewiesen, ohne daß irgendwelche Garantien für sachlich einwandfreie Lösungen der schwierigen Aufgabe gegeben wären.

Anders ist es schon mit dem angeblich finanziellen Fehlschlag. Wenn die Reichszuwachssteuer in keinem der beiden Etatsjahre, in denen sie im Reichsetat vorkam, den vollen von ihr erhofften Betrag eingebracht hat, so lag das weniger an der Steuer als an der allgemeinen Gestaltung des Grundstücksmarkts. Und damit kommen wir auch gleich auf den dritten Einwand, daß die Steuer an dieser schlechten Lage des Grundstücksmarkts die Schuld trage. Dieser Einwand ist natürlich für uns von besonderer Bedeutung, denn bei der Stellung des Baugewerbes in Deutschland hängt mit der Lage des Grundstücks- und Baumarkts die Arbeitslosigkeit in Ausdehnung und Verlauf eng zusammen. Wenn sich tatsächlich ergeben sollte, daß die Steuer zur Vermeidung der Bautätigkeit in erheblichem Maß beitrüge oder beigetragen hätte, dann müßten wir aus gebotener Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter und mehr noch aus Rücksicht auf die Wohnverhältnisse der breiten minderbemittelten Schichten des Volks eine Abänderung des Gesetzes fordern. Der Sozialdemokratie wird niemand zuzumuten, daß sie aus reiner Prinzipienreiterei, weil ihr der Gedanke der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses am Grund und Boden sympathisch ist, auch dann an der Steuer festhielte, wenn sie unter den besonderen Verhältnissen unserer Volkswirtschaft überwiegend schädlich wirkte. Die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses ist wichtig, wichtiger aber ist uns die Wohlfahrt der breiten Massen des Volks, die allein es in den Stand setzen kann das heutige Eigentumsrecht (von dem das Bodenrecht mit seiner Begünstigung der Spekulanten nur einen Teil bildet) entscheidend abzuändern. Haben wir unter dieser Voraussetzung Anlaß nach den bisherigen Erfahrungen unsere Stellung zur Zuwachssteuer zu ändern? Die Antwort kann man einer Schrift Dr. Otto Bertholds, betitelt Ergebnisse der Wertzuwachssteuer und die Wirkungen der Steuer auf den Grundstücksumsatz, entnehmen. Berthold, dem für seine Untersuchungen das preußische Finanzministerium, andere Staatsbehörden und viele Gemeinden amtliches Material zur Verfügung gestellt haben, betrachtet in der Hauptsache die Verhältnisse in Groß Berlin, wo er den Zusammenhängen zwischen der Wertzuwachssteuer und der Lage des Grundstücksmarkts in den einzelnen Gemeinden nachspürt und dabei zu dem (uns durchaus nicht überraschenden) Ergebnis kommt, daß eine ungünstige Wirkung der Steuer in der Hauptsache entschieden zu bestreiten sei. Es verhält sich tatsächlich so, daß die Einführung der Reichswertzuwachssteuer in eine Periode scharfen Rückgangs am Berliner Grundstücksmarkt fiel. Für die Reichshauptstadt selbst kann die Reichssteuer, da dort bereits eine schärfer zupackende Gemeindesteuer bestand, überhaupt keinen ungünstigen sondern nur einen günstigen Einfluß auf die Gestaltung des Grundstücksmarkts gehabt haben, wie auch aus den von Berthold beigebrachten Zahlen deutlich hervorgeht: Im Jahr 1910 erfolgten dort rund 2400 Umsätze, in den beiden folgenden Jahren unter der mildern Reichssteuer nur 2100 und 2000. Die Lage kennzeichnet eine vom Verfasser mitgeteilte Äußerung eines Subhastationsrichters, die lautet:

»Vor 2 Jahren fanden sich bei Subhastationen in meinem Amtszimmer meist nur Handwerker ein, die Forderungen hatten; im vorigen Jahr blieben diese, weil sie es als aussichtslos ansahen zu ihrem Geld zu kommen, fort. Dafür kamen die Inhaber der 2. Hypotheken, und in diesem Jahr [1913] blieben auch sie fort, und es kommen nur noch die Besitzer 1. Hypotheken.«

Ähnlich wie Dr. Berthold hat sich übrigens auf Grund eines recht umfassenden Materials der Reichstagsabgeordnete Dr. Jaeger schon in der

Sitzung des Reichstags vom 27. Juni 1913 ausgesprochen. Die Grundstückspekulanten, denen jede, auch die mildeste, Zuwachssteuer ein Dorn im Auge ist, haben durch ihre geschickt geleitete und mit Riesensummen gespeiste Agitation aber den Eindruck zu erwecken gewußt, daß der Zusammenbruch ihres luftigen Gebäudes, der aus ganz anderen Gründen erfolgte (ein Sachkenner hat unlängst, mit leiser Übertreibung, gesagt: »Zwischen Oranienburg und Britz sind alle Terraingesellschaften pleite«), der Einführung der Zuwachssteuer durch das Reich zuzuschreiben sei. Namentlich hat sich der von Herrn van der Borcht geleitete Schutzverband für die Interessen des Grundbesitzes in den Dienst dieser Sache gestellt und (das Zeugnis kann man ihm nicht versagen) seine Aufgabe glänzend gelöst. An anderen Orten lagen die Dinge fast genau so wie in Berlin. Ich verweise nur auf Dresden, wo die Gegnerschaft gegen die Zuwachssteuer die groteske Form der Kolportage des Falls Meißner annahm, das heißt der Behauptung, ein stadtbekannter Bauspekulant sei durch die Steuer ruiniert worden, bis die Behörden an der Hand der Akten die Lügenhaftigkeit dieser immer wiederholten Agitationsphrase schlagend bewiesen. Was das flache Land anlangt, so ist zu bedenken, daß die enorme Wertsteigerung des Grund und Bodens infolge der Zollerhöhung vom Jahr 1906 zum größten Teil schon in den 5 Jahren vor der Einführung der Zuwachssteuer eingeheimst worden war, sei es auch nur in der Form einer höhern Hypothekenaufnahme auf Land und Gebäude.

Auch mit der Behauptung der volkswirtschaftlichen Schädlichkeit der Zuwachssteuer ist es demnach nichts. Dabei liegt es mir aber ganz fern etwa zu behaupten, daß sich auf der andern Seite jene übertriebenen Hoffnungen erfüllt hätten, die die Bodenreformer zum Teil auf das Gesetz setzten. Es ist eben nicht wahr, daß eine Bodensteuer immer und unter allen Umständen zur Verbilligung des Bodens führen müsse, und daß immer der Verkäufer bei der Zuwachssteuer der leidende Teil sei. Die Erfahrungen beweisen vielmehr auch für die Zuwachssteuer die Richtigkeit der von Wurm in seiner Rede zur Steuerfrage auf dem Parteitag 1913 dargelegten Gedanken:

»Bei dieser Steuer [auf den Wertzuwachs an Gebäuden und Bauplätzen (und natürlich auch an landwirtschaftlich genutztem Boden)] ist es sehr notwendig, daß wir eine genaue Untersuchung über ihre Wirkung vornehmen. . . Gerade die Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs, die von den Bodenreformern eine Zeitlang als Allheilmittel gepriesen wurde, bekommt durch die Konzentration des Baukapitals, des Kapitals in den Terraingesellschaften, an vielen Orten ein ganz anderes Gesicht wie früher. Wo Terraingesellschaften das Monopol haben, wo sie über Kapitalien verfügen, die ihnen die Möglichkeit geben durchzuhalten in Zeiten [für sie!] schlechter Wohnungsverhältnisse, wo das Angebot größer ist als die Nachfrage, da werden diese Gesellschaften die Steuer einfach mit auf die Geschäftskosten schreiben und bei der nächsten [für sie!] günstigen Konjunktur mit daraufschlagen auf die Preise der Grundstücke und Gebäude, die ihnen gehören. . . Der Preis der Wohnungen richtet sich nach Angebot und Nachfrage wie jeder andere Preis, und wenn ein Wohnungsmangel besteht, dann können die Besitzer des Grund und Bodens und der Häuser die Steuern ohne weiteres abwälzen auf den Käufer, auf den Mieter, auf den Pächter.«

Wenn wir dies unverhohlen zugeben, so machen wir uns damit noch nicht die Argumente der Bodenspekulanten gegen die Wertzuwachssteuer zu eigen. Wir stehen nur den Dingen wirklich unvoreingenommen gegenüber und lassen uns bei ihrer Beurteilung nur von sachlichen Erwägungen leiten.

Wurm hat an der angegebenen Stelle aus seinen oben zitierten Darlegungen

den Schluß gezogen, es sei das einzig Richtige, die Zuwachssteuer nur örtlich durch Gemeindebeschluß einzuführen, hat aber dabei den Hinweis nicht unterlassen, daß wir damit auf viele Schwierigkeiten stoßen, weil in den meisten Gemeinden die Hausbesitzer die Alleinherrscher sind und gerade dort, wo es am nötigsten wäre die Zuwachssteuer einzuführen, diese verhindern können. »Durch diesen Zwiespalt«, meint er, »müssen wir uns eben hindurchwinden, um immer das Richtige zu finden.« Die Sozialdemokratie hat bei der Schaffung des Gesetzes von 1911 dem Umstand, daß dadurch die Zuwachssteuer auch in solche Gemeinden eingeführt wurde, in denen sie sonst wegen des starren Widerstands der bevorrechteten Hausbesitzer undenkbar wäre, die größte Bedeutung beigemessen und darauf wiederholt hingewiesen. Mit der stückweisen Zerstörung des Werks von 1911 durch das Gesetz vom 3. Juli 1913 kann uns nur der Gedanke ansöhnen, daß bei richtiger Auslegung des Gesetzes wenigstens die lokale Zuwachssteuer grundsätzlich aufrechterhalten bleiben muß. Freilich machen sich Anzeichen dafür bemerkbar, daß diese richtige Auslegung des Gesetzes über Abänderungen im Finanzwesen nicht überall beliebt wird. Diesem Bestreben müssen wir beizeiten entgegenreten.

Um die Sache klarzustellen, kehren wir noch einmal zu dem Gesetz vom 3. Juli 1913 zurück. Der § 1, der hier allein in Frage kommt, enthält Abänderungen des Reichsstempelgesetzes und des Zuwachssteuergesetzes, die inhaltlich mit einander in Verbindung stehen. Während nämlich die Abänderung des Zuwachssteuergesetzes eine Minderung der Reichseinnahmen zur Folge hat, soll für eine Übergangszeit bis zum Ende des Rechnungsjahrs 1916 der Ausfall durch die Aufrechterhaltung des erhöhten Umsatzstempels einigermaßen ausgeglichen werden. Die Abänderungen des Zuwachssteuergesetzes im besondern zerfallen nach ihrem Inhalt in 4 Gruppen: Zunächst schafft die Novelle dem 3. Satz im Absatz 2 des § 1 des alten Gesetzes eine neue Form; sodann folgt die Bestimmung, wonach die Erhebung des Reichsanteils am Aufkommen an der Zuwachssteuer für die Zukunft wegfällt; ferner kommt die für die Gemeinden und Bundesstaaten entscheidende Neuerung, die mit den Worten anhebt: »Für die Erhebung der Zuwachssteuer in den Gemeinden (Gemeindeverbänden) und Bundesstaaten gilt das bisherige Recht mit folgenden Maßnahmen«; worauf dann 4 besonders bezeichnete Maßnahmen dargelegt werden, die schließlich zu einer zusammenfassenden Delegation gesetzgeberischer Macht durch die Reichsgesetzgebung auf andere Instanzen in den Worten hinüberleiten: »Durch Landesgesetz oder in Gemäßheit des Landesrechts durch Ortsstatutarische Vorschriften kann eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden.« Wir sehen also folgende logische Gedankenentwicklung: Der Reichsanteil der Zuwachssteuer wird nicht mehr erhoben; für Erhebung der Zuwachssteuer in den Gemeinden und Bundesstaaten gilt (abgesehen von einigen notwendigen Änderungen) das bisherige Recht; landesgesetzlich oder ortsstatarisch kann die Besteuerung des Wertzuwachses anders geregelt werden.

Was heißt nun eine »andere Regelung«? Handelt es sich dabei nur um Änderungen im Rahmen des Reichsgesetzes, oder geht das Recht der Änderung so weit das Reichsgesetz ganz außer Kraft zu setzen und an seiner Stelle ein Landesgesetz oder ein auf landesgesetzlicher Vorschrift beruhendes Ortsstatut einzuführen?

An sich hat der Gedanke etwas Ungeheuerliches, daß ein Reichsgesetz durch Landesgesetz oder gar durch Ortsstatut abgeändert werden kann. Man hat auf eine ähnliche Vorschrift in dem Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen hingewiesen; aber offenbar mit wenig Recht. Indessen wollen wir hier diese staatsrechtliche Frage nicht weiter verfolgen. Aus dem Wortlaut des Gesetzes vom 3. Juli 1913 ist der Streit keinesfalls zu entscheiden. Der Wortlaut bietet für beide Auslegungen Raum. Allerdings neigt sich die Wage wohl etwas zugunsten der Auffassung, daß das Gesetzesprinzip aus dem Jahr 1911 beizubehalten ist, nur die einzelnen Vorschriften abgeändert werden können. Denn vor dem Satz, der die Veränderungen im einzelnen gestattet, steht ja der deutliche und keinem Zweifel unterworfenen andere Satz »Für die Erhebung der Zuwachssteuer gilt das bisherige Recht«. Aber man muß zugeben, daß eine völlige Klarheit aus dem Wortlaut allein nicht zu gewinnen ist.

Gehen wir daher, um den Willen des Gesetzgebers zu erforschen, auf die Verhandlungen im Reichstag zurück. Da ist festzustellen, daß auch aus dem stenographischen Protokoll keine einheitliche Willenserklärung zu entnehmen ist. Die Regierung trat zuerst, wenn auch, wie schon gesagt, sehr schlaff für die Aufrechterhaltung des Gesetzes von 1911 ein; man kann daraus schließen, daß man im Reichsschatzamt das obligatorische Weiterbestehen der Zuwachssteuer in den Gemeinden und Bundesstaaten wünschte. Ich habe Grund anzunehmen, daß man auch jetzt noch dort die Ansicht vertritt, das Gesetz gestatte keineswegs die einfache Aufhebung der Zuwachssteuer in den Gemeinden. Ein preußischer Kommissar, der in der Debatte vom 27. Juni 1913 das Wort ergriff, sagte freilich, daß seine Verwaltung geneigt sei den Gemeinden die volle Autonomie auf diesem Steuergebiet zurückzugeben, also auch das Recht der Steuerabschaffung. Eine unzweideutige Stellungnahme des Bundesrats als Körperschaft fehlt. Von den Parteien hat sich die fortschrittliche Volkspartei ausdrücklich für volle Freiheit der Gemeinden bei der Ausgestaltung der Steuer ins Zeug gelegt; ihr Redner, der Abgeordnete Blunck, steht nach seinen Äußerungen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinden die Steuer auch (auf Grund landesgesetzlicher Ermächtigung) aufheben können; das selbe gilt natürlich von der Landesgesetzgebung selbst. Die Nationalliberalen ließen durch den Mund des Abgeordneten Schiffer erklären, sie lehnten ab »die Zuwachssteuer gewissermaßen auf einem Umweg ganz und gar zu beseitigen«. Der Abgeordnete Vogt (Hall) stimmte zwar der vorgeschlagenen Abänderung des Zuwachssteuergesetzes im Namen seiner Freunde zu, aber nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er eine Reform des Reichsgesetzes zur Abstellung der bei seiner Durchführung erkennbar werdenden Schäden für besser hielte. Ebenso äußerte auch der Abgeordnete Behrens Bedenken gegen die Abänderung und verwies darauf, daß nunmehr der Kampf um die Zuwachssteuer wieder in die Gemeinden verlegt werde, die im größten Teil des Reichs das Grundbesitzerprivileg der Gemeindevertretung haben. Angesichts dieses mit Recht hervorgehobenen Umstands mutet es als eine leere Redensart an, wenn ein anderer Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Abgeordnete Waldstein, emphatisch ausrief, seinen Freunden liege nichts ferner als eine Begünstigung der Bodenspekulation, und »die Gemeinden« ausdrücklich aufforderte »mit tunlichster Beschleunigung diejenigen 50 %, die das Reich freigibt, durch Ortsstatut für sich zu bean-

spruchen«. Wenn man den Bock zum Gärtner macht, kann man keine Früchte erwarten.

Das sagten denn auch klar und deutlich die Vertreter der sozialdemokratischen Partei, namentlich der Abgeordnete Haase, und der Wortführer des Zentrums, der schon erwähnte Abgeordnete Dr. Jaeger. Beide widersprachen der vorgeschlagenen und dann Gesetz gewordenen Abänderung und forderten Aufrechterhaltung des bestehenden Reichsgesetzes oder eine andere, die Zweifel an der prinzipiellen Fortdauer der Zuwachssteuer in allen Gemeinden kraft Reichsrechts ausschließende Fassung. Sind die Anhänger dieser Auffassung auch bei der Abstimmung schließlich in der Minderheit geblieben, so behält ihr Votum doch angesichts der unklaren Fassung der Novelle Bedeutung. Man kann also sagen, daß sich ein einhelliger Wille des Gesetzgebers auch aus den Verhandlungsprotokollen nicht nachweisen läßt: Die Haltung der Regierung ist unklar, die Volksvertretung hat mindestens zum Teil dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß die Besteuerung des Wertzuwachses kraft Reichsrechts grundsätzlich in allen Gemeinden erhalten und der Entscheidung durch die privilegierten Haus- und Grundbesitzer entzogen bleiben soll. Für die Minderheit hat also der letzte Satz der Novelle die Bedeutung gehabt, daß durch Landesgesetz oder in Gemäßheit Landesrechts eine andere (als die im Gesetz vom 14. Februar 1911 vorgesehene) Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden kann, aber unter der Voraussetzung, daß der Zuwachs überhaupt auf jeden Fall besteuert werden muß.

Im weitem Verlauf der Dinge hat sich indessen, wie schon erwähnt, gezeigt, daß die Regierungen und Parlamente der Einzelstaaten die unklare Fassung des Gesetzes in dem für die Grundbesitzer günstigeren Sinn der Reichstagsmehrheit ausgelegt haben oder auszulegen willens sind. So hat bereits Anhalt ein Gesetz geschaffen, wonach die Zuwachssteuer im Herzogtum nur in den 5 Kreisstädten weiterbestehen soll, während sie in den Landstädten und Dörfern in Wegfall kommt. Die Landstädte und Dörfer sollen nur das Recht zur Aufrechterhaltung der Zuwachssteuer mit Genehmigung der Regierung behalten; keine Gemeinde soll berechtigt sein den Reichsanteil an der Zuwachssteuer für sich zu erheben, wenn sie bereits eine Grundwechselabgabe eingeführt hat oder einführt. Die braunschweigische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach in Braunschweig von Staats wegen keine Zuwachssteuer mehr erhoben werden soll; diese wird damit grundsätzlich ganz abgeschafft, und den Gemeinden bleibt nur überlassen die Zuwachssteuer durch Statut als Gemeindeabgabe einzuführen. Das Zuwachssteuergesetz von Schwarzburg-Rudolstadt erhöht hingegen den Anteil, der nach dem frühern Reichsgesetz den Gemeinden zustand, im allgemeinen auf 55 %, die Städte erhalten sogar zwei Drittel des Gesamten. So viel Gesetze, so viel Verschiedenheiten. Und wie wird es erst aussehen, wenn die Frage in den Gemeinden weiter behandelt werden wird!

In Preußen hatten schon vor dem Reichsgesetz von 1911 die Kreise auf Grund von § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes und alle Gemeinden auf Grund von § 13 des Kommunalabgabengesetzes die Möglichkeit den Wertzuwachs am Grund und Boden einer besondern Besteuerung zu unterwerfen. Diese Gesetzesvorschriften leben sofort wieder auf, wenn durch

ein Landesgesetz das ebenfalls in allen Gemeinden weiterbestehende Reichsgesetz von 1911 aufgehoben wird, wozu die preußische Regierung, wie aus dem im April 1914 dem Landtag unterbreiteten Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum § 1 des Gesetzes vom 3. Juli 1913 über Änderungen im Finanzwesen des Reichs hervorgeht, die Zuständigkeit der gesetzgebenden Faktoren für gegeben ansieht. Der Entwurf des preußischen Ausführungsgesetzes will die Rechtslage in Preußen aber weitergehend so abändern, daß die Erhebung einer Zuwachssteuer (unter bestimmten Voraussetzungen) nur den Kreisen, den Stadtgemeinden und denjenigen Landgemeinden gestattet sein soll, die mehr als 5000 Einwohner haben, oder in denen schon vor dem 1. Januar 1911 eine Zuwachssteuer in Kraft stand.

Die landesrechtlichen Änderungen und die Aufhebung der Zuwachssteuer werden im allgemeinen mit dem Mißverhältnis zwischen dem Aufkommen und den Veranlagungs- und Erhebungskosten begründet; es findet sich daneben auch der Hinweis auf die angebliche Doppelbesteuerung des Grundbesitzes durch Wertzuwachssteuer und durch die von 1917 ab eintretende Vermögenszuwachssteuer. Der Hinweis auf das Mißverhältnis zwischen Kosten und Ertrag kann bei näherer Prüfung der Dinge nicht durchschlagen. Jedermann hat gewußt, daß in den ersten Jahren die Veranlagungs- und Erhebungskosten außer Verhältnis zum Ertrag der Steuer stehen würden. Da das Reichsgesetz im allgemeinen den Grundstückswert vom Jahr 1885 zum Ausgang der Wertvergleiche und danach der Steuerberechnung machte, mußten sich für den Anfang große Schwierigkeiten ergeben. Aber diese Schwierigkeiten werden von Jahr zu Jahr geringer. Je mehr Grundstücke durch Kauf, Tausch oder Erbgang dem Besitzwechsel unterliegen und dabei steuerlich erfaßt werden, um so einfacher wird im weitem Verlauf der Dinge das Veranlagungsverfahren. Wenige Jahre noch, und die Arbeit in den Steuerbureaus wäre an der Hand einer guten Registratur verhältnismäßig ganz leicht geworden. Wem es ernsthaft um die Vereinfachung der Steuerverwaltungsgeschäfte zu tun ist, der muß gerade für die Aufrechterhaltung der Zuwachssteuer in allen Gemeinden eintreten.

Es folgt der Einwand der Doppelbesteuerung durch Zuwachssteuer und Vermögenssteuer oder, wie sie amtlich heißt, Besitzsteuer. Es ist nicht richtig, daß das Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 begrifflich das ältere Zuwachssteuergesetz überflüssig gemacht hätte. Ein einziger Blick auf den Wortlaut der grundlegenden Paragraphen 1 der beiden Gesetze zeigt das. Im Zuwachssteuergesetz von 1911 heißt es: »Beim Übergang des Eigentums an Grundstücken wird von dem Wertzuwachs, der ohne Zutun des Eigentümers entsteht, eine Abgabe (Zuwachssteuer) erhoben.« Dagegen besagt das Besitzsteuergesetz von 1913: »Von dem Vermögenszuwachs wird für das Reich eine Abgabe (Besitzsteuer) erhoben.« Wenn man behauptet, in dem neuerdings der Besteuerung unterworfenen Vermögenszuwachs sei auf alle Fälle auch der unverdiente Wertzuwachs am Grund und Boden mit enthalten, so ist das zwar unbestreitbar, trifft aber nicht den Kern der Frage. Mit dem selben Recht könnte man sagen, der unverdiente Wertzuwachs am Grund und Boden sei irgendwann und irgendwo auch früher schon durch Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaft, Schenkungen getroffen, könne also nicht ohne Gefahr einer Doppelbesteuerung zum Gegenstand einer Sonderabgabe gemacht werden. Das gerade war ja das wesent-

liche Kennzeichen der Steuer von 1911, daß sie nicht den Wertzuwachs schlechthin sondern den unverdienten Wertzuwachs treffen wollte, ganz gleich ob er von anderen Steuern auch schon erfaßt werden könnte oder nicht. Der unverdiente Wertzuwachs eignet sich nicht nur zum Gegenstand einer besondern, wenn auch doppelten Besteuerung, sondern er sollte eigentlich zugunsten der Volksgesamtheit im vollen Umfang eingezogen werden. Vermögenszuwachs, der dem Fleiß, der Voraussicht, der Sparsamkeit, einem besondern Talent oder einem hohen Wagemut seinen Ursprung verdankt, ist etwas ganz anderes als die durch Leistungen der Volksgesamtheit eintretende unverdiente Wertsteigerung des Grund und Bodens. Vermögenszuwachssteuer und eine Sondersteuer auf den unverdienten Wertzuwachs an Grund und Boden können daher nicht nur begrifflich neben einander bestehen sondern müssen sogar neben einander bestehen bleiben, wenn nicht der Wille des Gesetzgebers von 1911 kraftlos gemacht wird.

Auch auf den durch das anhaltische Gesetz geschaffenen Zusammenhang zwischen Umsatzsteuer und lokaler Wertzuwachssteuer müssen wir noch einen Blick werfen. Rechtfertigt sich in der Tat die Abschaffung (oder Nichteinführung) der Zuwachssteuer, wenn eine Grundwechselabgabe bereits besteht oder eingeführt wird? Nein. Man kann höchstens diese beiden ihrem Wesen nach ganz verschiedenen Abgaben in ein bestimmtes Verhältnis zu einander bringen, um Härten zu vermeiden. Ebenso verhält es sich mit den Beziehungen zwischen der Zuwachssteuer und der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Das anhaltische Gesetz gibt den Kreisstädten das Recht die Zuwachssteuer aufzuheben, wenn eine Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erhoben wird. Denn so sagt die Begründung:

»Diese Steuer ist nur eine andere Form der Wertzuwachssteuer, da sie durch die periodische Veranlagung fortdauernd den Wertzuwachs steuerlich ergreift. Eine weitere Besteuerung des Wertzuwachses aus Anlaß einer Grundstücksveräußerung erscheint daher neben der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert entbehrlich.« Macht wirklich die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert die Zuwachssteuer entbehrlich? Keineswegs. Die Praxis hatte auch hier schon in vielen Gemeinden die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert neben der Zuwachssteuer gezeitigt. Die Zuwachssteuer ist in ihrem Wesen eine Konjunktursteuer. Daß Konjunktur- und Spekulationsgewinne durch die Steuer nach dem gemeinen Wert nicht immer erfaßt werden, wohl aber durch die Wertzuwachssteuer, lehrt das einfachste Nachdenken über diese Dinge.

Fassen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung zusammen, so zeigt sich, daß das Recht der Einzelstaaten auf grundsätzliche Abschaffung der Zuwachssteuer in allen oder einzelnen Gemeinden mindestens nicht als unangefochten bezeichnet werden kann. Eine beachtenswerte Minderheit der Volksvertretung hat sicherlich auf dem Standpunkt gestanden, daß die Zuwachssteuer grundsätzlich in allen Gemeinden aufrechterhalten bleiben soll, wenn sie auch im Rahmen der Vorschriften des Gesetzes von 1911, und zwar sowohl im Sinn einer Erhöhung als einer Ermäßigung des Gemeindeanteils, abgeändert werden kann. Die prinzipielle Aufhebung der Steuer für einzelne Gemeinden oder Gemeindearten ist ein schwerer Fehler, weil sich die Entwicklung des Wertzuwachses nicht voraussehen läßt. In kleinen wie in großen Orten können sich die Verhältnisse von einem Tag zum andern wandeln. Eine Änderung im Zolllarif kann die Bodenwerte landwirtschaftlich genutzter Flächen in kürzester Frist revolutionieren; die Auffindung neuer

Bodenschätze oder die Schaffung neuer Verkehrsverbindungen können in einem weltabgelegenen Nest die Preise sprunghaft in die Höhe treiben. Daher gerade bedeutete das Reichsgesetz von 1911, das allen Gemeinden, ob sie wollten oder nicht, die Zuwachssteuer aufzwang, einen bedeutenden Fortschritt. Dieser Fortschritt wird auch dadurch nicht kleiner, daß in manchen Gemeinden die Zuwachssteuer nicht wirksam werden konnte, weil bisher (in 2 bis 3 Jahren!) keine Eigentumsübertragungen an Grund und Boden vorkamen, oder weil kein unverdienter Wertzuwachs zu verzeichnen war, oder weil in anderen Gemeinden die Kosten der allerdings schwierigen Veranlagung zu der Steuer beinahe oder ganz ebenso groß waren wie das Aufkommen aus ihr. In anderen Gemeinden hat sich die Steuer umso besser bewährt. Der wütende Widerstand der Bodenspekulanten gegen sie wäre nicht verständlich, wenn nicht in der Tat ihr müheloser Gewinn stark gekürzt worden wäre und für die Zukunft noch weiter verkürzt zu werden in Gefahr gestanden hätte. Wenn man allgemein, auch in den staatlichen Gesetzen, auf die Möglichkeit einer zweckmäßigen lokalen Besteuerung des Wertzuwachses verweist, so ist diese nur dann zu erwarten, wenn die lokalen Verwaltungskörperschaften zu der Macht und der Fähigkeit eine solche Steuer einzuführen auch den Willen haben. Das ist jedoch in deutschen Gemeinden, die beinahe in allen Einzelstaaten unter rückstündigen, die Grundbesitzer stark und manchmal übermäßig bevorrechtenden Wahlrechten stehen, offenbar nicht zu erwarten. Dort ist keine ordentliche Zuwachssteuer zu erwarten, wo die Gemeindeverfassung die Entscheidung in die Hände der an der Abschaffung oder Nichteinführung der Steuer am meisten Interessierten legt. Und endlich: der angebliche Fehlschlag des Gesetzes von 1911 erklärt sich zum ganz überwiegenden Teil durch die allgemeine ungünstige Lage des Grundstücks- und Baumarkts in den letzten 5 Jahren. Die volkswirtschaftlichen und steuertechnischen Einwände gegen die Steuer sind ebenso häufig, wie der Hinweis auf angebliche Gefahren von Doppelbesteuerung.

Es erwächst danach für unsere Vertreter in den einzelstaatlichen Parlamenten und in den Gemeinden die Pflicht der Aufhebung der Zuwachssteuer für einzelne Gemeinden oder Gemeindearten mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, gleichzeitig für ihre zweckmäßige Anpassung an die lokalen Verhältnisse Sorge zu tragen.

XX

PAUL WESTHEIM · TECHNISCHE SCHÖNHEIT



ER Hamburger Hafen: ein Kaleidoskop modernster Impressionen. Alles lebendige Energie, Kraftentfaltung, Zielstrebigkeit, alles kühn, rastlos, zweckvoll überlegt und groß. Lärm und Ruß. Geschäftiges Durcheinander. Dampfer, Segler und Barkassen tanzen auf den Wassern, aus Docks und Hellingen lärmt Gehämmer, an den Kais summen die Elevatoren, rasseln die Krane, an klirrenden Ketten ächzen die Ballen, die aus dem Bauch der Ozeanriesen emporgewunden werden. hochbeladene Eisenbahnzüge rattern über die Brücken. Alles hetzt und hastet, dringt chaotisch in einander, eint sich zu einer Symphonie der modernen Arbeit, die eherner dröhnt als die schmetternden Klänge der Marseillaise. Starke Nerven und eindrucksfähige Sinne gehören dazu, um Bilder von so strotzender Lebendigkeit aufnehmen zu können. Die meisten stehen betäubt und verwirrt vor einer Vielheit der Eindrücke, die sie nicht zu bändigen ver-

stehen, vor einer Vitalität, die ihr idyllisch gerichtetes Gemüt aus der Gleichgewichtslage reißt. Das Auge, an sanfte und wohlgeordnete Bilder gewöhnt, versagt vor einem Panorama, das wie ein hastig abgedrehter Lichtbilddfilm ständig wechselt, immer neue Kombinationen herausprudelt, in keinem Augenblick eindeutig festzulegen ist. Beinahe verängstigt nimmt es ein Durcheinander von flirrenden Farbnuancen, Überschneidungen und Verschiebungen auf; ohnmächtig wie Gulliver in Brobdingnag, dem Eiland der Riesen, stehen die Menschen vor dem Riesenorganismus, den die Technik für ihre Zwilling Brüder Handel und Verkehr schaffen mußte.

Organismus? hör ich sie zweifelnd sagen, Organismus? Ist das nicht alles Chaos, alles Tohuwabohu, alles planlose, abscheulich planlose Aufgeregtheit? Sogenannt romantische Naturen, die etwa noch in der Schwindzeit wurzeln, haben kein Gefühl für eine tatenstarke Wirklichkeit, die sie ohne die mindeste Rücksichtnahme aus ihren vormärzlichen Träumereien aufschreckt. Sie spüren nichts von dem gewaltigen Rhythmus, der da auf und nieder schwingt, nichts von jener Poesie, die durchdrungen wie die Verse Whitmans oder Verhaerens zum rußgeschwärzten Himmel emporklirrt. Ein so monumentales Schauspiel, das sie in großem Schwung mitreißen sollte, macht sie diesen ganzen Hafen, diese orgiastische Energieentfaltung, nicht zuletzt diese schrankenlos kühne Technik hassen wie eine Ausgeburt der Hölle. Mit einem der Hamburger Dichter schütteln sie sich in »befremdendem Schauer«, sehen in dem Strom nur »einen unterworfenen, mißhandelten Kuli, einen schwitzenden, keuchenden, schmutzigen Lastträger«. »Schwer und ölig« scheint ihnen sein Wasser, und überall stoßen sie sich an irgendeiner »streng berechneten Geradlinigkeit oder zirkelstrengen Rundung«. Vor diesen technischen Ungeheuern möchten sie am liebsten flüchten in eine Bauernstubenromantik, die sie wie einen wohlgepflegten Kater friedlich schnurren macht.

Derart larmoyante Nerven stellen mit jedem Tag der Welt vor, daß die Technik doch nur roh, nur gemein, nur widrig und verabscheuenswert aufzutreten vermöge. Die Fluren, die vor ihrem Eindringen wie vor dem Mordbrenner des 30jährigen Krieges bewahrt geblieben, preisen sie glücklich. Über die Fortschritte der modernen *Zivilisation* zucken sie ein wenig spöttisch die Achseln, und jede Verirrung, die sich ein Technikerhirn gestattet, zerren sie mit einem sehnsüchtig-schmerzlichen Seitenblick auf das romantisch verwinkelte Rothenburg an die große Öffentlichkeit. Sie zetern und jammern und knurren über eine Welt, die das flitzende Auto einer in allen Achsen ächzenden Knochenmühle, die die Bogenlampe dem blakenden Kienruß, die Kanalisation der mißduftenden Jauchegrube vorzieht. Da es technische Werte von der Art und dem Umfang wie wir sie heute vor Augen haben nicht gab, als der Großvater die Großmutter nahm, ist eine Schönheit technischer Erscheinungen für sie überhaupt nicht denkbar. Wie sie von der Schönheit des Hamburger Hafens erst durch eine schwächliche Kallmorgenbeilage des Kunstwarts eine Ahnung bekommen, wie sie sich Schönheit ohne Goldrahmen und Goldschnitt überhaupt nicht auszudenken vermögen, scheint ihnen diese unfäßbare Zahl von Gestaltungen, die aus den Hirnen der Ingenieure und den Händen der Industriellen kamen, selbstverständlich nicht der ästhetischen Betrachtung wert.

Oder etwa doch? Die Scheu (sie war nicht so ganz unberechtigt), die das

Bürgertum erfaßte, als nach der Entfesselung der Dampfmaschinenkräfte eine geschäftige Industrie das Land und das Heim des einzelnen mit Produkten von barbarisch harter Kontur zu überschwemmen drohte, verdichtete sich zu dem Verlangen, die Industrie möchte sich eine den Sinnen gefällige Maske verbinden. Kurzsichtig, wie man war, übersah man um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht die Tragweite der technischen Entwicklung, die sich weiter und weiter durchzusetzen begann. Vor dem Neuen, das so gar nicht recht in die landläufige Gemütlichkeit hineinpaßte, drückte man am liebsten zwei Augen zu. Man wollte es nicht sehen. Weder die Produkte des technischen Herstellungsprozesses noch diesen selbst. Fabriken, Werkstätten, Kraftwerke und die dazu erforderlichen Verkehrsanlagen sollten so gut wie möglich hinter Architekturkulissen versteckt werden, die einfältigen Sinnen etwas von gotisierenden, renaissanceelchen oder barockischen Auferstehungen vorgaukelten. Maschinen und Fabrikate wurden um des zahmern Aussehens willen mit einer schier undurchdringlichen Ornamentenkruste überkleistert. Alles aus dem Begehren den braven Mitspießbürger nicht unsanft aus seinem zeitentrückten Dusel aufzuschrecken. Der Techniker, der der Selbsterhaltung und der Fortentwicklung halber modern, das heißt nichts anderes als draufgängerisch sein mußte, hütete sich die Brutalität, die mit jeder umwälzenden Neuerung ohne weiteres verknüpft ist, zu unterstreichen. Wozu auch für eine bevorstehende Fehde die Angriffsflächen unnötig vergrößern? Warum, wenn damit Aktionsfreiheit zu erlangen war, sich nicht hinter besänftigenden Kulissen verschanzen? Die Leute wollten keine Fabrikkasernen sehen, gut, so wurden eben die ratternden Maschinen in eine zinnenbekrönte gotisch frisierte Burg eingemauert. Über einen glatten und geraden Gußeisenträger hätten sie Zeter und Mordio geschrien; gut, so goß man eben eine dorische Säule mit Kapital und sonstigem Firlefanz. Warum sollte man die Speichen eines Lokomotivschwungrads, das ihnen Schrecken genug einjagte, nicht von einem ornamentbessenen Kunstprofessor durchmodellieren lassen? Und was man zuerst aus Zaghaftheit getan: das technische Gebilde durch einen netten Aufguß dem Herrn Biedermeier mundgerecht zu machen, blieb dann eine bewährte Regel. Ist es in gewissem Sinn heute noch. Man überzeuge sich in dem nächsten Kramladen an einem der modernsten Apparate: der Registrierkasse, deren Gehäuse übersät ist mit verzwickten Ornamenten. Eine Ausnahmeentgleisung; zwei Generationen hindurch aber bedeutete technische Schönheit Atrapenschönheit.

Um aus der elektrischen Bogenlampe ein klares, logisches, selbstverständlich gegliedertes Wesen zu machen, war (es klingt wohl ein bißchen grotesk) eine ganze Umwälzung unserer ästhetischen Anschauungen notwendig, die Bewegung des neuen Kunstgewerbes, die Episode der Darmstädter Künstlerkolonie und was dergleichen mehr Faktoren gewesen sind, die alle den Zweck hatten die Welt von dem Irrglauben zu bekehren, daß es Schönheit nur innerhalb der Zirkel geben könne, die die Kunstakademien für sich reserviert hatten. Oder, um es deutlicher zu machen: Durch eine demagogisch betriebene Agitation mußte erst aus den Hirnen das Vorurteil herausmassiert werden, daß es Schönheit nur am Staffeleibild, an der Freiplastik, der reinen Musik und Lyrik zu genießen gebe. Der liebe Gott hat gewiß keine Kunstschullektion gehört, und doch ist die Welt, die er erschaffen hat, die Natur, in die wir kunstbessenen Würmer hineingesetzt

sind, unendlich schöner als das Gewaltigste, was Michelangelo oder Rembrandt je gelungen ist. Niemand wird bestreiten wollen, daß die Naturschönheit ebenso wie die Kunstschönheit den Sinnen und der Seele höchste Genüsse zu spenden vermag. Wobei noch zu bedenken wäre, daß der wunderbar organisierte Kosmos weit eher als eine technische denn als eine künstlerische Wunderleistung bestaunt werden müßte. Man halte mir nicht die <mir auch bekannte> Schulweisheit entgegen, daß ein entschiedener Gegensatz zwischen Naturscheinung und Kunstwerk bestehe; ich frage ja nur, ob die reale Welt da draußen als schön empfunden werden kann. Oder etwas anderes: Zwischen die Bilder und Plastiken einer großen Kunstausstellung tritt eine Frau, vom Schöpfer wohl gebaut, vom Schneider gut angezogen, und alle schönheitsempfänglichen Sinne gleiten auf einmal von den Wänden nach dem Platz, den die hübsche Person einzunehmen beliebt hat. Was die Maler, was die Bildhauer geformt haben, zerrinnt in nichts gegenüber dem Oeuvre, mit dem die Natur da in ihre Ausstellung hineinplatzt. Und wer weiß eigentlich, wie weit die Natur an der ganzen Eva beteiligt ist? Das schicke Kostüm ist ein Werk des Schneiders, der Hut eine Kreation der Modistin, die Haare darunter ein Phantasiespiel des Coiffeurs, die Schuhe, die wir gelegentlich einmal sehen dürfen, womöglich ein Fabrikat, das da drüben in Amerika von rastlos produzierenden Arbeitsmaschinen zugeschnitten und zusammengeheftet wurde. Dieser sehr schöne Stiefel ist kein Werk der Natur, keine Schöpfung der Kunst, ist — ja wir kommen in Verlegenheit, wenn wir es gestehen müssen, daß es ein Endprodukt der technischen Industrie ist. Etwas, was man mit dem jetzt häufig gebrauchten Wort Maschinenkunst belegen könnte. Ob mit, ob ohne Bein (ich muß das sagen, da sonst die Beckmesser der Ästhetik mich an den Ohren zausen würden, um mir wieder einmal einzubläuen, daß ästhetisches Wohlgefallen und sinnliches Begehren hübsch auseinanderzubleiben hätten), dieses von Maschinentatzen gefügte Stiefelchen erscheint mir und manchem weitaus schöner als alle Stiefel zusammen, die ein staatlich approbierter Künstler, wie unser Anton von Werner, je auf die Leinwand gestrichen hat. Auf gut deutsch: Kunst oder das, was nach der Art seiner Entstehung so genannt wird, kann das Gegenteil von schön sein, andererseits aber kann es Schönheit auch ohne Samtjoppe, ohne Kunstakademie, ohne Pinsel, ohne Marmor und ohne Verse geben.

Wenn man das in seinen weitesten Konsequenzen einmal begriffen hat, kann einen niemand hindern einen Lastkran, der graziös und elegant wie ein Brückensteg auf den Holzschnitten des Hokusai und Hiroshige in die Lüfte ragt, als Schönheitswert zu genießen. Klar und eindeutig, wie er gegliedert ist, hat er in sich einen selbstverständlichen Rhythmus; Maße und Verhältnisse bieten sich den Sinnen so fein abgewogen, wie sie allein die Unterwerfung unter das eherne Gesetz der geringsten Energievergeudung erzwingt, die Statik einer solchen Konstruktion ist nicht weniger sicher ausbalanciert als die ob ihrer statischen Fleckenverteilung berühmten Bildwerke eines Ghirlandajo; die Silhouette und die Überschneidungen der eisernen Linien sind ebenso geronnene Logik wie der gotische Pfeiler *getrorene Musik* gewesen, ebenso überzeugend, ebenso zweckgerecht, ebenso unbedingt wie die griechische Säule oder der romanische Bogen. Beide waren ja auch nur klar und groß entwickelte Konstruktionsformen. Vor manchem Neubau will mir scheinen, als ob solch Krangerüst, das seine schweren Lasten so

spielerisch leicht bewältigt, schöner, rassistischer, monumentaler sei als das, was die Maurer so kunstvoll und kunstbeabsichtigt schichten. Ein Eindruck, der sich immer wieder einstellt, wo der Ingenieur naiv (will sagen, ohne Scheu, ob das, was ihm seine Berechnungen diktieren, mit dem landläufigen Kunstschema übereinstimmt, ohne ängstliches Nachgeben vor dem, was der Kunstmagister ihm einreden möchte) schafft. Ein Kran, eine Werkzeugmaschine, eine Schnellzuglokomotive, ein Schiffskiell sind deshalb so überwältigend schön, weil der Konstrukteur hier immer rücksichtslos den Gesetzen folgt, die die Wissenschaft ihm unzweideutig festgelegt hat. Und deshalb ist die Mehrzahl der Ingenieurbauten so peinvoll problematisch, weil er glaubt da aus diesem Gesetzesbann herausbrechen zu müssen, um seinem Werk eine künstlerische, richtiger: eine künstliche, Schauseite vorzuheften.

Demgegenüber wird nun eingewandt, daß alle diese Schönheit kalt sei wie der Tod; starr wie ein Skelett; bar aller Sinnlichkeit und Gemütlichkeit bleibe sie ein Rechenexempel, ein Hirnprodukt, das wie eine trockene Torte durch einen Schokoladenaufguß schmackhaft gemacht werden müßte. Dieser Schokoladenaufgießer nennt sich zurzeit Architekt. Er will oder soll dem, was der Ingenieur sinnvoll errechnet hat, die künstlerische Form überstülpen. Er meint das hübsch und schön machen zu müssen, was jener klar und logisch und statisch entwickelte. Mit Verlaub, mir erscheint schon der Gedanke, daß ein Mensch, der gegenüber einem technischen Konstruktionsgefüge Laie ist, der es nicht wagen darf von sich aus in dieses Gefüge hineinzugreifen, einer ihm unantastbaren Konstruktion das künstlerische Gepräge geben soll, im höchsten Maß dilettantisch. Nicht innerlich organische Kunst, sondern ein bißchen Geschmackshuberei, die dem bildungsbeffissenen Bourgeois gefallen mag, entsteht so. Ein Peter Behrens rechtfertigt sein Eingreifen in die Ingenieurgestaltung damit, daß »Kunst eben nur als Intuition starker Persönlichkeiten entstehen« könne. Nun, dem windigsten Maler, der sein Stilleben auf die Leinwand streicht, dem Kunstgewerbler, der das halbwegs erträgliche Tapetenmuster ertüftelt, wird ohne weiteres dieses Prädikat der gestaltenden Persönlichkeit zugestanden; dem Ingenieur aber, der Alpenhänge durchbohrt und überbrückt, der im kleinen und großen das Nierhörte zur Wirklichkeit macht, will man die Persönlichkeit bestreiten? Ich glaube, das geht nicht. Wenn er bislang im Geschmacklichen versagte, so liegt das vielleicht an einer falschen Ausbildung, liegt es daran, daß er noch nie den Mut zu sich selbst hatte und mit Architekturformen kokettierte, wo er mit der reinen Ingenieurform hätte triumphieren können. Ich meine, einem ganzen Stand im Namen der Kunst das Persönlichkeitsbewußtsein absprechen ist auf die Dauer wohl eine unhaltbare Floskel. Das heute nicht ohne Nebeninteressen angezettelte Geschrei »Hie Ingenieur, hie Architekt!« wird schließlich dem Gegensatz »Hie gestaltende Kraft, hie Stümper!« weichen müssen. Gewiß, unter den Ingenieuren gibt es Leute genug, die allen Geschmacksempfindens bar sind, aber gibt es die nicht auch in so erschreckender Anzahl unter den Architekten? Solange die Ingenieure aus Sorglosigkeit oder Instinktangel die Ausdrucksform vernachlässigen, wird ihnen die Allgemeinheit einen ästhetischen Baubau auf den Hals hetzen. Aber auch nur so lange. Bis dahin muß man sogar befürworten, daß der erfahrene Baumeister den Konstrukteur vor offenbaren Barbareien behütet. Bis dahin sind die Behrens, die Grenander usw., die sich in das Wesen der Ingenieurkonstruktion einzufühlen vermochten, unerläßlich, bis dahin

haben sie eine gewichtige Mission zu erfüllen. Das Problem ist aber kein Problem mehr, wenn die Ingenieure sich einmal ihrer Unterlassungssünden bewußt geworden sind.

Aber der Ingenieur ist Rechenmaschine, ist nichtsnutzig brutal, hat keine Phantasie, kein Gemüt! Nun ja, so viel Gemüt wie ein Münchener Illustrationszeichner hat er kaum, so seicht wie ein Maienminnelyriker ist er nicht. Er bringt es fertig einem einen Telephonapparat auf den Tisch zu stellen, dem nicht eine Allegorie der Geschwätzigkeit aufgemalt ist. Weil er eben ein moderner Geist ist, so modern wie ein englischer Diplomat, wie ein Hamburger Großbreeder, wie ein japanischer Stratege, die ihr Gemüt nicht auf der Zunge tragen, deren Ausdrucksform die Aktion ist. Seine Eisenlinien sind so elementar wie ein Armeebefehl Napoléons. Brutal wie die Schöpfer der Pyramiden setzt er sein Werk in das Weltall. Glauben die *Romantiker* aus der Postkutschenzeit wirklich, die Pyramiden wären majestätischere Kunstwerke geworden, wenn ein Gemütsmensch von Ornamentenknautscher ihnen einen Schmuckfries umgehängt hätte?

Aber keine Phantasie? Nun, wenn der Techniker aus seinen Ziffern und Berechnungen etwas voraussieht, so wird es sicherer als eine Prophezeiung eintreten. Und der Ingenieur, der die phantastischsten Träume der Menschheit in greifbare Wirklichkeit umsetzt, der uns gelehrt hat durch die Lüfte zu segeln, durch einen dünnen Draht meilenweit zu sprechen und zu hören, sollte wirklich ohne Phantasie sein? Ach, er hat nicht die dünnblütige Phantasie eines Hoftheaterpoeten, dessen Aufgabe es ist Backfischherzen bubbarn zu machen, nicht die Phantasie eines Architektur- oder Musterzeichners, der Mäanderornamente wieder und wieder abrollt, der Putten und Püttchen hüpfen läßt. Vielleicht hat er die Phantasie eines Hamburger Großkaufmanns, der von seinem Kontor aus über das Schiffsgewimmel des Hafens blickt und an seinem Werkplatz Fäden aus aller Welt, Fäden von tausend Schicksalen und lautlos-unsentimentalen Arbeitstaten zusammenlaufen sieht.

Mag alles sein. Die Leute, die um keinen Preis zugeben wollen, daß eine technische Schönheit denkbar wäre, machen zu allerletzt noch den Einwand, zu einer künstlerischen Gestaltung sei die Freiheit der Entschliebung durchaus notwendig; der Ingenieur sei aber stets und überall an seine Berechnung gebunden. Er sei der Sklave der Notwendigkeit; Stoff, Statik, Zweck und Wirtschaftlichkeit bestimmen, beherrschen sie ihn nicht gleichfalls? Aus eben diesen Gründen hat man auch schon versucht ihn aus der Reihe der freien Künstler herauszustreichen. Aber dieses unerschütterliche Muß des Ingenieurs ist ein Ammenmärchen, aufgerollt von denen, die keine Ahnung haben, daß bei der Entstehung eines jeden technischen Werks die Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten besteht. Kann es etwas Verschiedenartigeres, etwas Individuelleres geben als unsere Brücken? Die Anordnung der Gurte, Ausmaß und Spannung der Bogen, Wahl, Stellung und Profilierung der Träger, die Konturlinie, eine vollwandige Geschlossenheit oder das Filigrangewebe eiserner Kraftlinien geben Spielraum genug. Eiffel würde heute seinen Turm ganz anders, ohne diese Material- und Energievergeudung bauen. Und das Gros jener von Ingenieuren verbrochenen Greuel würde mit dem gleichen Aufwand von einem umfassendern Ingenieurgeist weitaus sympathischer geformt werden können. Die Freiheit schön oder häßlich zu gestalten ist durchaus vorhanden. Nur nicht eine schrankenlose Freiheit,

Invalidenversicherung Aus der Statistik über die Rechtsprechung in der Invalidenversicherung seien hier die wichtigsten Zahlen mitgeteilt. Die Versicherungsträger erließen im Jahr 1913 insgesamt 256 753 Bescheide, womit sie 198 088 Renten und einmalige Leistungen bewilligten, 38 066 ablehnten und 10 362 entzogen. 681 Bescheide sprachen das Ruhen der Renten aus und 9556 hatten andern Inhalt. Es wurden gewährt: 142 859 Invaliden-, 11 898 Alters-, 8762 Witwen- und 26 031 Waisenrenten und daneben 8084 Witwengelder und 454 Waisenaussteuern.

Bei den Oberversicherungsämtern wurden 26 791 Berufungen angemeldet. Mit den Rückständen hatten diese Gerichte 33 073 Berufungen zu bearbeiten, wovon sie 28 464 erledigten. In 23 398 Fällen kam es zu einem Urteil, wovon 4023 den Versicherten günstig waren. Zu diesen Erfolgen können die Versicherten noch 1688 Anerkennnisse und 770 Vergleiche buchen.

Revision zum Reichsversicherungsamt wurde in 4701 Fällen erhoben. Zu bearbeiten hatte die höchste Instanz insgesamt 7955 Revisionen, von denen sie 5054 erledigte. Die Erfolge waren hier geringer als in der Unfallversicherung, was in dem Unterschied zwischen Revision und Rekurs begründet ist. In 3589 Fällen wurde die Vorentscheidung bestätigt und nur in 134 abgeändert, dazu wurden noch 789 Rentenprozesse an die Vorinstanz zurückgewiesen.

✕ **Invaliden-zusatzversicherung** ✕ Die durch die Reichsversicherungsordnung neu geschaffene Zusatzversicherung für die Invalidenversicherung hat keinen Anklang gefunden. Die Beteiligung der Versicherten an dieser freiwilligen Einrichtung ist sehr gering. Im 1. Jahr (1912) wurden nur 43 949 Zusatzmarken verkauft, und im 2. Jahr ist diese niedrige Zahl noch gesunken, nämlich auf 34 738. Damit ist bewiesen, daß die Hoffnungen, die in der Begründung zur Reichsversicherungsordnung für die Wirkung der Zusatzversicherung ausgesprochen wurden, sich nicht erfüllen werden. Der neue Versicherungszweig sollte ein Ersatz für die von vielen Seiten gewünschte Anfügung von höheren Lohnklassen sein, und von ihm wurde behauptet, daß er den Versicherten mit höherem Einkommen und besonders den freiwillig versicherten Handwerkern und anderen eine willkommene Gelegenheit zur Erhöhung der Versicherungsleistung-

gen bieten werde. Die Erfahrungen, die mit der freiwilligen Beteiligung von Selbständigen und von früheren Versicherungspflichtigen gemacht worden sind, sprachen schon gegen die Annahme einer großen Ausbreitung der Zusatzversicherung. Dazu kommt, daß die Zusatzversicherung gar keinen Anreiz zur Beteiligung bietet. Für die Zwecke der Zusatzversicherung werden Marken zum Preis von 1 Mark herausgegeben, die in der gleichen Weise wie die anderen Versicherungsmarken verwendet werden. Für jede Mark Zusatzbeitrag erhöht sich die Invalidenrente des Versicherten um so viel mal 2 Pfennig, als beim Eintritt der Invalidität Jahre seit Aufrechnung der Quittungskarte verfloßen sind. Die Bezüge der Witwen und Waisen werden durch die Zusatzversicherung nicht verbessert, auch nicht die Altersrente des Versicherten, sondern nur seine eigene Invalidenrente. Der Umstand, daß die Zusatzversicherung die Renten der Hinterbliebenen nicht erhöht, steht einer großen Ausbreitung dieser Versicherung entgegen. Die starke Beteiligung an den sogenannten Volksversicherungen zugunsten der Angehörigen lehrt ja verständlich genug, für welche Versicherungen Bedürfnis vorhanden ist. Soll die Zusatzversicherung wirklich im Rahmen der staatlichen Arbeiterversicherung Bedeutung gewinnen, so müssen ihre Leistungen für die Hinterbliebenenversicherung nutzbar gemacht werden.

✕ **KurzeChronik** ✕ Ein Erlaß des preußischen Handelsministers vom 7. Januar verleiht den Gewerbeinspektoren die Befugnis zum Erlaß polizeilicher Verfügungen, um die Abstellung von Übelständen in gewerblichen Betrieben zu erzwingen. ✕ In Preußen soll allen Angestellten von Ortskrankenkassen, für die die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, die Eigenschaft als Gemeindebeamte verliehen werden. Ein Disziplinalgesetz für sie liegt dem Landtag vor. Das ist die Ausführung der Absicht, die mit der Reichsversicherungsordnung verbunden war, den Angestellten der Kassen die Betätigung für die Sozialdemokratie unmöglich zu machen oder sie aus ihren Stellungen zu entfernen. ✕ Mit der Errichtung von besonderen Dienstbotenkrankenkassen droht ein Erlaß des preußischen Handelsministers, wenn nicht in den allgemeinen Krankenkassen die Beiträge für die Dienstboten recht niedrig

gehalten werden. X Die vielumstrittene Frage, ob die sogenannten Unfälle des täglichen Lebens nach der Unfallversicherung zu entschädigen sind, wenn sie Arbeiter beim Betrieb betreffen, hat der große Senat des Reichsversicherungsamts in einem Urteil vom 26. Februar bejaht. X Die Träger der Invalidenversicherung hatten bis zum Schluß des Jahres 1913 insgesamt 482 637 581 Mark als Darlehen zur Förderung des Baus von Arbeiterfamilienwohnungen und Ledigenheimen gewährt. Da hierauf 58 729 835 Mark zurückgezahlt worden waren, betrug die dem genannten Zweck dienende Summe noch 423 907 746 Mark. Der größte Teil der Darlehen, rund 291 Millionen, ist an Genossenschaften, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen gegeben; Gemeindeverbände, Gemeinden, Sparkassen und andere Anstalten und Verbände des öffentlichen Rechts haben rund 64 Millionen Mark erhalten; Versicherten wurden 90 Millionen und Arbeitgebern 37 Millionen gewährt. X Der Reichstag wies am 21. März eine Petition des Zentralverbands deutscher Bäckerinnungen Germania und des Bayrischen Handwerker- und Gewerbebands um vermehrten Schutz der Arbeitswilligen durch Übergang zur Tagesordnung ab.

X
Literatur In einem umfangreichen Werk Die Formen des wirtschaftlichen Kampfes (Streik, Boykott, Aussperrung usw.) /Berlin, Springer/ hat der Privatdozent an der Universität Petersburg G. Schwittau die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die gewerblichen Konflikte in England, Frankreich und Deutschland niedergelegt. Neben Übersichten über die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber und der Streiks enthält das Buch eingehende Erörterungen über Wesen, Bedeutung und Berechtigung der Kampfmittel in den Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das Streikrecht betrachtet der Verfasser als ein notwendiges Mittel für die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Schaffung einer wirtschaftlichen Struktur, die die Autokratie des Unternehmers einschränkt. Ein wirkliches Streikrecht besteht aber nur in England, während in den beiden anderen Ländern, besonders auch in Deutschland, noch die Fragen des Koalitionsrechts strittig sind. Den hohen Wert des Koalitionsrechts erkennt Schwittau mit sei-

ner Zustimmung zu dem Satz an, daß das volle Koalitionsrecht 100mal mehr wert ist als die Sozialgesetzgebung. Dieses Recht zu beschränken, darin erlahmen die Scharfmacher, welcher zutreffenden Bezeichnung der Verfasser sich oft bedient, nicht. Sie suchen Gesetze gegen das Koalitionsrecht zu schaffen und wollen ihm mit dem Mittel der Aussperrung Schaden zufügen. Auch den Boykott erkennt Schwittau als berechtigtes Kampfmittel an. Er hat in Deutschland und England keine große Verbreitung gefunden, wird dagegen in Amerika besonders in seiner indirekten Form der Empfehlung von Erzeugnissen, die unter günstigen Bedingungen für die Arbeiter hergestellt sind, häufiger angewandt. In Deutschland wird der Boykott bekanntlich auch von den politischen Parteien (gegen Wirtschaften zum Beispiel) geführt. Die wirtschaftlichen Kämpfe müssen nach Schwittau zur Schaffung von Einrichtungen führen, durch die sie vermieden oder bald geschlichtet werden. Einrichtungen dieser Art sind ihm Tarifverträge und Schlichtungskommissionen. Den deutschen Gewerbeberichten spricht er, vielleicht ein wenig zu scharf, jede Bedeutung als Einigungsinstanzen ab. Das Buch verdient von den Gewerkschaftlern gelesen zu werden, wenn sich auch gegen manche Behauptung sowohl vom sozialistischen wie vom gewerkschaftlichen Standpunkt einiges einwenden läßt.

Staatssozialismus · Edmund Fischer

Preußen:
Eisenbahnen Im Betrieb der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen wurden im Rechnungsjahr 1912 insgesamt 525 322 Beamte, Gehilfen, Hilfskräfte im untern Dienst und Arbeiter beschäftigt, gegen 504 427 im Jahr 1911. Außerdem waren im Berichtsjahr noch vorhanden: 141 Regierungsbauführer sowie 146 Zivilsupernumerare in der Ausbildung ohne Besoldung und 1307 Gepäckträger, die wegen gewerblicher Einnahmen eine Vergütung aus der Staatskasse nicht erhielten. Ferner wurden beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den außerordentlichen Ergänzungs- und Erweiterungsbauten auf den im Betrieb befindlichen Strecken im Berichtsjahr 5670, im Vorjahr 5422 Arbeiter beschäftigt.

Die preußisch-hessische Eisenbahn stellt immer noch das größte Unternehmen der Erde dar und vergrößert sich fortgesetzt wesentlich. Die Betriebslänge

der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen hat sich von 38 416,81 Kilometer im Jahr 1912 auf 39 089,51, also um 672,70 Kilometer vergrößert. Das Anlagekapital im Bereich der Betriebsgemeinschaft ist von 11 473 457 051 Mark Ende März 1912 auf 11 971 010 269 Mark Ende März 1913, also um 497 553 218 Mark gestiegen. Die Zahl der Betriebsstellen an den von der Staatseisenbahnverwaltung für eigene Rechnung betriebenen Bahnstrecken betrug im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der mitbenutzten fremden Bahnhöfe (ohne die Werkstättenbahnhöfe) 7647, das sind 200 mehr als im Jahr 1911. Die Zahl der Werkstätten betrug 658, die der Gasanstalten 107. Ende 1912 waren 21 087 Lokomotiven, 42 583 Personenwagen, 12 137 Gepäckwagen und 467 854 Güter-, Arbeits- und Bahndienstwagen vorhanden. Die Beschaffungskosten der als Zugang für 1912 nachgewiesenen Fahrzeuge haben 218 157 501 Mark betragen. Die Gesamteinnahme im Jahr 1912 betrug 2 501 452 752 Mark, gegen 2 347 310 893 Mark im Jahr 1911, also 154 141 859 Mark mehr. Unter der Gesamtausgabe von 1 658 350 597 Mark befinden sich 808 043 853 = 48,73 % persönliche Ausgaben, das heißt Besoldungen, Löhne, Wohnungsgeld, Unterstützungen usw. Der Betriebsüberschuß von 843 102 155 Mark gegen 816 273 214 Mark im Jahr 1911 ist um 26 828 941 Mark oder 3,29 % gestiegen. Für 1 Kilometer durchschnittlicher Betriebslänge belief sich der Überschuß auf 21 741 Mark, im Jahr 1911 dagegen auf 21 369 Mark. Im Verhältnis zum durchschnittlichen Anlagekapital ergab sich eine Verzinsung von 7,17 % gegen 7,20 % im Jahr 1911. Die preußischen Eisenbahnschulden betragen Ende des Jahres 1912 freilich immer noch 7427,5 Millionen Mark, gegen 6808,5 Millionen im Jahr 1908. Immerhin verbleibt ein recht großer Reinüberschuß. Dieser betrug nach Abzug der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden sowie des Zuschusses zum Extraordinarium: 1895 172,4 Millionen Mark, 1900 213,2, 1905 257,6, 1910 281,5, 1911 382,1, 1912 400,3 Millionen Mark.

In welchem Maß die preußische Eisenbahnverwaltung in der Lage ist den Arbeitsmarkt zu beeinflussen, geht daraus hervor, daß, wie der Berichterstatter über den Etat der Eisenbahnverwaltung in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses feststellte, die preußische Staatsbahn im laufenden

Jahr für etwa 830 Millionen Mark an Ausrüstungsgegenständen und Materialien aller Art bezieht; darunter Fahrzeuge für 290 Millionen Mark, Maschinen, Stellwerke usw. für 35, Schienen, Schwellen, Brücken usw. für 180, Holzschwellen usw. für 30, Baumaterialien usw. für 60, Kohlen für 165, sonstige Materialien für 70 Millionen Mark. Es liege auf der Hand, meinte der Berichterstatter, daß ein Abnehmer von solchen Mengen in der Lage sei durch eine entsprechende Verteilung seiner Aufträge eine Konjunktur nach oben oder nach unten nicht unwesentlich zu beeinflussen. Wäre es möglich in Zeiten niedergehender Konjunktur in wesentlichem Umfang auf Vorrat zu bestellen, so würde man damit in wirksamer Weise einer weitern Abschwächung der Wirtschaftslage entgegenarbeiten und gleichzeitig erzielen, daß in der nachfolgenden Hochkonjunktur unsere gewerblichen Unternehmungen entlastet würden. Das sei aber in dem Umfang, wie man gemeinhin anzunehmen pflege, nicht der Fall. Wohl aber werde verlangt werden können, daß die Eisenbahn die Zeiten einer rückgängigen Wirtschaftslage benutze ihre Anlagen zu erneuern oder auszubauen, um sich für die Zeit der wiederkehrenden Hochflut zu rüsten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten konstatierte sodann, daß die derzeitigen gewaltigen Aufträge der Eisenbahnverwaltung in eine Zeit niedergehender Konjunktur gefallen seien. Und daß die Eisenbahnverwaltung auch der niedergehenden Konjunktur Rechnung trage, erklärte er ferner, ergebe sich aus den Zahlen für die Betriebsmittelbeschaffung. Diese Zahlen stellen sich für 1911 auf 185 Millionen Mark, 1912 auf 218, 1913 auf 292 und 1914 auf 279 Millionen Mark.

Die obigen Zahlen über den Bedarf der preußischen Staatseisenbahn an Ausrüstungsgegenständen und Materialien zeigen aber auch, in welchem Maß diese Staatsbetriebe ausgedehnt werden können. Im Interesse des Betriebs und der Gesamtheit liegt es auch, daß die Eisenbahnverwaltung nicht nur die Kohlen aus Staatsbetrieben bezieht sondern auch die Maschinen, Lokomotiven, die Wagen, Schienen, Schwellen usw. in eigener Regie herstellt.

×
 Sachsen: Unter Beteiligung des
 Zentralkraft- Staates sollen alle im Gemein-
 stationen debesitz befindlichen
 Elektrizitätswerke Sachsens zu einem

großen Verbandsunternehmen betrieblich vereinigt werden. Dieser Plan ist entworfen worden, um die Gefahr eines privaten Elektrizitätsmonopols für Sachsen zu beseitigen. Denn die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft machte bereits die größten Anstrengungen, um die Elektrizitätsversorgung Sachsens ausschließlich in ihre Hände zu bekommen. Bei Altenburg plante diese Gesellschaft eine Großkraftzentrale, aus der die dem Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens angeschlossenen Gemeinden elektrische Energie beziehen sollten. Einige Persönlichkeiten im Vorstand dieses Verbands waren auch bereits dafür gewonnen worden. Aus den Kreisen der dem Verband angeschlossenen Werke erhob sich jedoch ein starker Widerstand gegen die Auslieferung der Kraftversorgung an ein privates Unternehmen, so daß nun andere Wege eingeschlagen werden sollen. Auf öffentlichrechtlicher Grundlage sollen 2 Zentralkraftstationen errichtet und große Braunkohlenfelder in der Lausitz und in der Leipzig-Bornaer Gegend erworben werden. Bei der Durchführung des Plans würde ein Aufwand von 45 bis 50 Millionen Mark notwendig sein. Das sächsische Finanzministerium hat sich grundsätzlich mit dem Plan der Zentralisierung der Elektrizitätswerke Sachsens einverstanden erklärt. Kommt das Unternehmen zustande, woran nicht zu zweifeln ist, dann dürfte die Privatindustrie in der Elektrizitätsversorgung Sachsens in Zukunft völlig ausgeschaltet werden.

England: Aufforstung

Ein großes Staatswerk stellt der Plan der englischen Regierung dar die Aufforstung von ganz Großbritannien durchzuführen. Großbritannien hat nur noch wenige Wäldungen, und es muß sein Holz vom Ausland beziehen. Der Wert der Holzeinfuhr und der Einfuhr bereits bearbeiteten Holzes betrug im Jahr 1912 nicht weniger als 20 208 195 Pfund Sterling, also fast $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark. Das zur Aufforstung zur Verfügung stehende Land ist aber so groß, daß der Holzbedarf im eigenen Land gedeckt werden kann, ohne daß das zu landwirtschaftlichen Zwecken geeignete Land vermindert, die landwirtschaftliche Produktion also beeinträchtigt wird. Nach der amtlichen Statistik sind in England 13 000 000 Acres »rauhes Bergland für Weidezwecke« vorhanden. Da-

zu kommen in Schottland 3 500 000 Acres, die zurzeit für Rotwildhegungen in Anspruch genommen sind, und in Irland 2 453 899 Acres unfruchtbares Bergland und 1 347 619 Acres Marsch und Moor. Nach Abzug der über 1500 Fuß hoch gelegenen Gebiete bleiben zur Aufforstung alles in allem 9 000 000 Acres, die gegenwärtig nur eine Rente von 1 Shilling bis 12 Shilling pro Acre bringen. Wie die Kommission zum Studium der Küstenrevision und Aufforstung vorschlug, würde eine jährliche Aufforstung von 150 000 Acres einen jährlichen Kostenaufwand von 2 000 000 Pfund erfordern. Das Defizit würde auf 90 000 Pfund im 1. Jahr, steigend bis 3 131 250 Pfund im 40. Jahr veranschlagt. Die gegenwärtigen Holzpreise in Anschlag gebracht, würden die staatlichen Forsten in 80 Jahren einen jährlichen Reinertrag von 17 500 000 Pfund Sterling, also rund 350 Millionen Mark, ergeben, so daß sich das angelegte Kapital zu etwa 3% verzinsen würde. Da aber voraussichtlich die Holzpreise steigen, so würde der Ertrag auch bei wesentlich gesteigerten Arbeitslöhnen bedeutend größer sein, denn auch die Arbeitsmethoden verbessern sich, die Produktivität steigt fortwährend. Und in der Holzproduktion Englands könnten nach der Aufforstung rund 500 000 Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden.

× Kurze Chronik Dem preußischen Abgeordnetenhaus ist am 27. März der Entwurf eines Fischereigesetzes zugegangen, das unter anderem bestimmt, daß das Fischereirecht in den natürlichen Wasserläufen 1. Ordnung dem Staat zusteht, in allen anderen Gewässern dem Eigentümer. Der freie Fischfang soll jedem Deutschen zustehen in der Nord- und Ostsee, in den zu den Küstengewässern gehörenden Strecken der Leda und Jümme und in den übrigen zu den Küstengewässern gehörenden Strecken von Wasserläufen, in denen der freie Fischfang bisher zulässig war. Entgegen diesen Bestimmungen bleiben mit dem bisherigen Inhalt aufrechterhalten die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Fischereirechte der Gemeinden; die Rechte zur Fischerei in den Küstengewässern; die auf besonderen Titeln beruhenden Rechte zur Fischerei in den Binnengewässern und die beim Inkrafttreten des Wassergesetzes bestehenden, auf Regal beruhenden Rechte des Staates zur Fischerei in den Wasser.

läufen 2. und 3. Ordnung. × Nach dem preußischen Ausgrabungsgesetz vom 26. März 1914 darf eine Grabung nach Gegenständen, die für die Kulturgeschichte einschließlich der Urgeschichte des Menschen von Bedeutung sind, nur in der Weise erfolgen, daß nicht das öffentliche Interesse an der Förderung der Wissenschaft und Denkmalpflege beeinträchtigt wird. Werden Gegenstände der genannten Art gefunden, so ist dies spätestens am nächsten Werktag der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Der Staat, die Provinz, der kommunalständige Verband, der Kreis oder die Gemeinde, in denen der Gegenstand entdeckt worden ist, haben die Befugnis die Ablieferung des Gegenstands zu verlangen, wofür als Entschädigung Ersatz des gemeinen Wertes zu leisten ist. × Der staatliche Ausbau des Walchensees ist nach langen Verhandlungen im Finanzausschuß der bayrischen Abgeordnetenkammer nun endlich dem Ministerium des Innern übertragen und somit bis zu einem gewissen Grad gesichert worden. Das Plenum der bayrischen Kammer hat freilich noch zu entscheiden, und dann muß das Projekt noch die Klippen der Kammer der Reichsräte passieren. Bereits haben auch schon die Privatkapitalisten begonnen gegen den Plan von neuem Sturm zu laufen. In einer Sitzung der Münchener Handelskammer sprach der Bankdirektor Dr. Dietrich in seinem Referat über das Walchenseeprojekt dem Staat das Recht und die Fähigkeit ab derartige Unternehmungen durchzusetzen. Durch solche staatssozialistischen Unternehmungen werde die Freiheit von Industrie, Handel und Gewerbe bedroht. Sein Antrag die Kammer zu ersuchen das Projekt abzulehnen wurde auch mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. × Von den staatlichen Kraftwagenlinien in Sachsen sind nun bereits 5 Linien mit einer Betriebslänge von zusammen 187,6 Kilometer dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Vorläufig dienen diese Kraftwagenlinien nur dem Personen- und Gepäckverkehr, später sollen sie aber auch für Stückgutverkehr eingerichtet werden.

× Literatur ×
Die Rede des englischen Schatzkanzlers David Lloyd George über den Kampf um den englischen Boden ist nun in der autorisierten Übersetzung von Paul Helbeck, mit einem Geleitwort von Dr. Albert von Schwerin, in

den von Damaschke herausgegebenen Sozialen Zeitfragen /Berlin, Bodenreform/ in deutscher Sprache erschienen. Das 64 Seiten starke Heft, das zum Preis von 1 Mark erhältlich ist, verdient die weiteste Verbreitung. × Ein anderes Heft der gleichen Sammlung enthält ein juristisches und wirtschaftliches Gutachten des Privatdozenten der Universität Halle-Wittenberg Dr. Karl Polenske über den Kampf um die Braunkohle, das als Eingabe auch an das preußische Staatsministerium gerichtet worden ist. Gegenüber der Monopolisierung der deutschen Braunkohle durch den böhmischen Kohलगrobhändler J. Petschek verlangt die Abhandlung eine Änderung des preußischen Bergrechts, eine Abbaurentensteuer, eventuell Verstaatlichung des Bergbaus. × In einer Abhandlung Die Voraussetzungen eines Deutschen Leuchtölmonopols /Berlin, Springer/ sucht Dr. Erhard Schmidt den Beweis zu führen, daß ein zweckmäßiges Staatsmonopol undurchführbar sei, weil es an Petroleumlieferanten für das Monopol fehle. Jedenfalls aber könne das Monopol nicht zu den bisherigen Preisen liefern. Die Standard Oil Company könne als Monopollieferant nicht in Betracht kommen, das Leuchtöl müsse also aus Galizien, Rußland, Rumänien und von der unabhängigen amerikanischen Industrie bezogen werden. Galizien werde nur ein geringes Quantum zu hohen Preisen und, sofern sich die Produktion nicht hebe, in den nächsten Jahren gar nichts zur Verfügung haben. Rußland könne wegen rückgängiger Produktion und zunehmendem Inlandsverbrauch nichts liefern. Von Rumänien könne zwar ein größerer Bezug als bisher ermöglicht werden, doch sei auch hier mit einer Verteuerung zu rechnen, da Rumänien leicht Absatz für seine Produkte finde. Die unabhängigen Amerikaner würden, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren und zu höheren Preisen liefern können. Die Regierung solle deshalb ihren Plan aufgeben und die Regelung des Leuchtölhandels eventuell durch Verträge mit den bisherigen Lieferanten zu erreichen suchen. × Eine ähnliche Beweisführung versucht A. Germanicus in letzter Stunde in einer Broschüre Deutsches Petroleummonopol und Weltpetroleummarkt /Berlin, Verlag Politik/. Der Leuchtölbezug von den Außenseitern, die ohne Ausnahme über Golfhäfen verladen müssen, sei schon wegen der Transportkosten um $\frac{1}{2}$ Pfennig pro

Liter teurer als der Bezug von amerikanischen Osthäfen. Aber abgesehen von dieser Verteuerung bringe auch die Bewilligung der höchsten Preise die Außenseiter nicht über die technische Unmöglichkeit hinweg auch nur annähernd ein Quantum wie das in Frage kommende (550 000 Tonnen jährlich) zu liefern.

Geistige Bewegung / Leo Kullmann

Pädagogisches Zentralinstitut Dem immer mächtiger anschwellenden Strom pädagogischer Reformbestrebungen kann nun der bürokratische Damm nicht länger widerstehen: Wir werden ein pädagogisches Zentralinstitut in Berlin bekommen. Dieses Forschungs-, Bildungs- und Ausstellungsinstitut soll folgende Ziele verfolgen: Es soll eine Sammelstelle für die einzelnen der Unterrichtsförderung gewidmeten Institutionen werden. Der Kaiser hat in seiner Eigenschaft als König von Preußen die Errichtung des Instituts jetzt unter dem Namen Jubiläumstiftung für Erziehung und Unterricht mit dem Sitz in Berlin genehmigt. In den Satzungen erscheint als Zweck der Stiftung »die Gründung und der Betrieb einer zentralen Sammelungs-, Auskunft- und Arbeitsstelle für Erziehungs- und Unterrichtswesen«. Das Ziel soll durch umfassende Materialsammlung, wissenschaftliche Forschung und praktische Beratung auf den einschlägigen Gebieten erreicht werden. In den Vordergrund werden Jugendkunde und Jugendbildung treten. Alle nur in Betracht kommenden Betätigungsformen sind in Aussicht genommen. Die materielle Sicherung ist teilweise schon dadurch erreicht, daß Unterrichtsverwaltung und Stadt Berlin sich bereit erklärt haben in den Rahmen des Instituts einzugliedern 1. die der Stiftung bereits als Eigentum überwiesenen Bestände der ehemaligen deutschen Unterrichtsausstellung auf der Weltausstellung in Brüssel; 2. das Schulmuseum der Stadt Berlin; 3. die königlich preußische Auskunftsstelle für Schulwesen; 4. die naturwissenschaftlichen Fortbildungskurse für Oberlehrer, die demnächst zu einer Zentralstelle für naturwissenschaftlichen Unterricht ausgebaut werden sollen; 5. den wissenschaftlichen Kursus für Seminarlehrer in Berlin. Voraussichtlich wird sich auch die Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte anschließen. Zur Aufnahme all dieser Anstalten wird ein von der Stadt Berlin zu errichtender Monumentalbau dienen.

Als Stiftungsorgane sind vorgesehen: ein Vorstand aus 7 und ein Verwaltungsausschuß aus 23 Mitgliedern. Für die einzelnen Arbeitsfächer werden Ausschüsse aus Sachverständigen gebildet. Wenn man, wie zu erwarten, Universitätslehrer gewinnt, so bekommen wir eine hochschulartige pädagogische Akademie. Hoffen wir nur, daß dieses Institut seinem rein wissenschaftlichen Zweck nicht durch politisch-bürokratische Bevormundung entfremdet wird, und sich den ihm zunächst zustehenden Anspruch auf Förderung seitens sämtlicher Volksgenossen und Angehörigen aller Parteien nicht verscherzt.

× **Sozialdemokratische Bildungsarbeit** Angesichts der vielfachen Verdächtigungen, der die sozialdemokratische Bildungstätigkeit ausgesetzt ist, wirkt es äußerst wohlthuend, wenn sie gelegentlich durch einen neutralen Kenner eine erschöpfende und gerechte Würdigung erfährt. Eine solche bringt Reinhold Buchwald im Aprilheft der Diederichschen Monatsschrift Die Tat, einer den Volksbildungsfragen gewidmeten, außerordentlich reichen Sondernummer. Man wird sich ja den naheliegenden Einwänden gegen die sozialdemokratische Bildungsarbeit nicht verschließen. Der erheblichste ist wohl der, daß sich die Bildungstätigkeit mehr oder minder bewußt parteipolitischen Zwecken unterordnet. Aber dieser Einwand verliert sein scheinbares Gewicht, wenn man zweierlei bedenkt: einmal, daß die Natur der Sache, insbesondere die beschränkt zur Verfügung stehende Zeit, ohnehin zu einer strengen Auswahl und starken Stoffbeschränkung führt, und daß es da außerordentlich nahe liegt in erster Linie die ursprünglich gegebenen Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu berücksichtigen; außerdem aber wird der unbefangene Beurteiler bald erkennen, daß die parteipolitische Tendenz zwar auf die Stoffwahl wirkt, die Qualität des Gebotenen aber niemals darunter leidet. Welche Volksbildungsarbeit wäre zudem ganz frei von Tendenzen? Vielleicht die Arbeit der München-Gladbacher Zentrale? Oder etwa die nationalen Volksbildungsinstitute? Übrigens verschwinden diese Bedenken vor den unverkennbaren Vorzügen der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Mit Recht weist Buchwald auf das hohe Niveau hin, auf dem das literarische und belletristische Feuilleton unserer Parteiblätter unter dem Vorgang der in dieser Hinsicht

führenden Leipziger Volkszeitung steht. Er belegt es an zahlreichen Beispielen unter Nennung der vielen hervorragenden Romane, die unsere Parteiblätter veröffentlichen, und stellt dazu in beschämenden Gegensatz den Schund, zu dessen Abdruck das bürgerliche Lesepublikum vielfach die eigene Presse zwingt. Ein ähnliches Bild gewähren die Parteibibliotheken und die der Lesestatistik zu entnehmenden vielversprechenden Äußerungen des in der Arbeiterschaft lebenden Lesebedürfnisses.

Ein schwieriges Problem ist die Vermittlung populärer Wissenschaft. Hier besteht die große Gefahr, daß die gelegentliche rein passive und rezeptive Berührung der Arbeiterschaft mit der Wissenschaft ein ebenso unwissenschaftliches wie anspruchsvolles Halbwissen erzeugt, das unter Verknennung des Hypothetischen der meisten Forschungsergebnisse nichts ist als ein geistloses Schwören auf des Meisters Worte. Solches tote, weil nicht erarbeitete Wissen wird dann leicht zur dogmatisch starren Grundlage unduldsamer, meist unter dem Namen Monismus auftretender Freidenkerei. Daher hat Heinz Marr in seinem Artikel Masse und Wissenschaft im selben Aprilheft der Tat nicht so unrecht, wenn er die relative Unfruchtbarkeit populärwissenschaftlicher Bestrebungen betont und es als eine der dringlichsten Forderungen bezeichnet, daß die moderne Volksbildungsarbeit innerlich an den Problemen der Volksschulreform teilnehme, daß sie überhaupt endlich festern Anschluß an die pädagogischen Bewegungen unserer Zeit fände. Oder kurz gesagt, auch in dem Volkswesen muß mehr und mehr das Prinzip der Aktivität im Gegensatz zu dem zurzeit vorherrschenden der Rezeptivität zur Geltung kommen.

× **Freideutsche Jugend** ×

Der Programmausschuß der freideutschen Jugend hat auf seiner Vertreterversammlung in Marburg folgendes beschlossen: »Die freideutsche Jugend ist eine Gemeinschaft von Jugendbünden, deren gemeinsame Grundlage darin besteht von der Jugend geschaffen und getragen zu sein, und deren gemeinsames Ziel es ist die Vermittlung der von den Älteren erworbenen und überlieferten Werte zu ergänzen durch eine Entwicklung der eigenen Kraft, unter eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit. Jede Parteinahme in wirtschaftlicher, konfessioneller und po-

litischer Beziehung lehnt sie ab. Die den einzelnen Verbänden eigentümlichen Ziele werden durch den Zusammenschluß nicht berührt. In dem diesen Jugendbünden gemeinschaftlichen Streben nach Selbsterziehung sucht sich die freideutsche Jugend durch Veranstaltung von Vertreter- und Jugendtagen in gemeinsamer Arbeit und Feier zu erhalten und zu fördern.«

× **Freimaurerei** ×

Die Teubnersche Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* brachte neulich ein Bändchen über die Freimaurerei, eine Einführung in ihre Anschauungswelt und in ihre Geschichte. Der Verlag hätte die hier gelöste Aufgabe in der Tat keinem Berufenern übertragen können als dem (leider noch nicht genügend bekannten) Berliner Archivrat und Herausgeber der Comeniushefte Ludwig Keller, der zweifellos der bedeutendste Spezialforscher auf dem Gebiet der Freimaurerei ist. Gerade das teils beargwöhnte teils rühmend hervorgehobene geheimnisvolle Wesen, mit dem sich die Freimaurerei umgibt, wird für die große Masse der Außenstehenden ein willkommener Anlaß sein sich durch die dargebotene Lektüre einigermaßen über das Wesen und die Geschichte der Freimaurerei zu orientieren. Ich sage: einigermaßen. Denn die freimaurerische Symbolik und das, was die Freimaurer ihre *Kunst* nennen, darüber dürfen ja Außenstehende nichts erfahren. Die historische Bedeutung der Freimaurerei steht außer Frage. Sie ist die erste bewußte und planmäßig wirkende Trägerin der Ideen, deren Fehlen der mittelalterlichen Kultur ihr charakteristisches Gepräge verleiht: Humanität und Toleranz. Sie wird auch nie aufhören ein Kulturfaktor zu sein, indem sie, frei einerseits von konfessionellen Interessen andererseits von jeder Form des *Freidenkertums*, das Schwergewicht ihrer Betätigung darauf verlegt die Menschheit zu gemeinsamem sittlichen Wollen zusammenzuschließen. Schon die zwar starke Verbreitung in den höheren Gesellschaftsschichten, aber doch verhältnismäßig geringe Zahl ihrer Anhänger zeigt, daß die Freimaurerei bis heute die Tendenz zu aristokratischer Auslese ihrer Mitglieder nicht abgelegt hat. Ihr größter Förderer war Friedrich der Große; auch Kaiser Wilhelm I. war tätiger *Bruder*. Der Herzog von Connaught ist Großmeister der Großloge von England, Lord Amphil Progrosmeister. Diese wenigen Beispiele mögen die

Frage berechtigt erscheinen lassen, ob die Freimaurerei sich in sozialer Beziehung nicht sehr ändern muß, will sie im Zeitalter der unaufhaltsam vorwärtstürmenden Demokratie nachhaltigen Einfluß auf das geistige Leben behalten.

× ×
Kurze Chronik Die Zahl der im Jahr 1913 veröffentlichten Bücher und Zeitschriften in Deutschland betrug 28 295 zum Gesamtladenpreis von 115 565 Mark. × Eine Ausstellung der pädagogischen Fachpresse der Welt wird zum erstenmal auf der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in diesem Jahr versucht. Bei dieser Gelegenheit ist die wohl manchen überraschende Tatsache zu verzeichnen, daß allein die pädagogische Presse deutscher Zunge 450 Zeitschriften aufweist. × Das württembergische Kinoggesetz ist, mit einer großen Reihe reaktionärer Bestimmungen durchgesetzt, angenommen worden. Es ist die erste landesgesetzliche Regelung der Materie in Deutschland. × Gegen das sogenannte Schaufenstergesetz, dessen Entwurf dem Reichstag zugeht, hat eine Protestbewegung unter Führung des Goethebunds und der Buchhändler eingesetzt. × Als 9. Heft der Säemannschriften für Erziehung und Unterricht und als 2. der Serie Student und Pädagogik ist das vollständige Protokoll der 1. studentisch-pädagogischen Tagung zu Breslau am 6. und 7. Oktober 1913 erschienen /Leipzig, Teubner/. Insbesondere interessieren die Referate Student und Erziehungsproblem von Dr. G. Wyneken und Professor Dr. W. Stern (Breslau), Student und Schulreform von stud. phil. Chr. Pappmeyer (Jena), Ziele und Wege der studentisch-pädagogischen Gruppen an reichsdeutschen Universitäten von stud. phil. S. Sternfeld (Wien), Zum innern und äußern Ausbau der studentisch-pädagogischen Bewegung von stud. phil. A. Mann (Breslau). Die Verhandlungen waren von dem heftig ausgefochtenen Gegensatz zwischen der Freiburger und der Breslauer Richtung beherrscht. Diesen Gegensatz formulierte Dr. Popp scharf dahin, daß es der Breslauer Richtung auf die Vorbereitung zum Beruf der künftigen Pädagogen ankomme, die Freiburger Richtung hingegen ihre Aufgabe darin sehe, daß schon der Student die pädagogische Tätigkeit am Volksganzen ausübe. In der Vertreterversammlung vom 7. Oktober 1913, in der die studentisch-pädago-

gischen Gruppen Berlin, Breslau, Freiburg, Göttingen, Jena, München, Wien vertreten waren, beschloß man im Gegensatz zu der angeregten Verschmelzung: »Die Gruppen orientieren sich gegenseitig über ihre Arbeiten, indem sie einander auch weiterhin Semesterberichte senden.« × Am 1. März haben 2 vom Komitee Konfessionslos veranstaltete, von je 3000 Personen besuchte Versammlungen in Hamburg stattgefunden. Nach Vorträgen von Adolf Hoffmann, Peus und anderen erklärten sich etwa 750 Personen zum Austritt aus der Landeskirche bereit. Im ganzen zeigt die sozialdemokratische Partei trotz dieser Agitation keine Neigung aus ihrer religiösen Neutralität herauszutreten.

Das Arbeitersportkartell hat in einer Generalversammlung Ende Februar beschlossen auf die Benutzung des Berliner Stadions, das ihm der Reichsausschuß nur für den Pfingstsonntag zur Verfügung stellen wollte, zu verzichten. × Der Frankfurter Verein Jugendwohl bereitet die Gründung eines Wohnheims für die heranwachsende männliche Jugend vor. × Im Verlag Concordia in Berlin ist Das Buch der Freundschaft erschienen. Das sind Aussprüche, Skizzen und Gedichte moderner deutscher Autoren, die Freundschaft behandelnd, die von Carl Retsiem zusammengestellt sind. Die Lektüre dieser äußerst zahlreichen, mit erstaunlichem Fleiß gesammelten Aussprüche, unter denen sich gelegentlich auch ein nichtsagender Gemeinplatz findet, wird demjenigen Dienste leisten, der sich über das viel gemißbrauchte Wort begrifflich klar zu werden wünscht.

×
Literatur Als eine geradezu klassische Schrift muß Erziehung zur Arbeit von Dr. Edward Lehmann, dem ordentlichen Professor an der Universität Lund, bezeichnet werden, die in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt erschienen ist. Der leitende Gedanke ist nicht neu. Die Idee ist ja durch Kerschesteiner in weiteste Kreise getragen worden. Aber die Art der Behandlung, der Reichtum des verarbeiteten historischen und literarischen Materials, die Klarheit und Schönheit der Diktion, die leuchtende Schärfe der Betrachtung gestalten die Lektüre zu einem einzigartigen Genuß. Wir erleben so recht, wie unnatürlich jede Erziehung und Unterrichtsorganisation ist, wo nur gelehrt, wo der Geist nur angefüllt wird, statt seinen

natürlichen Betätigungstendenzen entgegenzukommen, sie anzuregen, zu lenken und zu leiten und es durch Geschick und Überwachung dahin zu bringen, daß sich die Geistes- und Willenskräfte frei entwickeln und sich ihre Reife selbst erarbeiten. × In der gleichen Sammlung erschien ein Bändchen Allgemeine Pädagogik von Professor Dr. Theobald Ziegler. Das Buch will über die Strömungen moderner Erziehungsreform orientieren. Überlebtes und Abgestorbenes wird vom Verfasser entschlossen aufgegeben, manchen neuen Forderungen tritt er mit Zurückhaltung, aber ohne spießbürgerliche Voreingenommenheit gegenüber. Die Stellung des Verfassers zum Sozialismus möchte ich als wohlwollende Neutralität bezeichnen. Der folgende Satz sei hier wiedergegeben: »Die Schule ist nicht der Ort für Parteikämpfe und Parteinahme, sie soll nie gegen eine bestimmte Partei Stellung nehmen und Stimmung machen wollen, soll deshalb auch nicht, wie die neuen Lehrpläne verlangen, »das Verhängnisvolle unberechtigter sozialer Bestrebungen der Gegenwart« bekämpfen. × Einer pädagogischen Einzeluntersuchung dient die Schrift Wesen und Wert des naturwissenschaftlichen Unterrichts von Georg Kerschensteiner /Leipzig, Teubner/. Sie ist von der Erkenntnis beherrscht, daß die Aufgabe der Schule nicht in Wissenshäufung sondern in der Schulung besteht, der geistigen Gymnastik. Der Schüler soll denken, er soll auch wollen lernen, er soll geistig und sittlich erzogen werden. Kerschensteiner ist nun der Ansicht, daß die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften für die angeedeutete Aufgabe mehr leiste als die mit den alten Sprachen. (Daß man über den Wert der humanistischen Bildung auch anders denken kann, hat ja vor einigen Jahren Genosse Pernerstorfer in seinem vorzüglichen Aufsatz Der Wert der antiken Bildung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 3. Band, pag. 1186 ff., so schön dargelegt.) Kerschensteiner findet nur auf dem Gebiet der sittlichen Erziehung das eine Bedenken, daß das Reich des Wissens und der Erkenntnis, das die Naturwissenschaften erschließen, doch nur eine Seite des Weltbilds, die Seite des Müssens, biete, zur Seite des Wollens nicht oder doch nur sehr indirekt führe. × Noch mehr ins Spezielle geht eine psychologische Studie, betitelt Wie unsere Schulkinder die Außenwelt erfassen, von J. Keller,

die in den Säemannschriften für Erziehung und Unterricht erschien /Leipzig, Teubner/. An einer Reihe von illustrierten Beispielen wird der Schärfeegrad der kindlichen Beobachtungsgabe experimentell festgestellt, und wertvolle Winke für den Anschauungsunterricht ergeben sich aus diesen Untersuchungen. × Aus der in Broschürenform veröffentlichten Artikelserie Die Kulturaufgaben des Jahrhunderts von Professor Dr. R. Broda /Berlin, Georg Reimer/ interessiert in diesem Zusammenhang der Abschnitt über das Volkshochschulproblem. Er gibt einen Überblick über die Erfolge dieser Bewegung in den verschiedenen Ländern und unterscheidet zwischen entwickelteren und unreiferen Gestaltungsformen dieser Idee. Auf der untersten Stufe stehen die bloßer Anregung und geistiger Aufrüttelung dienenden Universités populaires Frankreichs und der anderen romanischen Länder. Eine höhere Organisationsform stellen dar die einer Erweiterung der Schulbildung dienenden Lehrkurse der University extension in England respektive die wesensverwandten volkstümlichen Universitätskurse Deutschlands und Österreichs respektive die gleichfalls sehr nahestehenden Kurse der Arbeiterakademie in Norwegen, des Arbeiterinstituts in Schweden und der finnischen Volksbildungsgesellschaften. Als zweitoberste Stufe erscheinen die Volkslaboratorien in Wien und die Volkshochschulen Amerikas, die, bereits festern Griff an die Gesamtpersönlichkeit legend, wahre Volkshochschulen darstellen. Den vollkommensten Typus in dieser Richtung haben dann die Bauernhochschulen Dänemarks verwirklicht. Die Volksuniversität der Zukunft müßte die Vorzüge der einzelnen Systeme synthetisch vereinigen. × Der Volksvereinsverlag in München-Gladbach bringt eine Monographie Kino und Schule von Professor Dr. Adolf Sellmann. Man muß zugeben, daß das Für und Wider des Schulkinos in umfassender, ruhig abwägender Weise erörtert ist. Wirklich eintreten wird man nur für den wissenschaftlich-kinematographischen Anschauungsunterricht können.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Vorgeschichte- Den bisherigen Ergebnissen der Archäologie der prä-

historischen Zeit steht Dr.

Otto Piper, dem wir ein umfassend-

des Werk über Burgenkunde verdanken, mit starker Skepsis gegenüber, und er spricht diese in einer Arbeit Bedenken zur Vorgeschichtsforschung /München, Piper/ aus. Piper unterstreicht die Tatsache, daß die vorgeschichtliche Forschung ihre Daten aus verschwindend geringen Resten einer einmal vorhandenen Wirklichkeit gewinnt, so daß dadurch ihre, so ungeheure kulturelle Entwicklungsperioden umspannenden Darlegungen leicht ins Unwirkliche und Hypothetische fallen können. Er stellt, gegen die Geschichtstheorie, die alle hervorragenden kulturellen Errungenschaften von bestimmten Zentren ableitet, den Satz auf: Gleiche soziale Zwecke und ähnliche soziale Umstände führten die Menschen verschiedener, räumlich von einander getrennter Orte zur Herstellung gleicher und ähnlicher Werkzeuge, Waffen usw. So macht Much darauf aufmerksam, daß das vorkolumbische Amerika vielfache Erzeugnisse aufzuweisen hat, die der altägyptischen Kultur gleichen, und hier Übertragungen von Land zu Land ausgeschlossen erscheinen. Um diese Übertragungen zu erklären, griff man zum Teil auf ganz moderne Verkehrsvorstellungen, Massenbewegungen, Massenaustauschakte zurück. Bei seiner Kritik der archäologischen Forschungsergebnisse über die Stein-, Bronze- und Eisenzeit stützt sich Piper auch auf die fachmännischen Untersuchungen M. Hoernes' (der allerdings diese Berufung Pipers auf ihn energisch ablehnt: siehe weiter unten). Gegen die von dem Dänen Thomson 1836 aufgestellte Dreiperiodenteilung der Stein-, Bronze- und Eisenzeit führt Dr. Piper die Autorität des Bergakademieprofessors Percy ins Feld. Nach diesem erfordert nämlich die primitive Methode ein gutes hämmerbares Eisen unmittelbar aus dem Erz zu gewinnen einen weit geringern Grad von Geschicklichkeit als die Fabrikation von Bronze. Vom metallurgischen Standpunkt müsse man daher nach Percy annehmen, daß das sogenannte Eisenzeitalter dem Bronzezeitalter voranging. »Wenn aber die Archäologen das Gegenteil behaupten, dann sollten wir bedenken, daß das Eisen sich seiner Natur nach nicht so lange wie Kupfer in der Erde zu erhalten vermag.« Ein schmiedbares Eisen wird übrigens von den wilden Völkern Asiens und Afrikas hergestellt, die von der Fabrikation der Bronze nicht die geringste Ahnung haben. Der Beachtung wert scheinen mir die

kritischen Ausfälle Pipers gegen die typologische Methode zu sein, die darin besteht die wichtigsten Reihen der Waffen, Gerätschaften, Nadeln, jede für sich zu prüfen, um den Gang der Entwicklung, sozusagen die Genealogie, kennen zu lernen und zu erfahren, in welcher Ordnung die Typen, nach ihren eigenen Kriterien beurteilt, auf einander gefolgt sind«. Aus Gewandnadelfunden (den Fibeln) hat man zum Beispiel 10 und mehr historische Entwicklungsstufen der Fibeln recht kunstvoll konstruiert, und diese sollen sich in etwa anderthalb Jahrtausenden entwickelt haben. Findet nun der Archäologe im Grab irgendeine bestimmte Form der Fibel, so kennt er nicht allein den ungefähren Zeitpunkt ihrer Entstehung sondern auch den der dem Grab beiliegenden Gegenstände. Dr. Piper verweist nun den ganzen historischen Aufbau der Entwicklungsformen der Fibel in das Gebiet der Hypothese.

Den »Bedenken« des Herrn Dr. Piper ist man in archäologischen Fachkreisen lebhaft entgegengetreten. Mit größter Heftigkeit tat dies namentlich Professor Hoernes (in der Zeitschrift Die Geisteswissenschaften), der Piper krassen Diletantismus« vorwirft, ja es für beinahe rätselhaft« erklärt, daß ein solches Buch in unserer Zeit geschrieben werden konnte. Eine Einmischung in diesen fachwissenschaftlichen Streit fällt selbstverständlich aus dem Rahmen dieser Rundschau heraus. Doch würden meines Erachtens die Fachgelehrten besser daran tun ihn nicht in so animoser Weise zu führen; in dieser, sehr schwierigen und in keiner Weise einwandfrei geklärten Sache wäre es wohl das beste rein argumentativ zu verfahren und sachliche Irrtümer sachlich zu behandeln. Ich mußte mich hier mit einem kurzen Referat über das Pipersche Werk begnügen, das mir, was nun auch an den einzelnen Behauptungen sein möge, recht beachtenswert erscheint; es mahnt zur Vorsicht vor Leichtfertigkeit beim Betreten dieses dunklen Gebietes.

× Westasien Der 2. Band der Helmschen Weltgeschichte: Westasien Leipzig, Bibliographisches Institut/ behandelt dessen Geschichte von den ersten Anfängen der bis ins 4. Jahrtausend hinaufreichenden Geschichte Babylons bis auf unsere Tage; wenigstens ist die Geschichte Armeniens bis zu den Zeiten der jungtürkischen Revolution vom Jahr 1908 fort-

geführt. Der Abschnitt über die babylonische Kultur entstammt der Feder des Professors Hugo Winckler und ist von Professor Otto Weber überarbeitet worden. In diesen Abschnitt ist die Geschichte Babyloniens, Assyriens, Elams, Armeniens, Mediens, Persiens, Phönikiens, Karthagos, Israels und Arabiens zusammengefaßt. Als umwälzendes Ereignis, das eine große neue Epoche in der Geschichte Westasiens heraufführte, wird dann der Islam charakterisiert. Der Abschnitt über Westasien schließt mit einer weitschauenden Betrachtung über den großen bevorstehenden kulturellen Umschwung, der sich an den Bau der Bagdadbahn knüpfen wird. Der von Dr. Heinrich Schurtz abgefaßte Abschnitt über Westasien im Zeichen des Islam ist von Dr. Hugo Grothe neu bearbeitet worden. Etwas knapp ist die Geschichte der Entstehung des Christentums und seine östliche Entfaltung ausgefallen. Professor Wilhelm Walther basiert nach meiner Meinung die Geschichte des Christentums so fest auf den Erzählungen der Evangelien und der Apostelgeschichte. Das Historische vom Leben und der Wirksamkeit Jesu liegt doch noch sehr im Dunkel. Die Geschichte Westasiens schließt dann Dr. C. Klein mit einer Darstellung der Kreuzzüge. Der Herausgeber dieser 2. Auflage der Helmoltischen Weltgeschichte, Dr. A. Tille, hat für eine reiche Ausstattung des Werkes mit Karten, Tafeln und Abbildungen Sorge getragen, die das Werk auch dem Verständnis weiterer Volkskreise zugänglich machen.

✕
Christliche Kirche In seiner Arbeit Kaiser Constantin und die christliche Kirche /Leipzig, Teubner/ rückt Ed. Schwartz die von diesem bedeutenden Staatsmann angebahnte neue Entwicklung der staatlich-kirchlichen Verhältnisse Roms in helles Tageslicht. Er skizziert den ganzen Werdegang der christlichen Kirche und geht namentlich ausführlich auf den Donatistenstreit, auf die christliche Philosophie des Origenes und auf den heißen Kampf um den Arianismus ein. Stark fesseln uns die Schwartzschen Darlegungen über die Ausgestaltung der staatlichen und militärischen Einrichtungen des römischen Reiches zu einem vollständig bürokratischen Absolutismus. Constantin erkennt in seinem planvollen Streben nach fester Begründung der absolutistischen Gewalt die große organisatorische Kraft der sich mächtig

entfaltenden-christlichen Kirche. Er bedient sich ihrer zur Erfüllung seiner Herrschaftszwecke, er fühlt sich als Mann Gottes, als Vollstrecker des göttlichen Willens. Constantin wird Schöpfer der Reichskirche, und unter seiner Regierung vereinheitlicht und zentralisiert sich die Kirche in erstaunlichem Umfang. Die Herrschaftsgewalt der Metropolen, der Bischöfe der Hauptstädte und Provinzen, wächst beträchtlich über die Macht der übrigen Bischöfe empor. Constantin beruft die große, in der Kirchengeschichte so entscheidende Synode zu Nicaea ein und wirkt, fast noch ein Außenstehender, so schaffend am katholischen Dogma mit. Diesen eigenartigen Triumph des weltlichen Herrschers über die Kirche hat Schwartz zutreffend folgendermaßen gewürdigt: »Es ist eine wunderbare Umdrehung der geschichtlichen Entwicklung, daß die constantinische Universalmonarchie die Kirche anerkennt und sie dadurch in einer Weise ihrer Freiheit beraubt wie keine Zwangsmaßregel es je gekonnt hätte. Das Wunderbarste aber ist, daß die Kirche, als habe der Glanz, mit dem der Kaiser sie umgab, sie geblendet und berauscht, jedes Gefühl dafür verloren zu haben scheint, mit welch ungeheuren Verlusten sie die Erhebung zur Reichskirche bezahlen mußte. Die Bischöfe priesen den christusliebenden Kaiser, daß er die Gnade hatte die Beschlüsse ihrer Synode durch seine Bestätigung zum Reichsgesetz zu erheben, so wie sie über die Ehre entzückt gewesen waren, die der Kaiser ihnen durch die Einladung zu dieser Synode erwiesen hatte: sie achteten nicht darauf, daß der Kaiser damit zwei wichtige Rechte widerspruchslos in Anspruch nahm, das Recht nämlich die Reichssynoden zu berufen und das Recht ihren Beschlüssen durch seine Bestätigung die bis dahin fehlende Gültigkeit zu verleihen. Niemals hat ein Kaiser über die Kirche so triumphiert wie Constantin, auf der und durch die Synode zu Nicaea. . .«

✕
Napoléon Der 3. Band der fesselnden Biographie Napoléon I., sein Leben und seine Zeit von F. M. Kircheisen /München, Georg Müller/ umspannt nur 2 Jahre aus dem Leben des großen Korsen, 1797 und 1798, aber es sind dramatisch bewegte Jahre, in denen das riesige Projekt: der Feldzug nach Ägypten, zur Durchführung kam, durch den Napoléon die Macht Englands, dessen überragende Stellung

im Mittelmeer und dessen herrschenden Einfluß in Indien, erschüttern wollte. Kircheisen beginnt mit einer Darlegung der großen durch Napoléon herbeigeführten Umwälzungen der in ein beschränktes Kantönlitum versunkenen Schweiz, die ökonomisch auf ziemlich hoher Entwicklungsstufe stand, politisch und militärisch aber keine wirksamen Kräfte zur Abwehr der von außen drohenden Gefahren entfalten konnte und daher als Staatswesen zu politischer Ohnmacht verdammt war. Dem kläglichen Zusammenbruch der alten Schweiz widmet Kircheisen ein ganzes Kapitel. Mit scharfer Kritik verfolgt er dann die gewalttätige Politik französischer Generäle in Italien, die den morschen Kirchenstaat zertrümmerten, den Papst persönlich schwer demütigten und zum Teil wie Räuber mit den großen öffentlichen und privaten Sammlungen des Papstes und der Kirchenfürsten hausten. Bevor sich Kircheisen über den ägyptischen Feldzug Napoléons verbreitet, gibt er einen sehr interessanten Überblick über die französische und englische Marine und über den Seekrieg zwischen beiden Großmächten. Viel Neues erfahren wir dann über den fest geplanten Feldzug Napoléons nach England. »Bonapartes, so stellt Kircheisen auf Grund eingehender Studien fest, »hat aller Wahrscheinlichkeit nach die feste Absicht gehabt im Frühjahr 1798 einen Landungsversuch in England zu wagen. Erst nachdem er sich von der Unzulänglichkeit der vorhandenen Hilfsmittel überzeugt hatte, war er vorläufig von dem Entschluß abgekommen. Aber aufgegeben hatte er die Absicht noch nicht. Er gedachte vielmehr auf Grund einer Eingabe vom April bereits im Oktober oder November das Unternehmen zur Ausführung zu bringen.« Im April 1797 legte Napoléon dem Direktorium ein Projekt für einen Feldzug nach Ägypten vor, und erst »durch die Beeinflussung Talleyrands« kam er 1798 wieder auf diesen Plan zurück. Übrigens wußten, wie Kircheisen nachweist, relativ viele Personen um diesen Plan. Die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Ägyptens schildert uns Kircheisen sehr lebendig. Den übertriebenen Darstellungen der Schlacht bei den Pyramiden stellt er einen nüchtern objektiven Bericht gegenüber, der die schwindelhafte Ziffer von 90 000 Mamelucken, Beduinen, Janischaren usw. auf 6000 Mann brauchbarer Truppen zurückführt. Die Diener der Mamelucken, etwa

10- bis 12 000 Mann zu Fuß, hatten keinen Gefechtswert. Die Größe Napoléons kommt uns recht in seiner heroischen Haltung zum Bewußtsein, mit der er die vernichtende Niederlage der französischen Flotte bei Abukir aufnahm. Besonnen trifft er sofort umfassende Maßnahmen gegen eine Landung englischer Truppen, und unermüdet verfolgt er weiter seinen Plan der politischen Unterwerfung und wirtschaftlichen Hebung Ägyptens. Napoléon suchte die Spuren des alten, den Hafen Suez mit einem Nilarm verbindenden Kanals auf, und in seinem Kopf leuchtete wohl schon hell das große Suezkanalprojekt auf. Er bildete einen Gelehrtenausschuß zur Erforschung des Landes und gründete am 22. August 1798 das Institut von Ägypten. »Das Institut sollte den Fortschritt des Landes fördern, neue Ideen verbreiten, naturwissenschaftliche, industrielle und historische Studien über Ägypten betreiben; endlich sollte es seine Ansichten über gewisse Fragen abgeben, die ihm von der Regierung vorgelegt würden.« In diesem Ausschuß entfaltete Napoléon, ein einfacher Bürger der Republik der Wissenschaften, die reichen Gaben seines schöpferischen Geistes.

Kircheisen belebt seine fesselnde Darstellung der weltumwälzenden napoleonischen Großtaten durch ein reiches Bildermaterial, das er mit großer Mühe zum Teil erst auffinden mußte.

× Südslawen Der Sieg der südslawischen Völker über die Türkei hat Österreich-Ungarn in neue Probleme der innern wie der äußern Politik gestürzt. Nach dem Triumph des nationalen Gedankens in Serbien, nach dem beträchtlichen wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs dieses aufstrebenden Königreichs kann Österreich-Ungarn nicht mehr seine den Aufschwung Serbiens künstlich niederzwingende Politik aufrechterhalten und sich nicht mehr despotisch-unterdrückend gegenüber den nationalen Bestrebungen seiner eigenen südslawischen Völker, den Serben, Slowenen, Kroaten usw., auführen. Die neue durch den Balkankrieg geschaffene Position der österreichisch-ungarischen Monarchie kennzeichnet R. W. Seton-Watson (Scotus Viator) in seinem Werk Die südslawische Frage im Habsburgischen Reich /Berlin, Meyer & Jessen/ folgendermaßen: »Heute liegt der Schwerpunkt des südslawischen Lebens nicht mehr in

der Monarchie sondern beim Balkanbund; Belgrad und Sofia gewinnen immer mehr Anziehungskraft für alle Kroaten, Serben und Slowenen. Wien und Budapest machen sogar durch ihre blinde Politik Propaganda für die serbische Idee.« Das treffliche Werk Seton-Watsons bucht die grundlegenden Tatsachen der Geschichte und Literatur der südslawischen Völker und bringt einige Hauptziffern über die Verteilung dieser Völker auf Österreich-Ungarn und auf Serbien, Bulgarien, Montenegro und die Türkei. Schon aus diesen Ziffern erfassen wir die gewaltige Bedeutung der südslawischen Frage für Österreich-Ungarn; denn in dieser Monarchie leben allein 3,15 Millionen Kroaten, 2,1 Millionen Serben, 650 000 Serbokroaten, während im Königreich Serbien nur etwa 2,6 Millionen Serben wohnen. Die Geschichte der Südslawen in Österreich-Ungarn ist zum Teil eine Geschichte der kulturellen Vernachlässigung und der gewaltsamen Entnationalisierung dieser Völker. Eine Epoche kulturellen Aufschwungs erlebten die Südslawen allerdings; diese aber, das ist bezeichnend, unter der französischen Fremdherrschaft, als Napoléon Kärnten, Krain, Görz, die Meeresküste Kroatiens, Dalmatien mit seinen Inseln und die Republik Ragusa zu einem Staatswesen, zum illyrischen Staat, umschloß. Da wurden Verwaltung und Justiz reformiert und das Zunftwesen umgestaltet, da wurden Straßen gebaut und kroatische und slowenische Zeitungen gegründet. Als sich 1818 Kaiser Franz auf einer Reise durch Dalmatien nach den ihm in die Augen fallenden öffentlichen Arbeiten erkundigte, erhielt er stets die Antwort: »Die Franzosen, Ew. Majestät.« Und der Kaiser entgegnete wienerisch: »Wirklich schad', daß s' nit länger blieben sein.«

R. W. Seton-Watson charakterisiert eingehend den ungarisch-kroatischen Ausgleich, den ein »gemachter Landtag« ohne Debatte votierte, ein Landtag, der auf Grund eines oktroyierten ungesetzlichen Wahlrechts und unter den größten Wahlmißbräuchen zustande gebracht war. Die Mißwirtschaft des korrupten Banus Rauch in Kroatiens wird von Seton-Watson offen dargelegt, ebenso die skrupellose Gewaltherrschaft des Banus Grafen Khuen-Héderváry. Ruchlos war direkt die »Wahlreformpolitik« dieses rücksichtslosen Satrapen, der mit dem Wahlrecht »Schindludertrieb«. Das Wahlrecht, das er 1887 für

Kroatien schuf, räumte nicht einmal 2% der Bevölkerung das Stimmrecht ein, und von den Wählern waren überdies 50 bis 60% Beamte. Zudem bestachen die Behörden die Wähler, und wo selbst dieses Korruptionssystem nicht verfiel, da griffen sie direkt zu roher Gewalt und hielten durch Gendarmen und militärische Kordons die Wähler vom Wählen ab. Bei einem Wahlmassaker wurden 8 Bauern getötet und 60 verwundet. Nach Khuenschem Grundsatz wurde die Politik Kroatiens in Ungarn gemacht, und Kroatiens wurde dann nach dem Ausspruch des ältern Andrassy durch abwechselnde Dosen »von Hafer und Peitsche« regiert.

Den Barbareien eines despotischen Herrschaftssystems stellt Seton-Watson die reichen Segnungen der Kulturbestrebungen des geistvollen kroatischen Bischofs Stroßmayer entgegen, der sich unsterbliche Verdienste um das kroatische Volk durch seine weitsichtige Pflege der kroatischen Literatur, durch seine allseitige Hebung des kroatischen Schulbildungswesens und durch die Gründung der Universität Agram erwarb. Das eigene, urwüchsige kulturelle Leben der Südslawen konnten alle Peitschenhiebe der Nachfolger der Rauch und Khuen nicht zu Boden schlagen, und an Peitschenhieben hat es wahrlich in der Folgezeit nicht gefehlt. Die engere Verbindung der Kroaten und Serben verstärkte die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Südslawen. Am 2. Oktober 1905 faßten 40 kroatische Abgeordnete aus Kroatiens, Dalmatien und Istrien in Fiume eine Resolution, die die »Wiederinverleibung Dalmatiens in die Königreiche Kroatiens, Slawonien und Dalmatien« und ein demokratisches Wahlgesetz, vollkommene Pressfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, die Einführung von Geschworenengerichten usw. forderte. Am 14. November hielten sodann in Zara die kroatische und die nationale serbische Partei eine gemeinsame Konferenz ab, auf der erklärt wurde, daß Serben und Kroaten eine Nation seien und als gleichberechtigte Brüder Schulter an Schulter in nationalpolitischen Fragen arbeiten werden. Ein lebhafter »Verleumdungsfeldzug« der Preßorgane der Regierung gegen die kroatisch-serbische Koalition setzte nun ein. Die Koalition wurde unter anderm der vertraulichen Verbindung mit der serbischen Regierung beschuldigt. Und während Aehrenthal die Annexion von Bosnien und der Herzegowina vorberei-

tete, traf man die weitläufigsten Maßnahmen zur Einleitung des großen Agrar-Hochverratsprozesses, der gleichsam die Existenz einer großserbischen Verschwörung nachweisen und die Anxionspolitik rechtfertigen sollte. Im Agrar Prozeß wurden massenhaft gefälschte Aktenstücke produziert. Durch 150 Tage schleppte sich dieser Prozeß, der 184 Jahre Kerker und Gefängnis auf das Haupt der unglücklichen Opfer eines schändlichen politischen Tendenzprozesses häufte. An diesen Prozeß schließt sich die mit ihm eng zusammenhängende skandalöse Friedjungaffäre an, durch die Aehrenthal vor ganz Europa blamiert wurde. Die *Dokumente*, mit denen Professor Friedjung in der Neuen Freien Presse im Höhepunkt der serbischen Krise zugunsten der Aehrenthalschen antiserbischen Politik eingriff, suchten den Zusammenhang zwischen der serbisch-kroatischen Koalition und Belgrad nachzuweisen, die hochverräterischen Bestrebungen des Klubs Slovenski Jug, des slawischen Südens, und die Umtriebe des angeblichen Verschwörernestes in Belgrad zu enthüllen. Die *Dokumente* erwiesen sich als plumpe Fälschungen eines korrupten Regierungsagenten, der sie gleichsam unter den Augen des österreichischen Gesandten Forgach und unter der ständigen Mithilfe des Gesandtschaftsdragomans Swientochowski herstellte. Unter der Schreckensherrschaft des Diktators Cuvaj, der die kroatische Verfassung aufhob und die Presse brutal unterdrückte, erreichten die Drangsale und Leiden des kroatisch-serbischen Volkes ihren Höhepunkt. Seit der Annexion Bosniens ist nun die Befreiung Kroatiens von der Herrschaft der Magyaren die politisch, aber auch wirtschaftlich, namentlich in Eisenbahnfragen die Südslawen rücksichtslos zu knechten suchen, ein Lebensproblem geworden. Seton-Watson weist auf die bedrohliche Tatsache hin, daß der Schwerpunkt südslawischen Lebens nicht mehr in der Monarchie sondern beim Balkanbund liegt. »Die kroatisch-serbische Einheit wird und muß kommen«, so mahnt Seton-Watson Österreich, »es liegt an Österreich die Erreichung dieses Ziels um ein Menschenalter zu verzögern und die verderblichen Früchte einer solchen Politik zu ernten, oder aber die Bestrebungen der Südslawen entschlossen zu ermutigen und im nördlichen Balkan den österreichischen Einfluß auf dem Grundpfeiler der Sym-

pathie und des gemeinsamen Interesses wieder herzustellen. Das bedeutende, über die südslawische Frage Österreichs so ausgezeichnet unterrichtende Werk R. W. Seton-Watson erhält einen hohen Wert auch durch seine Beilagen zur Geschichte, zum Wirtschaftsleben, zum Parteiwesen Kroatiens.

×

Anarchismus Nach der Weltanschauung des Anarchismus sind die großen sozialen und kulturellen Leistungen in der menschlichen Entwicklungsgeschichte vor allem aus der freien Initiative sich zwanglos organisierender Gruppen hervorgegangen. Das Moment des organisierten Zwangs betrachtet der Anarchist durchweg als ein Hemmnis des kulturellen Aufstiegs der Menschheit. In der jüngst veröffentlichten Biographie Josef Peukerts (Erinnerungen eines Proletariers /Berlin, Sozialistischer Bund/) tritt uns die anarchistische übertriebene Wertschätzung der den Volksgruppen scheinbar völlig frei entspringenden Bewegungen besonders greifbar entgegen. Schon aus der gelegentlichen starken Stimmung festlich erregter Menschen, die in Paris bei der Nationalfeier den Chorgesang der verbotenen Marseillaise erzwingen und diese dann jubelnd durch Paris tragen, zieht Peukert bestimmte Schlüsse für die Kampfeskunst des Proletariats. Er schreibt nämlich: »Die ganze Manifestation war ein völlig allgemeiner und urwüchsiger Ausdruck konsekutenten Freiheitsdrangs und Menschlichkeit, welche sich aus den Fesseln lösten. Oder war es das sozialistische, zielbewußte Pariser Proletariat, wie es von den sozialdemokratischen Geschichtsschreibern so oft geschildert wurde? Auch das nicht. Alles, was geschah, war ohne programmäßiges Ziel, spontan durch einen einzigen Ruf veranlaßt, der großen Menschenliebe, die nur gleiche Brüder und Schwestern sieht, und der Hoffnung entsprungen: daß sich von nun an das so oft verheißene Füllhorn allgemeinen Glückes in der Republik über sie ergießen werde. . . Wir streben die Massen zu organisieren, um sie gewissermaßen auf Kommando zu gewissen Handlungen zu bewegen, während sie da ohne Organisation, ohne alle und jede Vorbereitung, spontan, aus sich selbst heraus den schweren Bann des Belagerungszustands gebrochen, also eine Tat begangen haben, wie sie durch jahrelangen organisierten Kampf und Vorberei-

tung nicht besser gemacht werden konnte. Sollte nicht auch der allgemeine endgültige Befreiungskampf auf die selbe oder ähnliche Weise viel sicherer vollzogen werden als durch all unsere schablonenmäßigen Parteidressuren und kraftverschwenderischen legislativen Kurpfuschereien?« Eine fast kindlich-naive Auffassung offenbart sich in diesen Zeilen über die Lösung des komplizierten sozialistischen Problems. Mit einigen gewaltsamen Entladungen revolutionärer Massenempfindungen löst sich gewissermaßen von selbst die große sozialkulturelle und technisch-wirtschaftliche Frage der Menschheitsbefreiung. Die Biographie Peukerts führt uns durch eine dramatisch bewegte Periode der Arbeiterbewegung, durch das Werden der deutschösterreichischen anarchistischen Bewegung, aber leider ist sie uns kein treuer und gewissenhafter Führer. Der geschichtliche Wert der Aufzeichnungen Peukerts ist in hohem Grad durch zahlreiche Irrtümer und durch eine erschreckend einseitige Beleuchtung von Personen und Ereignissen abgeschwächt. Im Mittelpunkt der Peukertschen Lebensbeschreibung steht die gewaltsame, das Völkerrecht verletzende Verschleppung John Neves durch preußische Polizeibeamte nach Deutschland. An dieser sollte Peukert, bewußt oder unbewußt, durch tückischen Verrat oder sträfliche Leichtfertigkeit, mitgewirkt haben. Peukert läßt uns tief in das Tatsachenmaterial über die Polizeientführung Neves einblicken. Obwohl Peukert den dichten über dieser schmachvollen Geschichte liegenden Nebel nicht völlig zerstreut, so erhält man doch aus seiner Darstellung die Überzeugung, daß er keine Judasdienste der preußischen Polizei bei dieser Entführung geleistet hat.

Im allgemeinen ist die Biographie Peukerts eine wenig erhebende Lektüre. Das von ihm gar zu sorgfältig seziierte Allzumenschliche der anarchistischen Streithähne, Most, Dawe usw., verbreitet einen ganz intensiven Geruch von schmutziger Wäsche über sein Buch. Nichts Edelanarchistisches scheint in dem Wesen der Männer zu liegen, die hier in der anarchistischen Bewegung eine so hervorragende Rolle spielen. Wütender Haß gegen diese Persönlichkeiten scheint hier in Peukert jedes Gerechtigkeitsgefühl zu ertöten. Wie vorteilhaft zeichnet sich zum Beispiel das Bild, daß der Ludwigshafener Sozialdemokrat Ehrhart von Most gezeichnet hat, gegen

die verzerrten Züge ab, die Peukert vom Wesen des maßlosen Stürmers Most entworfen hat.

× Neuausgaben Für das Verständnis der ökonomischen Geschichtsauffassung ist von grundlegender Bedeutung die Schrift Karl Marx' Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Die Schrift ist jetzt vom Verlag J. H. W. Dietz in Stuttgart neu herausgegeben worden. Über den Klassenbegriff bei Marx klären prächtig dessen lichtvolle Ausführungen über die französischen Parzellenbauern auf. Will man diese Ausführungen in vollem Umfang für weitere Volkskreise fruchtbar machen, so muß man sie allerdings besonders herausheben und mit soziologischen und historischen Erläuterungen versehen.

Für die Geschichte der sozialen Klassen ist der treffliche Adolf Glaßbrenner leider noch nicht genügend ausgeschöpft worden. Nirgends treten einem die Vertreter der verschiedenen sozialen Gruppen des kleinbürgerlichen Berlins so anschaulich entgegen wie in den Eckenstehern, Tischlergesellen und vor allem in dem Rentier Buffey. Bei dem Studium der Glaßbrennerschen humoristischen und satirischen Erzählungen wird ein großes Stück der politischen und sozialen Geschichte Berlins in uns lebendig. Natürlich hat manche Satire Glaßbrenners einen nur zeitlich begrenzten Wert. Es war daher eine schwierige Arbeit aus den Gelegenheits-schöpfungen Glaßbrenners das herauszugreifen, was ein begründetes Anrecht auf Fortexistenz hat. Und bei dieser Auswahl hat Dr. Franz Diederich in seinem trefflichen Werk Unterm Brennglas: Berliner politische Satiren, Revolutionsgeist und menschliche Komödie /Berlin, Vorwärts/ eine glückliche Hand bewiesen. Die Bedeutung Glaßbrenners in der sozialen und politischen Literatur erschließt uns seine geistvolle Vorrede zu seiner Glaßbrennerausgabe. Wir werden heimisch in der materiellen und psychischen Welt des Kleinbürgertums, das sich noch nicht als Klasse bewußt vom Proletariat abgesondert hat.

Die hier bereits angezeigte Ausgabe von Luthers Werken, die Otto Clemen unter Mitwirkung von Albert Leitzmann herausgab /Bonn, Marcus & Weber/, liegt jetzt in 4 sauber gedruckten und mit sachlicher Einfachheit ausgestatteten Bänden vollständig da. Diese Ausgabe ist so recht zum Selbststudium geeignet.

Die äußeren Schwierigkeiten, die die Lektüre des getreulich reproduzierten Originaldrucks bei den deutschen Schriften dem Nichtfachmann anfangs bereitet, werden bei einigem Fleiß bald überwunden, so daß dieser Druck dann den Charakter der Reformationszeit, wie diese sich in den Schriften widerspiegelt, dem Leser unserer Zeit eher noch näher zu bringen imstande ist. Unter dem historischen Gesichtspunkt ist die Anordnung in chronologischer Folge, die die ganze Ausgabe festhält, gleichfalls als Vorteil anzusehen. Die mit eindringender Sachkunde besorgte Auswahl zeigt in der Beschränkung die Persönlichkeit Luthers in ihrer Vielseitigkeit und Ganzheit, trotz der Weglassung eines großen Teils namentlich der polemischen Schriften. So kann man diese handliche und wohlfeile Ausgabe bestens empfehlen.

× **KurzeChronik** Die Weltausstellung für

Buchgewerbe und Graphik in Leipzig führt in der Halle der Kultur die Entwicklung des Buchgewerbes und der Graphik aller Zeiten und Völker in Leipzig vor Augen. Die entwicklungsgeschichtliche Darstellung des Kulturlebens hat der Historiker Karl Lamprecht in Gemeinschaft mit 600 deutschen und ausländischen Gelehrten übernommen. × Die Aufzeichnungen des Majors O. über die Flucht des Prinzen von Preußen /Stuttgart, Greiner & Pfeiffer/ enthalten neben der Schilderung dieser Flucht noch manches interessante Detail aus der Geschichte der Märzrevolution. So bucht Major O. folgendes charakteristische Wort, das bei dem ergreifenden Leichtentransport der Märzkämpfer gefallen sein soll: »Die Königin und deren Damen waren tief erschüttert, und deutlich hörte ich bei deren Erscheinen die Worte einer der selben (ich glaube, es war die Königin): »Nun fehlt bloß noch die Guillotine.« Man fürchtete am Hof damals das Schlimmste, und in fliegender Hast brachte man die Kinder des Prinzen von Preußen in Sicherheit. Die Aufzeichnungen streifen kurz die Chartistendemonstration in London und die Regierungsmaßnahmen dagegen. Im Hinblick auf diese erteilte übrigens der Herzog von Wellington dem Prinzen von Preußen einige bezeichnende Ratschläge über das Militäraufgebot bei inneren Unruhen: Bei Aufstellung der Truppen bei beginnenden Volksaufständen werden die Soldaten leicht beleidigt und zu

Selbsthilfeaktionen provoziert oder zu Fraternisationen verleitet. Unter allen Umständen werden aber die Truppen unnütz jätigiert . . . Bei allen bürgerlichen Unruhen müssen, so lange wie es irgend geht, die bürgerlichen Autoritäten allein wirken, die Truppen müssen aber in der Ruhe sein, und zwar in abgeschlossenen Räumen; und das Volk muß wissen, daß sie, wie eine drohende Wolke, bereit sind hervorzubrechen, wenn es befohlen wird.

×

Literatur In dem Werkchen Georg Steklow's über Tschernyschewskij Stuttgart, Dietz wird der Historiker mit besonderm Interesse den Abschnitt über die Geschichtsphilosophie Tschernyschewskijs lesen. Die Geschichte der Menschheit beherrscht nach Tschernyschewskij ein dialektischer Prozeß; der »durch Zerstörung zu höheren Lebensformen führt« (Steklow). Der Fortschritt in der Geschichte ist eine objektive historische Notwendigkeit. In unserer Geschichtsepoche ist die hauptsächlichste historische Bewegungskraft die industrielle Richtung. Das Manchesterium ist die Doktrin des Großkapitals. »In Österreich«, so bemerkt einmal Tschernyschewskij, »gehörte infolge gewisser politischer Umstände die Herrschaft über das österreichische gesellschaftliche Leben gewissen Kreisen der Gesellschaft an, und deren Interessen entsprechend wurde die Staatsmaschine eingerichtet.« Die Geschichte betrachtet er als einen Stände- oder Klassenkampf. In seinem Artikel Kapital und Arbeit führt er aus, daß wir heute im Unterschied von der antiken Gesellschaft nicht 2 sondern 3 Klassen antreffen, und jede von ihnen hat ihr eigenes politisches und ökonomisches System. Die modernen Klassen sucht er dann genau ökonomisch und politisch zu charakterisieren. »Der offene Haß zwischen dem gemeinen Volk und dem dritten Stand erzeugte in der ökonomischen Theorie den Kommunismus.« Nach Steklow nähern sich die historischen Grunderscheinungen Tschernyschewskijs sehr denen Karl Marx'. Die »ernsthafte Lücke« der Tschernyschewskijschen Geschichtsphilosophie ist nach Steklow nur die nicht genügende Betonung der Entwicklung der Produktivkräfte als des Hauptfaktors des historischen Prozesses. \ Eine wichtige Epoche der russischen Arbeiterbewegung

umspannt Dr. Sonja Rabinowitz in ihrer Arbeit Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland bis zur großen Revolution von 1905 /Berlin, Springer/. Mit kurzen Strichen sind die Geschichte der sich auf dem Boden der Leibeigenschaft entwickelnden russischen Industrie, der Einfluß der Bauernbefreiung auf die ökonomischen Verhältnisse des platten Landes und die Entfaltung des Verkehrswesens dargestellt. Die größte Bedeutung haben in Rußland die Textil- und die Metallindustrie erlangt. Dr. Sonja Rabinowitz verfolgt dann die Umwälzungen in der ökonomischen und sozialen Situation der Arbeiter von der Vorreformzeit bis zu den Tagen der großen Revolution. Im 1. Viertel des 19. Jahrhunderts waren (das charakterisiert die Eigentat der russischen Arbeiterverhältnisse) unter 219 568 Industriearbeitern 66 725 Leibeigene. Über den Lebensunterhalt der Arbeiter der Vorreformzeit führt sie vielfach Angaben von Haxthausen und Tugan-Baranowskij an. Die Lage der Arbeiter nach der Bauernbefreiung wird durch zahlreiche anschauliche Einzelberichte illustriert. Die soziale und politische Ideenbewegung im Rußland der Vorreformzeit hat mannigfach auf die sozialen Umgestaltungen selbst eingewirkt. Das 4. Kapitel behandelt die sozialpolitischen Strömungen nach der Bauernbefreiung, die politischen Organisationen der siebziger und achtziger Jahre, die Geschichte des Nördlichen Verbands russischer Arbeiter und des Südrussischen Arbeiterverbands, gibt eine knappe Darstellung der Streiks und eine kurze Übersicht und Kritik der Schutzgesetzgebung von 1886. Die drakonischen Strafen gegen die Streiks kennzeichnen die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der russischen Arbeiterbewegung entgegenwarfen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung Rußlands, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei usw. wird bis zum Ausbruch der großen Revolution fortgeführt. Die kleine vielseitige Arbeit Dr. Sonja Rabinowitz' gibt uns einen guten Überblick über die Grundströmungen der russischen Arbeiterbewegung.

KUNST

Bildende Kunst / Gustav Linde

Hofer Den Maler Karl Hofer, der jetzt bei Cassirer in Berlin ausstellte, erfahren wir gleichsam als ein eintreffendes Moment in der Strömungsrichtung unserer Natur.

Wir als die Kinder der Dürer, Grünewald, Marées. Hofer erwarb die väterlichen Elemente seines künstlerischen Wesens: um sie zu besitzen. Das heißt, er überwältigte seinen Grund und Boden, um in ihm und im Gegensatz zu ihm sich eigentümlich zu begreifen, er bemühte sich also um die innere Notwendigkeit seiner einschnappenden Verwurzelung und seiner davon aus weiten Schritte. Das Ergebnis aus jedem Schritt und die Richtung der auf diesem Ergebnis aufwachsenden Unbefriedigung befahl dem folgenden Schritt. Hofers Weg ist (von Böcklin her) Marées, Italien, Greco, Cézanne, ein instinktiv unwillkürlicher Weg. Hofer stellt mit weichen, silberwarmen Farben in gefühlhafter Monumentalität die menschliche Gestalt dar. Von schönster Bewegung sind die beiden Frauen von links her auf dem Interieur mit weiblichen Figuren, und wundervoll ist auf gleichem Bild der Stil der Fleischmalerei der mittlern Figur. Und auf der, ich glaube: zweiten Fassung der Tänzerinnen ist die große Faltenwelle links wahrhaft Architektur, erstarrter Rhythmus, aus dessen Bodenteil heraus unsagbar reizend und edel die bekleidete Frauengestalt vertikal aufwärtsfließt; und wie zart und fein malte der Künstler die schmale Fläche ihrer Brust.

× Archipenko Die Märzausstellung, die H. Walden in der Potsdamerstraße veranstaltete, enthielt ein Werk des Bildhauers Alexander Archipenko. Eine weibliche Gestalt erhebt sich von den halben Oberschenkeln ab aus der Grundplatte. Ihr einer Arm fehlt ganz, der andere fast ganz, und zwar so, daß er noch eindrucksvoll die Geste des Rumpfes betont. Der Kopf ist auf bloßesten, formvernichtenden Bewegungsausdruck zusammengedrückt, indem er sich ebenfalls akzentuierend dem Rumpf unterstellt, der leicht ein wenig nach seitwärts und hinterwärts sich neigt. Nun aber ist dies steinerne Standbild hier seltsam vergeistert. Wir können es nicht als von künstlerischer Oberfläche umschlossene, körperbedeutende Festigkeit nehmen, die Leibhaftigkeit vortäuscht, und für die Anschauungsweisen wie en face und en profil gelten. Sondern Archipenkos Werk ist exzentrisch gerichtete Verdichtung eines bestimmten, unmittelbar psychischen Bewußtseinswillens. Wie bisher bei einem Bildwerk noch ungefühl absolut, erleben wir zum Beispiel hier

das *Weiblich*, das durch den Bewußtseinswillen Archipenkos von den Höhenflächen her um den Schoß der Figur leise und schön uns entgegenzittert.

× **Berliner Ausstellungen** Der Kunstsalon Cassirer zeigte im Februar den

Franzosen Odilon Redou. Ein Zeitgenosse des Impressionismus, suchte dieser anders eine sonnambulnervöse Gedanklichkeit bildlich zu gestalten. Den Geist dieser Gedanklichkeit bezeichnen folgende Titel einiger seiner graphischen Zyklen: An Edgar Allan Poe, An Gustave Flaubert, Les fleurs du mal. Darin nun ist er direkter Vorläufer des Expressionismus, daß er zuweilen über bloßes Vorgangsabbild hinaus zu der Farbe an sich als eigentümlichem Ausdruckswert kommt: er benutzt sie heiß, rein und staubhaft empfindlich.

Im gleichen Salon stellt gegenwärtig Moritz Melzer aus. Seine künstlerische Art ist von Grund auf nicht so, daß wir je durch sie ereignisvolle Erregungen von direkt letzter Bedeutung haben könnten, wie dies als tragischtriebhaft fixierte Leiter der eigenen Steigerungsdämonie die Kunst von Menschheitswesen wie Michelangelo, Marées, Delacroix mehr oder weniger verdeckt bewirkt. Vielmehr stehen uns Melzers Werke gegenüber als ein innerlich Sachliches. Als höchstgradige Bejahung unserer Leiblichkeit, als Ernährungswerk von edelster Ausführung für unsere Sinnlichkeit, dieses königlichste Organ unserer massenmenschlichen Allverwandtschaft. Das heißt: sie sind Kunstgewerbe. Aber eben von welcher Qualität, von welch ernster und hoher Schönheit! Man träumt von prächtigen Wandteppichen, in deren höchst wundervoller Ornamentik diese Linoleumschnitte als zu Gobelins aufgereift sich finden könnten.

Bemerkenswerterweise zeigte John Hoexter vor einiger Zeit in der Schillerbuchhandlung in Westend einige Landschaften. Weich, breit oder flockig und manchmal wie auf stumpfes Silber gemalte Lichtempfindungen, wie sie da ausgewählt und in einander ausgewogen sind, zeugen von feiner malerischer Anlage und Zucht.

× **Kurze Chronik** Herr Widener zu Philadelphia, in dessen Besitz sich seit ein paar Jahren Rembrandts Mühle befindet, hat neuerdings Raffaels Cowper Ma-

donna erworben, die seinerzeit um einen geringern Preis als ihn Widener zahlte von der National Gallery abgelehnt wurde. × Im Fritzlärer Dom haben sich bei Ausbesserungsarbeiten an den Ostwänden der Querschiffe unter der Tünche gut erhaltene Fresken vorgefunden. Im südlichen Querschiff findet sich stückweise eine in einen Schiffbogen eingefügte Darstellung des Marienlebens. In der Mitte ist König David unter einem gotischen Thronhimmel, neben ihm der Erzengel Gabriel mit dem Spruchband »Fortitudo Dei« und noch ein anderer Engel. Auf der Gegenseite, wo man Maria glaubt, erkennt man bisher nur das Spruchband mit der Inschrift »cornu«. Der obere Teil des Gemäldes stellt dar die Krönung der Maria in Figuren von Überlebensgröße: in der Mitte (zum Teil zerstört) Christus, rechts die heilige Elisabeth als frühere Titularheilige des Domes, links der heilige Bonifacius. Das ganze von einem breiten gotischen Ornament umschlossen. Im nördlichen Querschiff liegt bisher nur ein Heiliger frei. Den Farben der kostbaren Fresken ist noch ein wenig die alte Leuchtkraft verblieben. Die ganze Freilegung ist noch nicht möglich, indem die Mittel zu einer sorgfältigen Ausführung des Unternehmens einstweilen fehlen. × Dem französischen Staat hat Auguste Rodin sämtliche Werke von seiner Hand, soweit sie in seinem Besitz sind, dazu seine kostbare Sammlung griechischer, römischer und ägyptischer Altertümer vermacht, unter der Bedingung, daß sie in besonderer, von ihm bestimmter Ordnung in einem besondern Haus aufgestellt werden und so dort bis auf 20 Jahre nach seinem Tod verbleiben, nach welcher Zeit sie in den Louvre übergehen.

Dichtkunst / Max Huchdorf

Rolland: Johann Christof Es gibt ein Marmorbild des belgischen Bildhauers

Victor Rousseau. Der Mann, gebeugt über die Maske Beethovens. Der Mann ist nackt und jung, und das Haar auf seinem Kopf ist viel gewellt. Das scheint ein Zeichen der Kraft und auch der Träumerei. Die Ohren sind sehr groß. Das scheint wieder ein Zeichen von bedeutender Sinnlichkeit. Doch anmutig gestreckt und schlank und sehr fein in den Knöcheln bauen sich die Beine, baut sich der Rumpf auf. Die Hand des starken Träumers wiegt die Maske Beethovens. Alles Licht fällt auf diesen Abguß

eines Totenschädels, und im Schatten bleiben das ganze Antlitz und auch das eindringende Auge des Betrachters. Nun ist die Maske Beethovens voll von diesen häßlichen, erstarrten, gekrümmten Zügen; ein zerfallenes Kinn, ein aufgeworfener Mund. Mager war wohl das Gesicht des Lebenden, denn die Jochknochen drücken sich scharf heraus. Das bringt stets etwas sehr Hartes, beinahe Krankhaftes in sein Gesicht. Und um diese Maske träumt, tief gebeugt, der junge schöne Träumer. Er vergißt die eigene Schönheit. Als niedrig befindet er sich selber. Was Hoheit sein kann, was Heiligkeit sein darf und Schwung im Seelischen, Genie, Größe, Macht zur Eroberung der Welt von Gedanken und Gefühl, das träumt der schöne Junge um den Schädelabguß des Häßlichen. Und sieh, er ist ganz verloren, begeistert und bekehrt zu dem Glauben, daß er das Ebenbild eines Menschengottes verehrt. Nur nicht die so viel beschwingte Seele in die irdische Verkleinerung hinatziehen. Glorie muß bleiben um dieses Beethovenhaupt, jene Glorie, deren voreilige Betrachtung sogar Blindheit schaffen kann. Demut, Unterwerfung, Gebücktheit in Andacht wurden so von Rousseau gemeißelt. Und nun sagt sich ein Dichter vom Schlag der grübelnden, der herzerzschneidenden, daß auch der zu tiefst anbetende Mensch vor so starrer Bewunderung nicht halten darf. Nutzlos, nur Erbauung für den einzelnen wäre solcher Dienst. Wie wäre es aber, wenn das ganze Leben des halbgöttlichen Beethoven aufgedeckt, für die Erkenntnis erobert und fest begriffen würde? Wohl gemerkt, nicht in einer kritischen, kalten Studie sondern in einem dichterisch verklingenden Werk. Jugend, Reifen, furchtbaren Kampf in den Gedanken, den Orkan des Gemüts, die dunklen Entgleisungen, das Hervorkriechen aus der geistigen Unabhängigkeit zu dem noch nicht eroberten Gedankenbereich schildern; schildern, lebendig, dichterisch, Fleisch auf die Knochen des Genies legen. Blut ihm eintränken, das Genie verflechten mit der Welt, mit Ureltern, Eltern, Geschwistern, Geliebten, Lehrern, Fürsten, bürgerlichen Feinden, mit der Landschaft, mit den Jahreszeiten. Es entstand in dem Franzosen Romain Rolland der Plan seine Lebensgeschichte Beethovens zu schreiben. Rolland, der mehr gelehrt als frei sehend stets ge-

wesen ist, der Bildhauerei und Musik stets sehr klug, sogar revolutionär gedeutet hat, erstickte erst an seinem Plan. Der Schatten Beethovens lockte ihn, aber er erschrak vor diesem Schatten. Wenn er ihn nach dem richtigen Geburtsbuch benennen wollte, würde er da nicht oft ein Sakrileg begehen und Kleinheit aufwittern müssen, die zwar wirklich vorhanden war, die jedoch als ein Umweg zur unverkürzten Größe erscheint? Und während er so zögerte, faßte er den Entschluß nur als Symbol das Leben Beethovens über die Lebensgeschichte eines Genies zu halten. Den heiligen Namen wollte er vermeiden, wie das religiöse Leute ja nicht selten tun. Er taufte sein Genie Johann Christof. Beelen wir uns gleich zu sagen, daß er 10 Bände mit dem Roman seines Genies anfüllte.

Als das Genie geboren wurde, saß der Vater im Wirtshaus und trank einige der vielen Gläser, die ihm Schwung, Übermut, Leichtigkeit des Temperaments stets gegeben, die aber auch den ersten Willen und die gute Moralität des Mannes umgeworfen hatten. Der Vater ein Musiker, ebenso wie der Großvater. Der Vater ein schöner Kerl, ein Meister auf der Violine, doch so leicht ist ihm das Spiel, das Erwerben des Beifalls geworden, daß er sich früh verlor und ein Virtuoso wurde. Die Mutter des Genies dagegen war die einfache, untertänige Frau, unscheinbar, doch todesgetreu, nicht schön, doch fähig der höchsten Aufopferung für die Menschen, die sie liebt. War es doch geschehen, daß der Vater sie in einer seiner zahlreichen Launen geehelicht hatte. Viel Schönerer, mehr Verföhrende hätte er heimführen können. Er wollte die Bescheidene, und als sie nun sein Haus hütete, als sie ihm geduldig die Kinder schenkte, da zerdrückte er sie tüchtig mit seinem lärmenden Stolz, mit seiner übertriebenen Eitelkeit, da lud er ihr all die Sorgen des Sparens und sogar des geheimen Darbens mit tändelnder Gering-schätzung auf. Die bescheidene, kaum hübsche, übersehene Musikantenmutter wird dann bald zur Heldin, zur leidenden Märtyrerin. Und das ist in diesem Buch ein sorgfältig und geistreich erdachter Zug, daß in den genialen Knaben all diese menschlichen Durchschnittsgaben, die Ehrlichkeit, die Aufrichtigkeit, der Fleiß, die Treue und vornehme Schamhaftigkeit, von der Mutter eingepflanzt werden. Die Früh-

reife des Knaben, sein Verständnis für die Tragik der mütterlichen Bängnisse, das zeitige Erwachen des mitleidigen Herzens im Knaben. Eines Tages gleiten seine Finger übers Klavier. Er ist wild beunruhigt durch die Töne. Der Vater entdeckt ihn. Der eitle Vater hat sofort den Plan aus dem Jungen einen Virtuosen zu machen, der ihm selber gleichen soll. Und die Dressur des Wunderkinds hebt an, mit Schlägen, mit Getob, mit hallendem Gewein. Aber es gelingt, und siehe, eines Tages sitzt der Sechsjährige vor dem Fürsten, und er wird beklatscht, sogar von einer Prinzessin umarmt. Er benimmt sich recht sechsjährig. Doch er hat schon eigene Liedlein zu Noten gebracht. Ein schönes, mit Dukaten gesegnetes Leben winkt, zumal da ein vielberühmter Meister der Musik dem Jungen die Weihe gibt, ihm Zukunft und Ruhm verheißt. Das Märchen des Genies geht aber anders als es die Freunde des geraden Märchens, als es der Vater, die ganze Stadt, die bornierte Kleinbürgerei und das Basengesindel gern wünschten. Hart, mühselig, ins Grenzenlose nur wächst das Genie. Es begräbt den Großvater. Der Alte hat ihm die Lebensromantik zu verkosten gegeben. Das Genie ist mit 12 Jahren schon ein schwer arbeitender Mann, er muß da schon für den immer mehr verloderten Vater, für die alternde Mutter, für böse, bissige Geschwister sorgen. Er ist ein Brotversorger, Hofmusikant, Lehrer, Komponist für gleichgültige Unterhaltung zu einer Zeit, da jeder andere noch gehegt und verzogen wird. Und als gar der Vater im Rausch sich verirrt und ins Wasser fiel, da hat er ganz und gar die Last des Familienvaters auf sich. Trotzdem fängt sein begehliches Herz an zu mahnen. Erst eine tolle Freundschaft mit einem Altersgenossen, Schwärmerei ins Ungewisse, Dunkelheit der Gefühle, die noch kein Ziel wissen. Darauf anbetende Bewunderung vor einer sehr faulen, aber mit vollkommener Weiblichkeit begabten Frau, eine Liebe, die niemals die Erfüllung der Sinnenselnsucht gebracht hatte. Enttäuschung, zertretener Stolz und Revolte vor einem Adelsfräulein, ein Sprung in die Arme einer wirklichen, einer ganz genommenen Geliebten. Nicht viel Vergnügen an dem schlichten Liebesgenuß. Und sieh, das Genie, das die Fesseln der körperlichen Abhängigkeit fortwerfen durfte, regt sich. Das Genie, das jahrelang durch sein Blut getetzt

war, wird geistiger, es sucht, es findet sich in den Gedanken zurecht. Und so beginnt erst das eigentliche Leben. Es ist furchtbar. Denn alles, was an Musik da ist, muß als unrichtig und falsch erkannt werden. Die Kritik lügt, die Künstler lügen. Die Lügner helfen sich unter einander dem Schlendrian, dem Betrug, der Masse, der Verblödung zu dienen. Das Genie Johann Christofs geht gegen beide Mächte los. Qualvoll natürlich, in Not bis zum tiefsten fallend, ausgelacht, verleumdet, um die Möglichkeit des schäbigsten Daseins beraubt, angeekelt von seiner Stadt und seinem Land, von den einmal verehrten Dingen und Menschen sogar, Flucht vor diesem Elend, ein neues Leben. Der unbedeutende Anlaß einer Schlägerei bringt die Entscheidung. Die Fäuste Johann Christofs haben etwas derber zugeschlagen als es einige Bauernglieder ertragen konnten. Besser als der Griff der Gendarmen und vielleicht das Gefängnis erscheint der Sprung ins Eisenbahnkupee. Deutschland ist für Johann Christof verschlossen, er haßt sein Land Nach Paris! Ein neues Leben und eine neue Kunst, das sucht er dort. Erna und Otto Grautoff haben bis dahin das französische Buch verdeutscht, das im Verlag von Rütten & Loening in Frankfurt erschienen ist. Sie versprechen auch die folgenden Bände. Das Werk ist gewiß die Arbeit eines äußerst richtig denkenden Menschen, eines Psychologen von beträchtlicher Überlegetheit, eines bis zur Unermülichkeit geduldigen Schriftstellers. Auch darf Rolland gelobt werden, daß er ohne Bedenken den leichten Erfolg vernachlässigte und ein sehr ernstes Problem in den Mittelpunkt des Grübelns zog. Aber die Qualitäten des Erzählers steigen nicht zur Vollendung. Das Kunstwerk Rollands hat Partien, die rührend sind, die vergessen machen, daß hier ein wohlumzirkeltes Problem abgehandelt wird. Die Liebe zwischen der zarten Modistin und dem Genie ist solch ein Teil. Dann aber kommen Partien, die sehr banal sind, die nicht das Durchschnittliche eines mäßigen Familienromans überragen. Die Liebe zwischen dem Adelsfräulein und dem Genie ist solch ein Teil. Da nützt es auch nichts das ganze Werk einen Erziehungsroman zu nennen, an den Grünen Heinrich und den Wilhelm Meister zu erinnern. Das Blut des Künstlers Rolland ist eben nicht immer stark genug, um poetisches

Leben den zahlreichen Menschen zu schenken, die sich in solchem Handbuch der Geistesgröße entfalten. Die Idee, die Verbeugung vor dem Entwurf verleitet leicht den Kritiker, daß er die Schwächen des künstlerisch Geformten nicht sieht, eher noch, nicht sehen möchte. Mit einer gemessenen Vorsicht, mit einem beträchtlichen Maß ästhetischer Einwände sollten wir den Johann Christof nur schätzen. Und den Jungen, die sich schon verwirren wollten, sei eindringlich zugerufen, daß sie um der Kunst willen bei der Beschreibung des gewöhnlichsten Menschen, der Alltagskreatur bleiben sollen, daß sie dem Genie ausweichen sollen. Diese Verzagttheit und Zauderei wird ihnen viel nützen, sie wird die Jungen vor beträchtlicher Trockenheit bewahren, in die der halbe Künstler Rolland, der feine Kopf, die schwächliche Phantasie nicht selten strauchelte.

× KurzeChronik Am 17. April wurde Karl Henckell 50 Jahre alt. Die Dichtergeneration, die um die Wende der achtziger Jahre die alte Künstelei entthronte und die Kunst wieder mit dem Leben verband, kennt ihn als einen, der in der ersten Reihe der Kämpfer stand.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Elektrische Vollbahnen Der elektrische Bahnbetrieb wird in einiger Zeit in den Vereinigten Staaten recht bemerkenswerte Erweiterungen erfahren. Die Denver-, Rio Grande- and Western-Bahn wird auf einer 185 und einer 137 Kilometer langen Strecke, die mit Lokomotivwechsel betrieben werden müssen, elektrische Zugförderung einrichten. Es handelt sich hier um Strecken, die das Gebirge mit großen Steigungen überschreiten, und deren starker Verkehr unter der beschränkten Leistungsfähigkeit und dem hohen Brennstoffverbrauch der Dampflokomotiven leidet. Ein weiterer noch viel wichtigerer Plan wird für die neu zu bauende 850 Kilometer lange Strecke der Great Northern-Bahn von New Rockford in Norddakota nach Lewiston in Montana erwogen. Zwingende Notwendigkeiten elektrischen Betrieb einzuführen liegen hier nicht vor, aber es sprechen wichtige Gründe dafür. Die Kohlenpreise sind hier verhältnismäßig

hoch. Die Bahn könnte zur Krafterzeugung Braunkohle verwenden, die an mehreren Stellen der neuen Strecke bequem abzubauen ist. Aber diese Braunkohle läßt sich nicht in Lokomotivkesseln verfeuern, man kann sie vielmehr nur in ortsfesten Dampf- oder Kraftgasanlagen für elektrische Kraftübertragung verwerten. Hierbei ergibt sich unter Berücksichtigung der hohen Steinkohlenpreise in Dakota und Montana bei elektrischem Betrieb eine Ersparnis an Brennstoffkosten zu 50 %. Sodann liegt ein gewichtiger Grund in den hohen Instandhaltungskosten der auf den Strecken in Dakota und Montana verwandten Lokomotivkessel, weil das hier zur Verfügung stehende Speisewasser durchweg alkalisch und säurehaltig ist. Die starke Kesselsteinbildung in den Lokomotiven setzt die Brennstoffausnutzung herab und zwingt zur Anlage und zur Unterhaltung umfangreicher Ausbesserungswerkstätten. Beim Betrieb von ortsfesten Kraftanlagen fallen auch diese Schwierigkeiten fort. Der Besitz der Great Northern-Bahn an elektrischen Bahnen bedeutender Länge läßt darauf schließen, daß sie auch weiterhin noch gewaltige Strecken elektrifizieren wird. Der Fall ist typisch für die Situation, in der sich die Eisenbahnen mit Dampftrieb oft befinden. Wäre man nicht so sehr an den Dampftrieb gewöhnt, und würde sich die Benutzung anderer Energien nicht so schlecht in den alten Betrieb einfügen, so wäre man sicher vielfach schon oft zur Elektrifizierung übergegangen. Nicht überall ist die Verwendung jeder Energie vorteilhaft. Es hat deshalb den Anschein, als werde sich der gemischte Betrieb (Dampfbahnen, elektrische Fernbahn mit Stromzuführung von außen, Dieselmotorenbetrieb, Akkumulatorenbetrieb usw.) einführen, und sich jede Energieart diejenigen Strecken erobern, die in jedem einzelnen Fall das Vorteilhafteste darstellt. Daß der Dampftrieb auf den Schnellbahnen zu großen Unzuträglichkeiten führt, steht außer Zweifel. Die Dampflokomotive steht bei hohen Kräften und Geschwindigkeiten eben an der Grenze der Leistungsfähigkeit, und es ist die Kultur des Treibhauses mit den alten unzulänglichen Mitteln Leistungen erzielen zu wollen, die sich einfach nicht erzielen lassen. Darüber täuschen auch die bedenklichen Agitationsmittel der Dampflokomotivenfabriken nicht hinweg.

×

×

Libyen: Bald nach der Besetzung der in Nordafrika eroberten Gebiete hat Italien dort mit dem Bau von Schmalspurbahnen begonnen und bereits bald 100 Kilometer fertiggestellt. Die Bahnen haben 95 Zentimeter Spurweite. Die ersten Bahnbauten sind von wenigen Baubeamten mit Hilfe des Militärs und mit den schnell herbeizuschaffenden Baustoffen ausgeführt worden, die den schmalspurigen Staatsbahnen Siziliens gehörten. Später wurde das eigentliche Baupersonal ergänzt und Eingeborene zum Bahnbau herangezogen. Als erste Bahn wurde am 18. März 1912 die 12 Kilometer lange Strecke Tripolis-Hafen-Ain Sara in Betrieb genommen, einen Monat darauf die 9 Kilometer lange Strecke Tripolis-Hafen-Gargaresch, sodann nach kurzer Zeit die Strecken Bivio Fornaci-Tagjacra mit 13, Gargaresch-Sansur mit 12 und Bivio-Gheran-Asisia mit 12 Kilometer Länge. Im Betrieb sind 4 Lokomotiven, ein Personenwagen, 61 offene Güterwagen und 11 Zisternenwagen. Die Kosten dieser Bauten beliefen sich auf rund 8 Millionen Mark. Geplant sind noch weitere Küstenbahnen von Tagiura nach Homs (80 Kilometer) und eine 150 Kilometer lange Bahn von Sansur bis zur tunesischen Grenze. Dem Bau der weiterhin geplanten 2000 Kilometer langen Linie von Ain Sara nach dem Tschadsee stehen noch so viele Hindernisse verschiedener Art im Weg, daß sie in absehbarer Zeit kaum in Angriff genommen werden dürfte.

× **Akkumulatorenwagen** Der Akkumulatorenwagen erobert sich auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen steigende Verwendung. Die Praxis hat zu einer wesentlichen Leistungssteigerung der verwendbaren Akkumulatoren geführt, so daß die Fahrstrecke der Motorwagen ohne Aufladung sich erheblich vergrößert hat. Man hat jetzt den Fahrbereich auf 180 Kilometer erhöht, so daß die neueren Wagen einen wesentlich größern Aktionsradius besitzen. Seit 1912 hat die Bahnverwaltung 20 Wagen für 130 Kilometer und 23 für 180 Kilometer Fahrbereich beschafft. Auch das ist noch erheblicher Steigerung fähig, denn die Wagen können nach den zulässigen Achsdrücken noch größere Lasten aufnehmen, so daß sich größere Akkumulatorenbattereien einbauen lassen. Die leistungsfähigsten Wagen werden als kurzgekuppelte Drei-

fachwagen entweder für 116 Fahrgäste sowie Gepäck- und Postbeförderung oder für 167 Fahrgäste ausgeführt. Eine Steigerung des Fahrbereichs ist dadurch zu erreichen, daß Zwischenladungen vorgenommen werden, eine noch weitere durch Verwendung leichterer Gitterbatterien statt der bisher benutzten Oberflächenbatterien. Bei diesen werden allerdings die Unterhaltskosten größer und die Lebensdauer geringer. Inwieweit sich durch die Verwendung der neuen Edisonakkumulatoren eine Verbesserung wird bewirken lassen, ist noch nicht zu übersehen. Beide Wege sind neuerdings überschritten worden, und die Praxis soll die Entscheidung bringen.

× **Marseille-Rhone-Kanal** Ein riesiger Kanaltunnel befindet sich beim Bau des Marseille-Rhone-Kanals in Arbeit. Er wird nicht weniger als 7,12 Kilometer lang sein und das Kalksteingebirge von Nerthe durchbrechen. Das Werk wird folgendermaßen aussehen: Der Kanal beginnt beim Hafen von Marseille am Ende des im Bau befindlichen Madraquebeckens und wird auf den ersten 10 Kilometern durch Deiche mit gemauerter Gründung gebildet, die Schutz gegen den Seegang bilden sollen. Hinter dem Hafen von Estaque dringt der Kanal in die im Mittel 250 Meter hohe Felsenkette von Nerthe ein und mündet nach rund 7 Kilometern in der Ebene von Marniac, wo er mehrere Weiher, Becken und Lagunen mit Deichen durchzieht und sodann hinter dem Dorf Martignes mit einem Durchstich in der Ebene von Arles in die Rhone mündet. Im normalen Querschnitt ist der Kanal 3 Meter tief, an der Sohle 17,9 Meter und im Spiegel 21,9 Meter breit. In dieser Breite wird auch der Nerthetunnel ausgeführt, dessen Bau schon weit vorgeschritten ist, obschon er häufig durch Wassereinbrüche verzögert wurde. Das Tunnelgewölbe ist 14 Meter hoch und besteht aus Bruchsteinen mit Portlandzementmörtel. Die Mauerdicke schwankt je nach der Festigkeit des Gebirges zwischen 0,7 bis 1,25 Meter. Der Ausbruch ist also bis zu 25 Meter breit und 17 Meter hoch. Das in Eisenkonstruktion hergestellte Lehrgerüst für die Gewölbeausmauerung in Ringen von je 6 Meter Breite besteht aus 9 Teilen und wiegt 2,5 Tonnen. Der Kanalbau erfordert einen Kostenaufwand von etwa 73 Millionen Mark.

×

×

Kurze Chronik Der Plan einer Bahn auf die Zugspitze, die von Garmisch-Partenkirchen ausgehend, über Eibsee zunächst bis zum Platt geführt werden soll, ist genehmigt worden. Der geplante Bahnbau geht von Münchener Unternehmern aus, die sich die Unterstützung namhafter schweizerischer Fachleute gesichert haben; denn die in Aussicht genommene Streckenführung bildet wegen des steilen Bergabhangs nach dem Eibsee große Schwierigkeiten. Die Hauptpunkte der Bahn liegen in folgenden Höhen: Garmisch-Partenkirchen 700 Meter, Eibsee 972, Platt 2320. Zwischen Eibsee und dem Platt ist eine Zahnrad- oder Seilbahn und die Anlage eines 2250 Meter langen Tunnels erforderlich. Diese Strecke soll in 2 Jahren fertiggestellt sein. × Für die New York Central-Bahn sind jetzt bei der General Electric Company 6 Gleichstromlokomotiven im Bau, deren jede 2600 Pferdekraften Stundenleistung hat. Die Lokomotiven wiegen 100 Tonnen und sind über die Buffer 17,3 Meter lang und bis zum höchsten Punkt 4,4 Meter hoch. Es sind Gleichstromlokomotiven für 600 Volt Spannung, die von 8 Elektromotoren angetrieben werden. Die Maschinen leisten bei künstlicher Kühlung eine Stunde lang 2600 Pferdestärken, im Dauerbetrieb 2000. Jede Lokomotive entwickelt bei 87 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde 6350 Kilo Zugkraft, bei 79 Kilometer in der Stunde leistet sie 9100 Kilo. Sie kann somit 1000 Tonnen schwere Züge im fahrplanmäßigen Betrieb zwischen dem Hauptbahnhof und Harmon befördern. × Eine amerikanische Werft hat zurzeit eine Eisenbahnfähre im Bau, die zur Überführung von Wagen zwischen Key West und Havanna dienen soll. Key West, auf der Inselgruppe der Florida Keys gelegen, stellt den südlichsten Punkt dar, bis zu dem das Eisenbahnnetz des amerikanischen Festlands durchgeführt ist. Das Fährschiff wird 107 Meter lang. Bei einer Entfernung von 130 Kilometer ist die geplante Verbindung die längste Strecke, auf der Eisenbahnwagen mit Hilfe einer Fähre über das Meer befördert werden. × 2 riesige Eisenbetonbrücken sind auf der Chur-Arosa-Bahn errichtet worden, das sind die Talbrücken bei Langwies. Die Gründjetobelbrücke hat eine Hauptöffnung von 86 Meter Spannweite; die Betonierung wurde in gut 2½ Monaten durchgeführt. Die Langwieser Tal-

brücke über den Sapünerbach hat eine Gesamtlänge von 287 Meter, der Mittelbogen hat 100 Meter Stützweite und 42 Meter Pfeilhöhe; sie ist das bedeutendste Eisenbetonbauwerk der Schweiz. × Wie Bayern so dehnt auch Sachsen sein Netz von Motoromnibuslinien stark aus. Es werden Motoromnibusse von 5 Tonnen Gewicht in Dienst gestellt, die 18 bis 21 Sitzplätze haben. Manche führen auch Anhänger mit. Der Fahrpreis beträgt einheitlich 5 Pfennig pro Kilometer. × Die Ausfuhr von Motorfahrzeugen ist bisher immer noch in Frankreich am größten gewesen. Alle Welt bezog von da seine Motorwagen. In den letzten Jahren aber sind ihm die Vereinigten Staaten und Deutschland recht nachgerückt. Frankreichs Ausfuhr betrug 1912: 193,5 Millionen Mark und steigt noch immer stark (25 % gegen das Vorjahr). Stärker aber steigen die Ausfuhrzahlen seiner besonderen Konkurrenten. Die Vereinigten Staaten verzeichnen fast 100 Millionen Mark, bei einer Steigerung von 46 % gegen das Vorjahr, Deutschland 79,3 Millionen Mark bei 42 % Steigerung. Als Hauptabnehmer für die Motorfahrzeuge kommen neben England und Belgien neuerdings auch Italien und die Schweiz in Betracht, obgleich auch Frankreich und Deutschland noch immer erhebliche Mengen einführen. × Mit anscheinend großem Erfolg versucht man den Dieselmotor nicht bloß für Lokomotivbetrieb sondern auch für Großenbahnmotorwagenbetrieb nutzbar zu machen. In Schweden hat man solche Versuche angestellt, wobei der Achsantrieb elektrisch erfolgte. Die Elektromotoren werden von einer mit dem Dieselmotor direkt gekuppelten Dynamo gespeist.

× **Literatur** Die Aufgabe die Wanderwut, die heute manche Volkskreise ergriffen und manche Ausartung gezeitigt hat, in gesunde Bahnen zu lenken stellt sich das Geographische Wanderbuch von Dr. Alfred Berg, das in der Naturwissenschaftlichen Schülerbibliothek /Leipzig, Teubner/ erschienen ist. Wenn die Knaben und die jungen Leute in die Welt hinausziehen und Feld, Wald und Flur durchstreifen, so haben sie Gelegenheit eine Menge wertvoller Beobachtungen zu machen, die eine wirkliche Wissensbereicherung in sich bergen. Wie oft fragt man nicht nach der Bezeichnungsweise der Kilometersteine, nach der Art der Eisenbahnsignalsierung, nach den hiero-

glyphenartigen Zeichen auf den die Eisenbahnstrecke begleitenden Weisern usw., und wer weiß darauf die rechte Antwort? Das Büchlein zieht nicht bloß solche Kleinigkeiten in den Bereich seiner Betrachtungen sondern geht ganz systematisch vor, von der rechten Art zu wandern und zu rasten bis zur primitiven Geländemessung, dem Kartowesen, der Topographie, der Orographie, der Geologie und der Biologie. Es behandelt Wind und Wetter nicht bloß als wertvolles Mittel für die Wanderzwecke sondern versucht die Meteorologie aus der eigenen Beobachtung heraus den jungen Menschen nahezubringen, die da draußen die beste Gelegenheit haben eigene Beobachtungen anzustellen und zu verwerten. Es ist auch zu begrüßen, daß der Autor Anleitung zur Verwendung selbstgebauter primitiver Apparate gibt. Das Buch ist so lobenswert, daß es nicht bloß den jungen Burschen zu empfehlen ist, an die es sich speziell wendet, sondern jedem, der Freude am Wandern hat und sich nicht herumtreiben oder bloß ästhetisieren sondern Nutzen aus seinen Wanderungen ziehen will.

Kolonisation / Herman Kranold

Deutsch Neu-guinea Die bereits in der vorigen Rundschau (in diesem Band, pag. 333 ff.) besprochene Denkschrift des Kolonialamts berichtet über Deutsch Neuguinea im wesentlichen das Folgende:

Das Innere wurde weiterhin erforscht, auch einige militärische Aktionen zur Pazifizierung wurden absolviert, da man verschiedentlich mit einem nicht unbedeutlichen Widerstreben der Eingeborenen zu kämpfen hatte. Die Rechtspflege machte steigend zu schaffen, die Zahl der gegen Weiße anhängigen Strafverfahren stieg beträchtlich, ebenso die Zahl der Verurteilungen von Eingeborenen. Die Zahl der Deutschen und der Japaner wuchs durch Einwanderung ansehnlich, der Zuwachs der weißen Bevölkerung durch Geburtenüberschuß betrug jedoch nur 7 bei 1427 am 1. Januar 1913 Anwesenden. Der Gesundheitszustand war im wesentlichen bei Weißen und Farbigen zufriedenstellend.

Das Areal der Pflanzungen ging von 171 000 bis auf 185 000 Hektar in die Höhe, davon waren im Anbau jedoch nur 32 000 (gegen 28 100) Hektar, ertragsfähig nur 12 300 Hektar. Die verbreitetste Europäerkultur war ganz über-

wiegend die von Kokospalmen. Auch die Eingeborenenkulturen konnten sich weiter ausdehnen, obgleich der wachsende Arbeiterbedarf auf den Europäerpflanzungen ihnen die jugendlichen Arbeiter hie und da streitig machte. Die Bekämpfung des auch hier auftretenden Nashornkäfers konnte so gut durchgeführt werden, daß es zu wesentlichen Schädigungen nicht kam. Der in der Berichtszeit bedeutend erweiterte botanische Garten des Gouvernements in Rabaul konnte reichlich junge Pflanzen und Saatgut abgeben. Die Viehbestände konnten zum erstenmal einigermaßen genau zahlenmäßig erfaßt werden. Einige Goldfunde sind wiederum gemacht und in Ausbeutung genommen worden. Da man auch auf Petroleum stieß, so behielt man der Regierung das Schürfrecht in dem fraglichen Gebiet vor. Die Ausfuhr von Phosphaten nahm der Menge nach beträchtlich zu, dem Wert nach ebenso ab; bei der Gewinnung machte sich wiederholt Arbeitermangel recht störend fühlbar. Die Arbeiterfrage ist überhaupt immer mehr das Schmerzenskind der Entwicklung des Schutzgebiets geworden: während der Bedarf an solchen auf den sich vergrößernden Europäerpflanzungen beständig zunimmt, nimmt das Angebot dauernd ab.

Der Wert der Einfuhr wuchs um 1 200 000 auf 9 200 000 Mark; an erster Stelle steht als Bezugsland nun Australien, das Deutschland auf die zweite herabgedrückt hat. Die Ausfuhr stieg im Wert nur um 60 000 auf 12 086 000 Mark. Doch ist die Geringfügigkeit dieser Zunahme auf eine Berichtigung der früher teilweise zu hohen Anschreibungen des Wertes der ausgeführten Phosphate in der Hauptsache zurückzuführen. Im Gesamthandel steht Deutschland noch immer mit 9 650 000 Mark an erster Stelle, doch ist ihm Australien schon erheblich nähergerückt. Eine Postagentur wurde neu eingerichtet; ein Anschluß an das Welttelegraphennetz war noch nicht vorhanden. Das Wegenetz wurde langsam vergrößert. Die Entwicklung der Finanzen war im ganzen günstig, es ergab sich ein voranschlagswidriger Überschuß von 200 000 Mark. In den letzten 10 Jahren haben die eigenen Einnahmen des Schutzgebiets sich mehr als verzehnfacht.

× Samoa Das Vermessungswesen in Samoa ging rüstig weiter, eine neue Karte der Insel Upolu konnte ausgearbeitet werden. Die

weiße Bevölkerung nahm um etwa 10 % zu, ebenso die Zahl der Mischlinge und Samoaner, während die Zahl der Chinesen sich verringerte. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung war normal, die systematische Bekämpfung der infektiösen Augenentzündung wurde energisch in Angriff genommen. Das Samoobservatorium wurde baulich sehr verbessert. Infolge der großen Trockenheit wuchs die Ernte nur um ein Geringes. Die Kopraausfuhr stieg nur mäßig, an ihr ist die europäische Produktion nur zu etwa einem Drittel beteiligt. Der Kautschuk hat sich zu einem erstklassigen Qualitätsprodukt entwickelt, die Kaffeeausfuhr hat dagegen fast vollständig aufgehört. Der Viehstand hat in Zahl und Wert eine Besserung erfahren. Der Kakaokrebs war wieder stärker verbreitet als in den letzten 2 Jahren. Die Verbreitung des Nashornkäfers blieb trotz energischer Gegenmaßnahmen ziemlich stationär. Der Gesamtandel stieg um 1,6 auf 10 Millionen Mark. Die Finanzen entwickelten sich ebenfalls gut, die Einnahmen übertrafen den Voranschlag um 300 000 Mark. Ursache davon ist in erster Linie die gute Entwicklung der Koprapreise.

×
Baumwolle

Das 1. Beiheft 1914 der Zeitschrift Der Tropenpflanzer bringt einen Bericht von Moritz Schanz über die Ergebnisse seiner Studienreise nach Russisch Mittelasien, wo eine alte Baumwollkultur sich in den letzten Jahren zu einer solchen Höhe entwickelt hat, daß sie schon jetzt einen wesentlichen Teil des innerrussischen Baumwollbedarfs zu decken vermag. Schanz bespricht eingehend die Bedingungen für eine weitere Ausdehnung der turkestanischen Baumwollkultur und kommt zu dem Schluß, daß zwar viel Kapital, Unternehmungsgeist und Regierungssorgfalt in diesen Anbau hineingesteckt werden muß, daß aber, wenn das geleistet wird, wenn insbesondere die natürlichen, gar nicht geringen Wasservorräte des Landes ökonomisch ausgebaut und genügend gute Abfuhrwege für die fertige Baumwolle geschaffen werden, sich zweifellos eine nationale Eigenversorgung Rußlands mit Baumwolle auch bei beträchtlichem Wachsen des Bedarfs wird erreichen lassen. Als tragendes Element der baumwolleproduzierenden Zukunft des Landes sieht er nicht den russischen Kolo-

nisten sondern den eingeborenen Bauern an, der allerdings eines sorgfältig ausgebauten, elastischen und billigen Personalkredits, am besten wohl auf genossenschaftlicher Grundlage, bedarf, während er noch gegenwärtig, wenn auch vielleicht nicht mehr ganz so schlimm wie früher, auf diesem Weg von Geschäftsleuten auf das schamloseste ausgebeutet wird.

Die andauernd hohen Baumwollpreise verstärken auch die Tendenz in andere Gegenden als bisher den Baumwollanbau zu verpflanzen. So werden neuerdings im Imperial Valley in Kalifornien Versuche größeren Maßstabs ausgeführt, die ergeben haben, daß dieses Stück Landes geradezu ein Baumwollparadies darstellt. Doch fehlt es sehr an Arbeitskräften, da in der Umgegend genug industrielle Arbeitsgelegenheit ist und sich die Arbeiter deshalb nicht gern in das klimatisch tropische Tal begeben. Auch in den deutschen Schutzgebieten kommt, dank unermüdlicher Arbeit besonders des Kolonialwirtschaftlichen Komitees und der Behörden, der Baumwollbau allmählich zu achtungswertem Umfang. In Deutsch Ostafrika hat das Komitee zum Beispiel 14 Entkörnungsanlagen errichtet, 4 solcher Anlagen sind gegenwärtig Eigentum, 3 davon auch betrieben vom Gouvernement. 5 Baumwollversuchsstationen arbeiten für die Sache; sie geben an die Eingeborenen gratis Saat bewährter Qualität (in letzter Zeit immer ausschließlicher Uganda- und Nyassa-Upland, in 1913-1914: 94 % aller abgegebenen Saat) ab. Die Zucht guter Saat und die Produktion guter Baumwolle wurden durch Saat- anerkennung, Prämien, Preisgarantien, Errichtung von Märkten, Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Eingeborenen durch Aufkäufer usw. gefördert. Als Wanderlehrer haben sich Eingeborene (im Gegensatz zu den Erfahrungen in Togo) gut bewährt. Die Hauptaufgabe der Zukunft liegt in einem Verhüten plötzlicher Qualitätsrückschläge durch strenge Saatenzucht. Die Steigerung der Baumwollproduktion, die an sich keine sehr engen Grenzen hat, darf aber nur langsam vor sich gehen, damit nicht Mangel an Arbeitskräften zu einer Gefährdung der Lebensmittelproduktion führt. Als Betriebsform der Zukunft erscheint auch hier der bäuerliche Eingeborenenbetrieb, der auch die wichtigste Ursache des schnellen Gedeihens der Baumwollwirtschaft im benachbarten Uganda zu sein scheint.

Die gleiche amtliche Denkschrift, die diese Dinge über Deutsch Ostafrika mitteilt (Der Baumwollbau in den deutschen Schutzgebieten, seine Entwicklung seit dem Jahr 1910 /Jena, G. Fischer/), teilt auch über die alte, nun wieder im Aufblühen begriffene Baumwollproduktion Kameruns interessante Daten mit. Dort ist noch alles in den ersten Anfängen. Die beiden Versuchsstationen in Kuti und Pittoa haben schon mancherlei wichtige Erfahrungen gesammelt, die erstgenannte hat auf die oberen Schichten der Eingeborenenbevölkerung in mancherlei technischen Fragen schon einen erzieherischen Einfluß auszuüben vermocht. Die erste Landeserkundung kam ziemlich zum Abschluß. Sie ergab, daß die weiten Landstrecken, die sich für den Baumwollbau eignen, für den Getreideanbau nicht in Frage kommen, diesem also durch eine Ausdehnung des Baumwollanbaus keine Konkurrenz droht. Für diese Flächen fehlt es aber vorläufig an Arbeitern: die (mohammedanischen, Sklaven haltenden und in der Minderzahl befindlichen) Fulbe sind sehr schwer zur Produktion über den eigenen dringendsten Bedarf hinaus zu erziehen; dagegen eignen sich die verschiedenen Heidenstämme Adamaus sehr gut für den bäuerlichen Baumwollbau, der auch hier die Grundlage des Ganzen sein und bleiben muß. Einer durchgreifenden Besserung der Verkehrsverhältnisse sollte eine gründliche Erziehungsarbeit vorangehen, Hand in Hand damit eine gute Sortenwahl.

Die Baumwollproduktion Togos erschien bereits während des amerikanischen Bürgerkriegs für kurze Zeit auf dem Weltmarkt. Seit 1900 hat sie einen neuen Aufschwung genommen. Um das Jahr 1910 machte dann der Baumwollmarkt in Togo eine schwere Krise durch, die in der Hauptsache auf eine Qualitätsverschlechterung der markt-gängigen Togobaumwolle infolge von Sortenvermischung, schlechten Entkörnungsmethoden und wahllosem Aufkaufen verschiedener Qualitäten durch die Beauftragten der scharf konkurrierenden Exportfirmen zurückzuführen war. Diese Krisis kann jetzt als überwunden betrachtet werden, die alte Qualität ist wieder erreicht, und zwar einmal dadurch, daß die Saatbeschaffung von den Regierungsstellen monopolistisch in die Hand genommen wurde, dann durch die Herausbildung von 2 festen Qualitätstypen auf dem

Markt. Eine bedeutende Tätigkeit entfaltet nach wie vor die Landeskultur-anstalt Nuatjä, durch die auch die Sortenfrage für das nördliche Gebiet gegenwärtig einer genauen Bearbeitung unterzogen wird. Auch die 1912 erst errichtete Baumwollstation Towe arbeitet gut. Togo hatte 1902 eine Ausfuhr von 58 Ballen Baumwolle (à 250 Kilo), 1912 eine von 2204 Ballen, und 1907 führte es 76 Tonnen Baumwollsaat aus, 1912 dagegen bereits 583 Tonnen.

Im ganzen forderte die Regierung 1914 im Etat für Zwecke der Baumwollkulturhebung 559 700 Mark an, also eine recht beträchtliche Summe, die aber in Anbetracht der scharfen Konkurrenz der Nationen um dieses wichtigste Rohmaterial der Textilindustrie nicht als zu groß betrachtet werden darf sondern gewiß sich lohnen wird, zumal die von den Regierungsstellen geleistete Arbeit auf diesem Gebiet solide und ohne Jagd nach Effekten betrieben zu werden scheint.

×

Kurze Chronik Die Bewässerungsanlage bei Konia (Kleinasien) hat den Betrieb eröffnet. Damit werden am Ausgangspunkt der Bagdadbahn 50 000 Hektar der Fruchtbarkeit wiedergewonnen, die der Bestellung verloren gegangen waren. × Eine französische Firma wird in Jerusalem Wasserleitung, elektrisches Licht und Straßenbahn bauen. × Das Hilfskomitee für die yemenitischen Juden hat bisher mit Unterstützung durch den jüdischen Nationalfonds in Palästina 150 Häuser gebaut; für das Jahr 1914 sollen weitere 100 bis 200 dazukommen. × Die Ein- und die Ausfuhr Persiens haben sich im letzten Jahr beträchtlich gehoben, nämlich die Einfuhr auf 567, die Ausfuhr auf 436 Millionen Krans. Von der Einfuhr kamen für 329 Millionen Krans aus Rußland, von der Ausfuhr gingen für 301 Millionen Krans dorthin. × In Britisch Indien reißt die Kette der Attentate von Nationalisten auf englische Beamte nicht ab; auch die Zusicherungen der indischen Regierung sich für eine Besserung der Lage der in den südafrikanischen Minen arbeitenden Inder energisch verwenden zu wollen haben daran bisher nichts geändert. × In China ist in Gestalt der von Sunjatsen gebildeten chinesisch-japanischen Korporation nun auch das japanische Kapital an dem Wettrennen um Konzessionen und an der Förderung der Industriali-

sierung Chinas beteiligt. × Die deutsche Pachtung Kiautschus hat sich im letzten Jahr günstig entwickelt. Die zunehmende Bedeutung der Produktion zeigt sich auch in der Genehmigung der Mittel für die Aufstellung einer Baumwollpresse durch den Reichstag. × In Südafrika hat sich die erste Wirkung des brutalen Vorgehens der burischen Regierung bei dem letzten Massenstreik bereits in einem großen Wahlerfolg der Arbeiterpartei gezeigt. × Eine Gesellschaft für Eingeborenenschutz hat sich in Deutschland gebildet und bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens 2 Eingaben an den Reichstag gerichtet. Einige Fälle der letzten Zeit haben das Bestehen und recht gründliche Wirken einer solchen Gesellschaft wieder einmal als sehr wünschenswert erscheinen lassen, so besonders das über Kameruner Eingeborene verhängte Verbot von Petitionen an den Reichstag.

× **Literatur.** Eine handliche Geschichte der europäischen Kolonisation seit der Entdeckung Amerikas hat der Gießener Professor Dr. Gustav Roloff bei Eugen Salzer in Heilbronn erscheinen lassen. Er will mehr auf die Darstellung des Einflusses des Mutterlands auf die Kolonien als auf deren eigene Geschichte Wert legen, und man muß ihm zugeben, daß ihm dieses Vorhaben, über dessen Zweckmäßigkeit man ja verschiedener Meinung sein kann, gut gelungen ist. Im ganzen hat man da eine recht zuverlässige Reproduktion des Bekannten; eigentlich neue Gesichtspunkte bietet das Buch aber trotz der besonderen Absichten des Verfassers kaum. Die letzten Dezennien kommen in dem ihnen gewidmeten Raum freilich arg zu kurz, während andere Parteien, besonders die Schilderung der englischen und französischen Kolonisation im 18. Jahrhundert, ungleich besser gelungen sind. Alles in allem ein angenehmes Buch ohne allzu große Ansprüche. × Über die Einwanderung in Argentinien berichtet der 1. Band eines umfassenden Werks Einwanderung und Kolonisation in Argentinien von Dr. Georg Hiller, 1. Band: Einwanderung und Einwanderungspolitik /Berlin, Dietrich Reimer/. Von den Ergebnissen des schönen Buches, die in vollem Umfang wohl erst bei der Veröffentlichung des 2. Teils fruchtbar werden, sei hier nur hervor-

gehoben, daß sich die wiederholten Versuche durch staatliche Propaganda die Einwanderung zu heben als ziemlich wirkungslos erwiesen haben, daß vielmehr je nach der Verschiedenheit der Rekrutierungsgebiete die wirtschaftliche Lage des Landes den Hauptfaktor in der Gestaltung der Stärke der Einwanderung ausmacht. So hängt die italienische Einwanderung, die in der Hauptsache landwirtschaftliche Arbeiter liefert, in erster Linie von der Gestaltung der Ernte ab, die spanische, die gewerbliche Arbeiter und Handwerker stellt, wird wiederum von der Arbeitsgelegenheit für diese Berufsarten bestimmt. Die deutsche Einwanderung stellt wenig über 1 % der gesamten Einwanderung seit 1867 dar, hat aber nach der Meinung des Verfassers bei entsprechender Auslese ganz gute Aussichten. Die kritiklose Propaganda für eine deutsche Einwanderung macht Hiller nicht mit. Die Arbeit ist eine sehr erfreuliche Leistung und zeichnet sich durch gute statistische Schulung besonders aus. × Reisebriefe aus Syrien von Martin Hartmann /Berlin, Dietrich Reimer/ geben ein ausgezeichnetes Bild von den in diesem Wetterwinkel der Weltgeschichte augenblicklich akuten Angelegenheiten. Dem Verfasser, der Professor am Seminar für orientalische Sprachen in Berlin ist und schon aus früheren Reisen Syrien gut kennt, hat besonders die nationalarabische Bewegung einen tiefen Eindruck gemacht. Er billigt sie denn auch von ganzem Herzen, hält den Türken so ziemlich für das am wenigsten kultivierbare Element des osmanischen Völkerhaufens und plädiert eifrig für eine aktivere Beteiligung der westeuropäischen Nationen, besonders der Deutschen, an der wirtschaftlichen Befreiung der Syrer. Er weiß in dieser Hinsicht vor allem von der jüdischen Kolonisation in Palästina nur Gutes zu berichten und betont immer wieder, daß sich keinerlei Anhaltspunkte für die Vermutung fänden, irgendeine fremde Nation, seien es Amerikaner, Russen, Engländer oder Franzosen, könnte uns durch politische Annexion ins wirtschaftlich-kolonisatorische Gehege kommen. Die gut ausgestattete Schrift gehört in ihrer Konzentration, in der Meisterschaft des Autors durch Typenschilderung zu erklären zu den aufschlußreichsten Büchern über kolonisatorische Probleme und verdient ernste Beachtung.